



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Migrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam 2025

Impressum

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Potsdam

Die Oberbürgermeisterin

Friedrich-Ebert-Straße 79 - 81

14469 Potsdam

www.potsdam.de

Verantwortlich:

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Dr. Amanda Palenberg

Telefon: +49 331 2891081

E-Mail: Chancengleichheit@Rathaus.Potsdam.de

Mitarbeit:

Bereich Statistik und Wahlen

Telefon: +49 331 289-1254

E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de

www.potsdam.de/statistik

Redaktion:

Dr. Amanda Palenberg

Ina Bellmann

Eliane Lamour

Redaktionsschluss: 26.03.2026

Inhalt

1. Einleitung	7
1.1 Zielsetzung des Migrationsmonitorings	7
1.2 Veränderungen gegenüber dem vorherigen Monitoring	7
1.3 Methodische Neuerungen	8
2. Demografie der Migration	9
2.1 Demografische Entwicklung	9
2.2 Entwicklung der Einwohnenden mit Migrationshintergrund (2010–2024).....	10
2.3 Zusammensetzung der Gruppe mit Migrationshintergrund.....	11
2.4 Verteilung nach Geschlecht	12
2.5 Alter und Migration.....	13
2.7 Aufenthaltsstatus	17
2.8 Aufenthaltsbeendigung	20
2.9 Einbürgerung	20
3. Migrationsstrukturen und Soziale Integration	22
3.1 Räumliche Verteilung.....	22
3.2 Wohnen in Potsdam.....	25
3.2.1 Mietbelastung	25
3.2.2 Geförderter Wohnraum.....	25
3.2.3 Öffentlich-rechtliche Unterbringung.....	26
3.2.4 Wohnungsähnliche Unterbringung.....	26
3.3 Analyse der Haushaltsstrukturen	28
3.4 Wohlfühlen in der Landeshauptstadt Potsdam	30
3.5 Wanderungssaldo nichtdeutscher Personen	31
3.6 Binationale Ehen.....	34
4. Bildung und Chancengleichheit	35
4.1 Frühkindliche Bildung und Sprachförderung in Kitas	36
4.2.1 Sprachförderbedarf ein Jahr vor Einschulung	36
4.2.2 Einschulungsuntersuchungen.....	37
4.2.3 Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung (U9).....	39
4.2.4 Gesundheits- und Entwicklungsbefunde bei Kindern	40
4.2.5 Fazit	41
4.3 Zugang zu Bildungseinrichtungen	41
4.4 Ungleichheiten in Bildungsabschlüssen	44
4.5 Schulabgehende ohne Abschluss	44
4.6 Hochschulbildung und internationale Studierende.....	45
4.7 Bildungsniveau der Potsdamer Gesamtgesellschaft	46

4.8 Fazit und Empfehlungen	47
5. Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Integration	48
5.1 Beschäftigungsquote	48
5.1.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am Wohnort in Potsdam	48
5.1.2 Nationalitäten der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.....	50
5.1.3 Geringfügige Beschäftigung in Potsdam.....	51
5.1.4 Duale Berufsausbildung.....	51
5.2 Arbeitslosigkeit.....	53
6. Soziale Sicherung und Armutsrisiken	54
6.1 Einkommensverhältnisse und Armutsrisiko	55
6.2 Regelleistungsberechtigte nach SGB II.....	58
6.3 Inobhutnahmen und JA-Einsätze in Familien mit ausländischen Elternteilen	60
7. Gesundheit und Zugang zum Gesundheitssystem	60
8. Gesellschaftliche Partizipation und politische Repräsentation	61
8.1 Wahlberechtigung und Ausschluss	61
8.2 Wahl des Migrantenbeirates.....	63
8.3 Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in der SVV.....	66
8.5 Engagement in Vereinen und Ehrenamt	70
8.5.1 Migrantenselbstorganisationen in Potsdam - Bedeutung und Rolle	70
8.5.2 Förderung durch das Integrationsbudget.....	74
9. Rassismus und rechte Gewalt in Potsdam	77
9.1 Definition und Relevanz	77
9.2 Aktuelle Zahlen und Entwicklungen.....	77
9.3 Bedeutung für Integration und Sicherheit.....	77
9.4 Ergänzende Perspektiven durch Polizeidaten	78
9.5 Fazit.....	78
10. Handlungsempfehlungen & Fazit.....	79
Quellen.....	81

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Potsdam (1991-2024)	9
Abbildung 2 Einwohnende mit Migrationshintergrund und Anteil an Gesamtbevölkerung	10
Abbildung 3 Zusammensetzung der Potsdamer Migrationsgesellschaft (2024)	11
Abbildung 4 Nichtdeutsche nach Geschlecht (1992-2024)	12
Abbildung 5 Einwohnende mit Hauptwohnsitz mit und ohne Migrationshintergrund (2024) ..	13
Abbildung 6 Häufigste nichtdeutsche Staatsangehörigkeiten (Entwicklung 1992, 2002, 2012, 2024),	15
Abbildung 7 Nichtdeutsche in Potsdam nach Aufenthaltsstatus (2014-2024)	17
Abbildung 8 Nichtdeutsche in Potsdam nach Aufenthaltsdauer (2014-2024)	19
Abbildung 9 Einbürgerungen Entwicklung (2016-2024)	20
Abbildung 10 Einwohnende mit Migrationshintergrund nach Potsdamer Stadtteilen (2024) ..	22
Abbildung 11 Entwicklung des Segregationsindex (2010-2024)	23
Abbildung 12 Unterbringungsstandorte für Geflüchtete in Potsdam (Stand 16.7.2025).....	24
Abbildung 13 Unterbringungsformen Geflüchtete (Stand 03.02.2025).....	27
Abbildung 14 Wohnungsähnliche Unterbringung Geflüchtete (Stand 03.02.2025).....	27
Abbildung 15 Haushaltsgröße in Privathaushalten (2024)	28
Abbildung 16 Zusammensetzung der Mehrpersonenhaushalte (2008-2024)	29
Abbildung 17 Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund nach der Zahl der Kinder im Privathaushalt (2024)	30
Abbildung 18 Wanderungen von Nichtdeutschen in Potsdam (1992-2024)	31
Abbildung 19 Wanderungen von Nichtdeutschen nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten (1994 bis 2024)	33
Abbildung 20 Kinderbetreuung nach Migrationshintergrund in Potsdam (2015-2024).....	36
Abbildung 21 Sprachförderbedarf bei Einschulkindern (2015-2024),	37
Abbildung 22 Einschulungskinder nach Migrationshintergrund (2014-2022).....	38
Abbildung 23 Einschulungskinder nach Migrationshintergrund (2023-2024).....	39
Abbildung 24 Ausgewählte Diagnosen bei Einschulung nach Migrationshintergrund (2024) ..	40
Abbildung 25 Anteil deutscher und nichtdeutscher Zubeschulender nach Schulform (2024) ..	42
Abbildung 26 Anteil der Schulabsolvierenden mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife (2010-2024),	44
Abbildung 27 Anteil der Schulabgänge ohne Schulabschluss (2010-2024),	45
Abbildung 28 Internationale Studierende an Potsdams Hochschulen (Wintersemester 2024/25).....	45
Abbildung 29 Beschäftigungsquote nach Staatsangehörigkeit (2013–2023).....	48
Abbildung 30 Nichtdeutsche Beschäftigte nach Herkunftsländern (2013-2023)	50
Abbildung 31 Nichtdeutsche Azubis vs. Ausländerquote (2014-2024),	52
Abbildung 32 Arbeitslosigkeit nach Staatsangehörigkeit (2012-2024)	53
Abbildung 33 Arbeitslosigkeit von 15–25-Jährigen nach Staatsangehörigkeit (2012-2024) ..	54
Abbildung 34 Armutsgefährdungsquoten nach ausgewählten Merkmalen (2023)	56
Abbildung 35 Einkommenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund (2023).....	57
Abbildung 36 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) nach Staatsangehörigkeit (2012-2024).....	58
Abbildung 37 Grundsicherung im Alter nach Staatsangehörigkeit (2012-2024),	59
Abbildung 38 Nichtdeutsche und deutsche Einwohnende mit Hauptwohnsitz im Wahlalter nach Art der Wahl (2015-2024)	62
Abbildung 39 Daten zu den Wahlen des Migrantinnenbeirats (1992-2024)	64
Abbildung 40 Migrantinnenbeiratswahlen: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung (1992-2024) ..	64
Abbildung 41 Stadtverordnete mit Migrationshintergrund (2025)	66
Abbildung 42 Beschäftigte der LHP nach Staatsangehörigkeit (2014-2024),	67

Abbildung 43 Ausländische Beschäftigte nach Geschäftsbereichen und Bereichen der LHP (2022 und 2024).....	68
Abbildung 44 Beschäftigte der LHP nach Migrationshintergrund (2025).....	69
Abbildung 45 Förderung von MSO durch das Integrationsbudget (2021-2025)	74
Abbildung 46 Entwicklung der Förderung von MSO durch das Integrationsbudget (2021-2025)	75

1. Einleitung

1.1 Zielsetzung des Migrationsmonitorings

In Potsdam leben Menschen aus aller Welt, die aus unterschiedlichen Gründen hierhergekommen sind. Sie unterscheiden sich in ihren Beweggründen zur Migration, in ihrem Aufenthaltsstatus und in den damit verbundenen Rechten. Gemeinsam ist ihnen jedoch das Bedürfnis nach Sicherheit, Perspektive und einem Leben in Würde. Viele Zugewanderte teilen den Wunsch, in Potsdam anzukommen, frei von Diskriminierung leben zu können und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie bringen den Ehrgeiz mit, die deutsche Sprache zu erlernen, sich gesellschaftlich einzubringen, einer Arbeit nachzugehen und ein Teil der Stadtgesellschaft zu werden.

Mit den unterschiedlichen Aufenthaltsstatus sind zugleich Unterschiede im Zugang zu zentralen Lebensbereichen verbunden – etwa bei der Wahl des Wohnortes, dem Recht auf Bildung, dem Zugang zum Arbeitsmarkt oder der Möglichkeit, die Familie nachzuholen. Politische Teilhabe und Wahlrechte bleiben vielfach an die Staatsangehörigkeit gebunden und markieren damit die Grenze vollständiger rechtlicher Gleichstellung.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich verpflichtet, aktiv daran mitzuwirken, sichere und dauerhafte Aufenthalte zu ermöglichen und Integration zu fördern. Ziel ist es, dass alle Menschen, die in Potsdam leben und bleiben wollen, sich sicher fühlen und gleichberechtigt an der Stadtgesellschaft teilhaben können. Unter Integration versteht die Landeshauptstadt das Herstellen von Chancengleichheit, das Ermöglichen von Zugängen und die Anerkennung aller Menschen als gleichwertige Mitglieder der Gemeinschaft.

Potsdam versteht sich als Stadt der Vielfalt, Toleranz und Chancengleichheit – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Kultur, Religion, sexueller Orientierung oder Einkommen. Die Vielfalt ihrer Einwohnenden bereichert die Stadt und macht sie lebendig. Diskriminierung und Ausgrenzung haben in Potsdam keinen Platz. Dieses Selbstverständnis ist historisch gewachsen und wird von zahlreichen Initiativen und Aktiven aktiv gelebt.

Das Migrationsmonitoring soll regelmäßig anhand von Zahlen und Fakten überprüfen, ob es gelingt, diese Versprechen einzulösen. Es fragt, ob Chancengleichheit in allen Lebensbereichen erreicht wird – und erkennt zugleich an, dass der Abbau von Rassismus und Diskriminierung ein langfristiger gesellschaftlicher Prozess ist.

Die Datenlage erlaubt eine Betrachtung über mehr als drei Jahrzehnte – von der Wiedervereinigung bis heute. Seit dem ersten Monitoring im Jahr 2010 hat die Landeshauptstadt Potsdam einen wichtigen Schritt in Richtung datenbasierter Integrationspolitik getan. Die fortlaufende Fortschreibung ermöglicht es, Entwicklungen nachzuvollziehen und sachlich zu bewerten. Angesichts der zunehmend emotional geführten Debatten über Migration und Integration, insbesondere im Kontext der Wahljahre 2024 und 2025, ist die Rückkehr zu einer faktenbasierten, konstruktiven Diskussion wichtiger denn je.

1.2 Veränderungen gegenüber dem vorherigen Monitoring

Das vorliegende Migrationsmonitoring 2025 ist die Fortschreibung des bisherigen Integrationsmonitorings. Die Umbenennung trägt dem erweiterten Anspruch Rechnung, Migration in all ihren Facetten – von Zuwanderung über Aufenthalt bis zu Teilhabe und Gleichstellung – abzubilden.

Die bisherige strikte Orientierung am Indikatorenset der KGSt wurde zugunsten einer thematisch freieren Struktur aufgelöst. Die übernommenen KGSt-Indikatoren werden weiterhin gekennzeichnet, ihre Einbettung folgt nun jedoch einer stärker inhaltlichen Logik.

1.3 Methodische Neuerungen

Das Monitoring 2025 basiert auf einer breiteren Datenbasis als in den Vorjahren. Neu hinzugekommen sind unter anderem Berichte der Bundesregierung zu Rassismus, Analysen freier Träger zu rechter Gewalt, interne Befragungen der Mitarbeitenden der Landeshauptstadt Potsdam sowie Umfragen unter Stadtverordneten.

Die Indikatoren sind nicht mehr ausschließlich nach festen Sets geordnet, sondern kapitelübergreifend eingebettet, um die Lebenswirklichkeiten migrierten Menschen umfassend darzustellen. Statistische Darstellungen werden mit qualitativen Befunden verknüpft, um Entwicklungen und Zusammenhänge sichtbar zu machen.

Ziel ist es, ein realistisches, differenziertes und faktenbasiertes Bild der Migrationsgesellschaft Potsdams zu zeichnen – als Grundlage für politische Entscheidungen, öffentliche Diskussionen und die Weiterentwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft.

Danksagungen

Das Monitoring wurde in Federführung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt (Bereich 904) geschrieben. Großer Dank gilt Ina Bellmann für die Redaktion. Die Zuarbeit der Daten erfolgte hauptsächlich aus dem Bereich Statistik und Wahlen, der parallel zu fünf Wahlen im Erarbeitungszeitraum das Monitoring speiste. Darüber hinaus haben einige Bereiche der Stadtverwaltung Daten geliefert: das Migrationsamt, die Einbürgerungsbehörde, die Bereiche rund um Wohnen und Unterbringung, öffentlicher Gesundheitsdienst und die Personalabteilung. Ohne das kollegiale Zusammenwirken wäre die Erarbeitung nicht möglich gewesen.

2. Demografie der Migration

2.1 Demografische Entwicklung

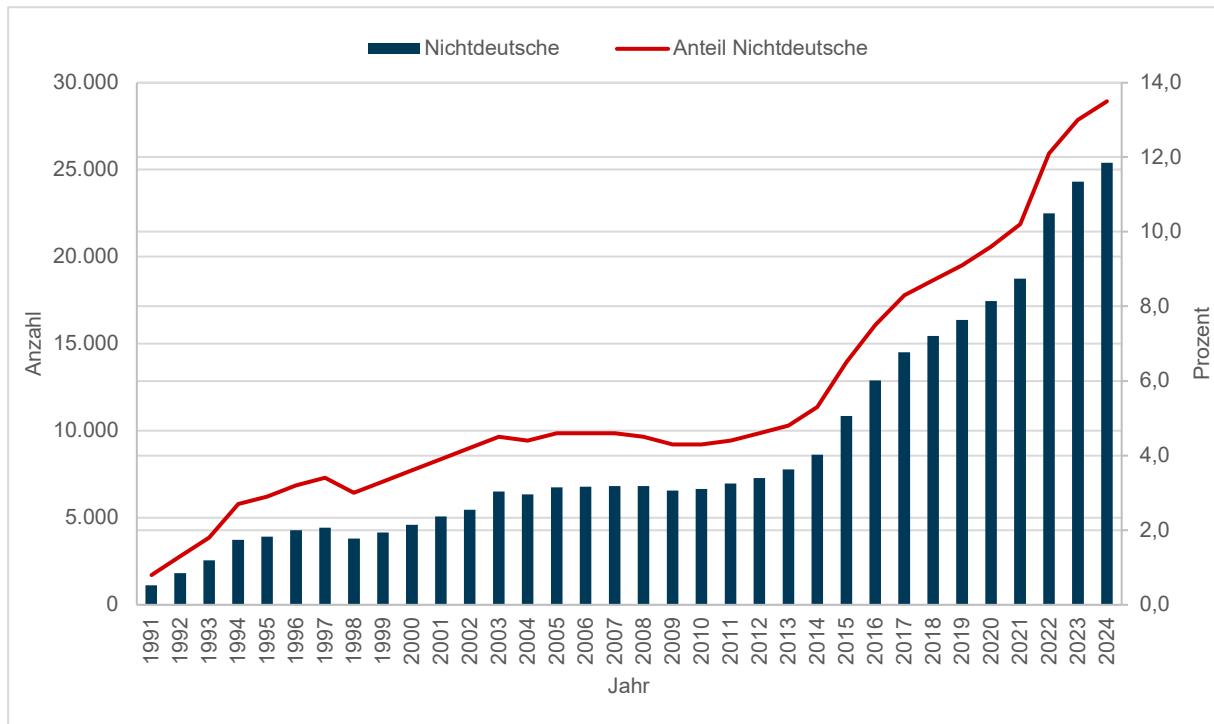


Abbildung 1 Entwicklung der nichtdeutschen Bevölkerung in Potsdam (1991-2024)¹

Die Zahl der Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Potsdam ist in den letzten drei Jahrzehnten stark gewachsen. 1991 lebten rund 1.100 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der Stadt, was einem Anteil von 0,8 % der Gesamtbevölkerung entsprach. Bis 2024 hat sich diese Zahl auf 25.389 Personen erhöht, der Anteil liegt nun bei 13,5%. Damit hat sich die Zahl seit 1991 mehr als verzwanzigfacht und allein seit 2012 (7.275 Personen) mehr als verdreifacht.

Besonders dynamische Wachstumsphasen lassen sich in drei Zeiträumen erkennen: 1991–1994 (Anstieg um ca. 2.600 Personen, vor allem durch osteuropäische Migration nach der Wende) und 2015–2016 sowie 2021–2022. Auffällig ist der Sprung von 10.837 Personen (2015) auf 12.888 Personen (2016), bedingt durch die Fluchtbewegungen im Zuge des syrischen Bürgerkriegs sowie aus Afghanistan, Iran und Irak, und der erneute deutliche Anstieg seit 2021 um mehr als 6.000 Personen innerhalb von drei Jahren – eine Folge des Ukrainekriegs.

Im längerfristigen Vergleich stieg der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung kontinuierlich an: von unter 1 % Anfang der 1990er Jahre über 4–5 % Mitte der 2000er Jahre auf heute mehr als 13 %. Die stärksten jährlichen absoluten Zuwächse traten 2015 (+2.220 Personen) und 2022 (+3.764 Personen) auf. Letzteres markiert auch den höchsten relativen Anstieg (von 12,1 % auf 13,0 %).

¹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

2.2 Entwicklung der Einwohnenden mit Migrationshintergrund (2010–2024)

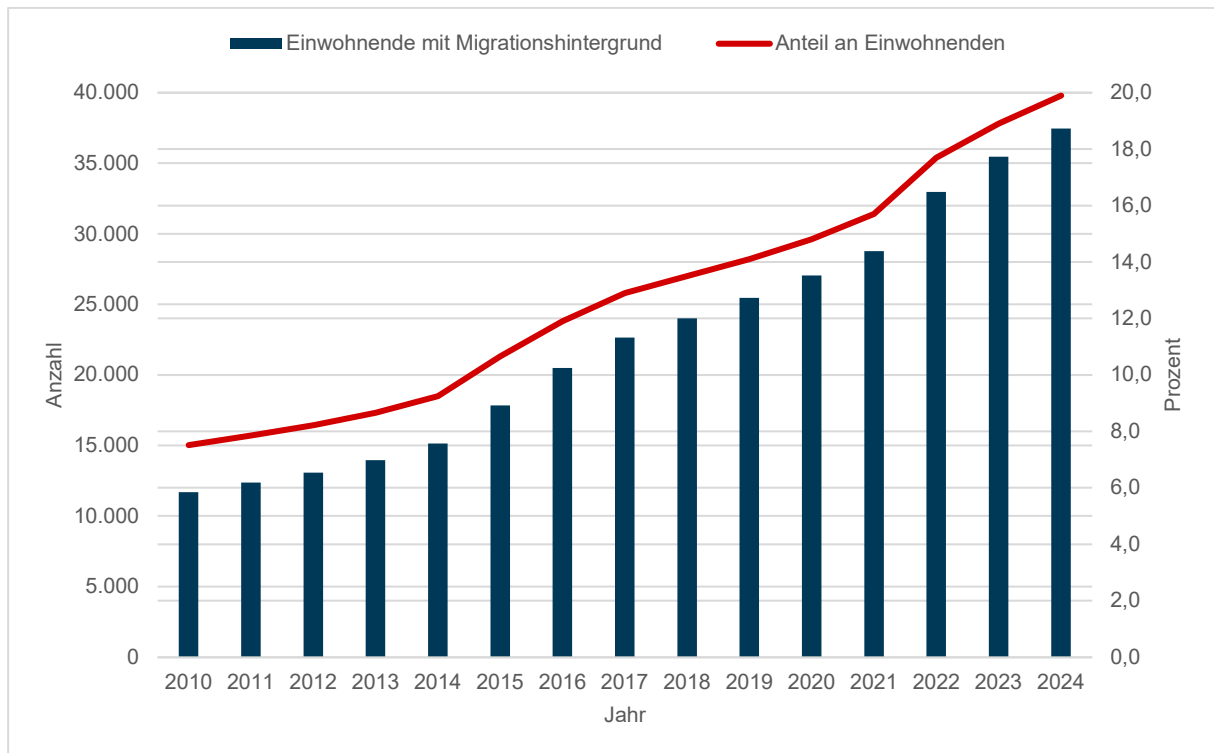


Abbildung 2 Einwohnende mit Migrationshintergrund und Anteil an der Gesamtbevölkerung (2010-2024)²

Seit 14 Jahren wird der statistische Migrationshintergrund in Potsdam erfasst. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Potsdam kontinuierlich und sehr deutlich gestiegen. Im Jahr 2010 lebten 11.680 Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt, was einem Anteil von 7,5 % der Gesamtbevölkerung entsprach. Bis 2024 hat sich diese Zahl mehr als verdreifacht: 37.450 Personen besitzen heute einen Migrationshintergrund, das sind fast 20 % der Stadtbevölkerung.

² Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

2.3 Zusammensetzung der Gruppe mit Migrationshintergrund

		Lage des Geburtsortes			
		Ausland	Deutschland	ehemalige deutsche Ostgebiete (vor dem 23.05.1949 geboren)	
Staatsangehörigkeit	nicht-deutsch 25.389	Zugewanderte Nichtdeutsche 22.945	Nicht zugewanderte Nichtdeutsche (Personen nach dem Abstammungsprinzip 2.444		Einwohnende mit Migrationshintergrund 37.450
	deutsch 162.431	Zugewanderte Deutsche (Eingebürgerte) 4.287	Nicht zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund (Kinder mit mindestens einem Elternteil mit Migrationserfahrung und Personen nach dem Geburtsortprinzip) 6.055	Zugewanderte Deutsche (Ausgesiedelte) 1.719	
	Deutsche ohne Migrationshintergrund (Kinder, deren Eltern keine Migrationserfahrung haben; z.B. Diplomaten-, Adoptions-, Urlaubskinder) 262	Deutsche ohne Migrationshintergrund 146.853	Deutsche ohne Migrationshintergrund (Vertriebene) 3.255	Einwohnende ohne Migrationshintergrund 150.370	

Abbildung 3 Zusammensetzung der Potsdamer Migrationsgesellschaft (2024)³

Die schematische Darstellung zeigt, dass die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund heterogen ist und sich nach zwei Kriterien unterscheidet: Staatsangehörigkeit (deutsch/nichtdeutsch) und Geburtsort (Inland/Ausland).

Nichtdeutsche (25.389 Personen)

- Überwiegend zugewanderte Nichtdeutsche (22.945), also Menschen, die im Ausland geboren wurden und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.
- Dazu kommen nicht zugewanderte Nichtdeutsche (2.444), also im Inland geborene Kinder ausländischer Eltern.

Deutsche mit Migrationshintergrund (12.061 Personen)

- Zugewanderte Deutsche (4.287): Eingebürgerte Personen, die selbst eingewandert sind.
- Nicht zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund (6.055): Kinder von Eltern mit Migrationserfahrung, selbst in Deutschland geboren.
- Zugewanderte Deutsche aus (Spät-)Aussiedlerfamilien⁴ (1.719): Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die aus dem Ausland zugewandert sind.

³ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

⁴ Hierbei handelt es sich um Nachkommen von Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten, die durch ein spezielles Aufnahmeverfahren ihren Aufenthalt in Deutschland begründet haben. Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: <https://www.bamf.de/DE/Themen/MigrationAufenthalt/Spaetaussiedler/spaetaussiedler-node.html>

Die Abbildung verdeutlicht, dass der Migrationshintergrund nicht allein an der Staatsangehörigkeit ablesbar ist: Auch viele deutsche Staatsangehörige haben Migrationsbezüge, etwa als Eingebürgerte oder als Kinder zugewanderter Eltern.

2.4 Verteilung nach Geschlecht

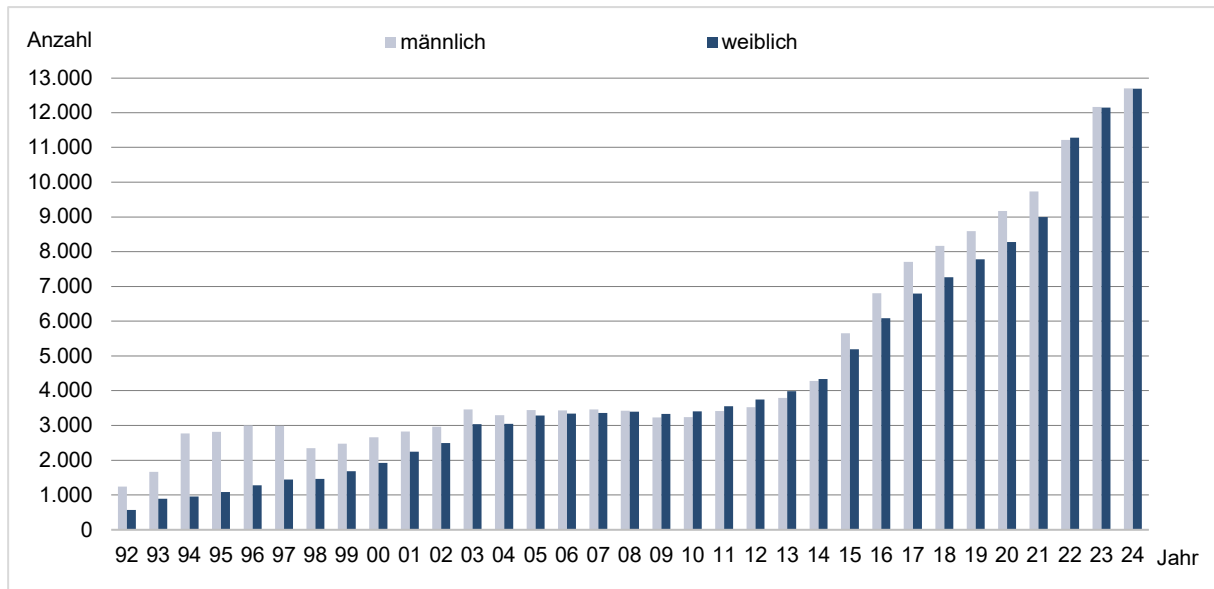


Abbildung 4 Nichtdeutsche nach Geschlecht (1992-2024)

Die nichtdeutsche Bevölkerung in Potsdam war seit Beginn der Erhebungen mehrheitlich männlich. Im Jahr 1992 lag der Männeranteil noch bei rund 68 % (1.236 Männer gegenüber 571 Frauen). Betrachtet man die langfristige Entwicklung, zeigt sich, dass die Differenz in den 1990er Jahren besonders ausgeprägt war und etwa 20 Prozentpunkte betrug. Bereits Anfang/Mitte der 2000er Jahre verringerte sich dieser Unterschied deutlich und war um 2006 nahezu ausgeglichen. In den Jahren 2015 bis 2021 kam es jedoch erneut zu einem Männerüberschuss, was vor allem mit der Fluchtmigration aus Syrien zusammenhängt. Seit 2022 hat sich das Geschlechterverhältnis wieder deutlich angenähert, vermutlich im Zusammenhang mit der überwiegend weiblichen Fluchtmigration aus der Ukraine.

Auch bei der Betrachtung der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich eine ähnliche Entwicklung und ein nahezu paritätisches Verhältnis in der Geschlechterverteilung bereits seit mehreren. Im Jahr 2024 stehen 18.633 Männer 18.817 Frauen gegenüber.

2.5 Alter und Migration

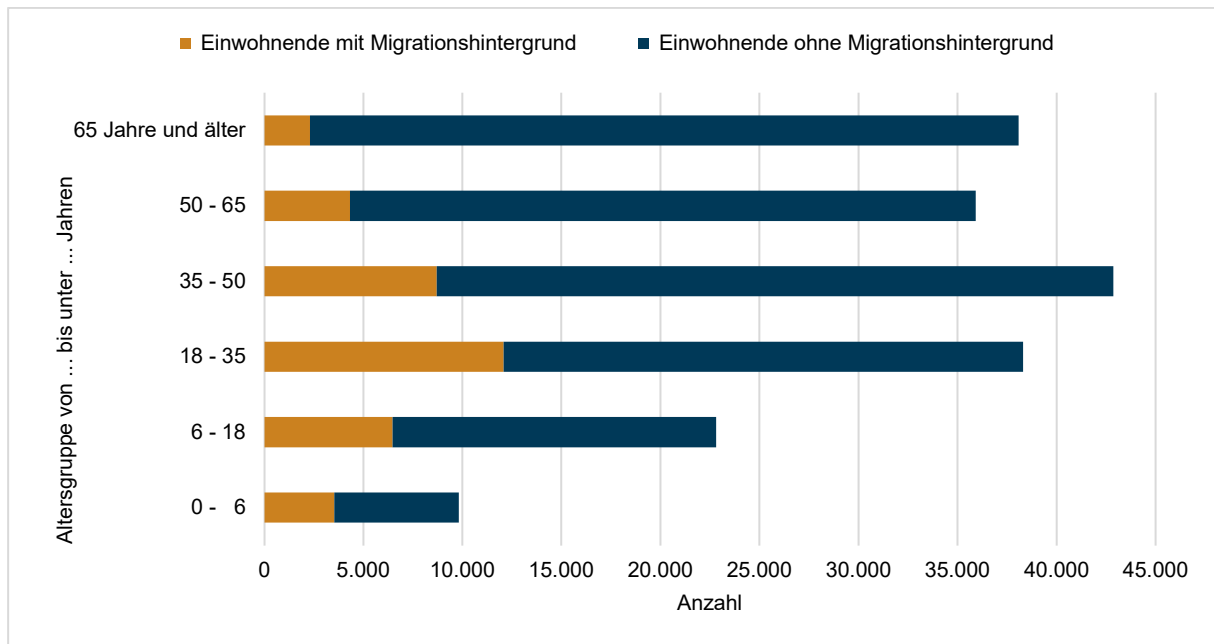


Abbildung 5 Einwohnende mit Hauptwohnsitz mit und ohne Migrationshintergrund nach Altersgruppen (2024)⁵

Der Anteil der Menschen mit einem Migrationshintergrund 2024 ist bei den Menschen über 65 Jahre in Potsdam mit 6% wesentlich kleiner als in der Gesamtbevölkerung (19,9%). Noch kleiner ist der Anteil bei Hochaltrigen (über 80 Jahre) mit 3,4%. Trotz dieser niedrigen Werte ist ein kontinuierlicher Anstieg erkennbar. 2016 betrug der Anteil der Menschen über 65 Jahre mit Migrationshintergrund in Potsdam noch 3,5%.⁶ Dies bedeutet, dass die Landeshauptstadt Potsdam in Zukunft auch bei Belangen der älteren Bevölkerung die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte verstärkt in einer kultursensiblen Perspektive berücksichtigen muss.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Religionszugehörigkeit: Während in der Potsdamer Gesamtbevölkerung 16,4% einer Religion angehören, sind es 19,1% bei Menschen über 65 Jahre.⁷ Daraus ergibt sich, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften als wichtige Akteurinnen in der Gemeinwesenarbeit bei der Planung von Angeboten für ältere Menschen einbezogen werden sollten.

Allerdings sind die Datengrundlagen in Potsdam bislang nur eingeschränkt aussagekräftig. Speziell zur gesundheitlichen Versorgung, zu Lebenslagen im Alter und zu den Herausforderungen der kommenden Jahre fehlen belastbare Informationen. Hier wird es notwendig sein, das Monitoring gezielt um Indikatoren zu erweitern, die Aufschluss über Gesundheit, Pflegebedarfe, Altersarmut und gesellschaftliche Teilhabe geben.

⁵ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

⁶ Quelle: Bevölkerungsstatistik der Landeshauptstadt Potsdam, Auswertung hier aus dem Seniorenplan 2025, abrufbar voraussichtlich ab Juni 2026

⁷ Quelle: ebenda

Bundesweite Perspektive

Deutschlandweit zeigt sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt deutlich jünger sind als die Bevölkerung ohne Migrationserfahrung. Dennoch altert auch diese Gruppe, und der Anteil älterer Menschen mit Migrationsgeschichte wächst kontinuierlich. Waren im Jahr 2010 rund 1,4 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund über 65 Jahre alt, so waren es im Jahr 2020 bereits 2,2 Mio. Damit stellten sie 12,8% der über 65-Jährigen.⁸

Studien des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (Alter(n) und Migration in Deutschland, 2022)⁹ belegen, dass ältere Migrantinnen im Durchschnitt über geringere Renten verfügen, häufiger armutsgefährdet sind und gesundheitlich benachteiligt bleiben. Besonders stark betroffen ist die sogenannte „Gastarbeitergeneration“, während (Spät-)Aussiedelnde etwas bessere Ausgangsbedingungen haben. Die konkrete Situation hängt jedoch stark von Faktoren wie Herkunftsland, Aufenthaltsdauer, rechtlichem Status oder Diskriminierungserfahrungen ab.

Ressourcen und Potentiale

Gleichzeitig verfügen ältere migrierte Menschen über wichtige Ressourcen. Viele erfahren eine starke familiäre Unterstützung, die oft generationenübergreifend und mitunter sogar länderübergreifend organisiert ist. Manche entscheiden sich im Alter auch für eine Rückkehr ins Herkunftsland. Diese Vielfalt an Lebensentwürfen gilt es in Forschung und Praxis stärker in den Blick zu nehmen.

Für die kommenden Jahre ist es zentral, die Potentiale dieser Gruppe zu fördern und zugleich strukturelle Barrieren abzubauen. Das Gesundheitssystem muss sich noch stärker auf die kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt einstellen. Prognosen zufolge wird sich allein die Zahl der über 60-Jährigen Menschen mit Migrationshintergrund, die pflegebedürftig sind, deutschlandweit zwischen 2013 und 2030 verdoppeln. Damit gewinnt die Entwicklung kultursensibler Pflege- und Versorgungsangebote zunehmend an Bedeutung.¹⁰

⁸ Bartig, Susanne (2022): Alter(n) und Migration in Deutschland: Ein Überblick zum Forschungsstand zur Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland. DeZIM Research Notes 9, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda, sowie: Martin Kohls (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel, Forschungsbericht 12 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

2.6 Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	1992	Entwicklung 1992-2002	2002	Entwicklung 2002-2012	2012	Entwicklung 2012-2024	2024
	Anzahl						
Insgesamt	1.807	3.653	5.460	1.815	7.275	18.114	25.389
darunter							
Afghanistan	0	61	61	31	92	1.083	1.175
China	19	168	187	89	276	304	580
Frankreich	0	133	133	40	173	138	311
Indien	19	22	41	63	104	533	637
Iran	0	36	36	64	100	468	568
Italien	0	109	109	56	165	298	463
Österreich	0	91	91	59	150	92	242
Polen	262	73	335	205	540	720	1.260
Rumänien	189	-161	28	93	121	967	1.088
Russische Föder.	0	781	781	40	821	816	1.637
Syrien	0	0	0	27	27	2.984	3.011
Türkei	34	285	319	-37	282	431	713
Ukraine	0	690	690	94	784	2.963	3.747
USA	13	77	90	63	153	196	349
Vietnam	169	180	349	12	361	129	490

Abbildung 6 Häufigste nichtdeutsche Staatsangehörigkeiten (Entwicklung 1992, 2002, 2012, 2024)¹¹,

Zwischen 2012 und 2024 hat sich die Zahl der nichtdeutschen Staatsangehörigen in Potsdam von 7.275 auf 25.389 mehr als vervierfacht – ein Anstieg um 249%. Dieses Wachstum ist auf unterschiedliche Migrationsbewegungen zurückzuführen, darunter vorrangig Fluchtmigration, EU-Binnenmobilität sowie Zuzüge etablierter Communities.

Im Folgenden wird auf die größten Gruppen nach Staatsangehörigkeit eingegangen.

Seit 2022 stellen Menschen aus der Ukraine mit aktuell 3.747 Personen die größte Gruppe mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Potsdam dar. Sie haben damit die zuvor größte Gruppe der syrischen Staatsangehörigen abgelöst. Der starke Anstieg um 378% seit 2022 steht in direktem Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg und den daraus resultierenden Fluchtbewegungen. Auch die Zahl der syrischen Staatsangehörigen ist seit Beginn der Fluchtmigration ab 2015 deutlich gewachsen. Mit einem Zuwachs von +2.984 Personen seit 2012 und heute 3.011 Personen bilden sie weiterhin die zweitgrößte Gruppe in der Stadt. Afghanische (+1.083 Personen) und iranische Staatsangehörige (+468 Personen) verzeichnen ebenfalls deutliche Anstiege im Vergleich heute zu 2012, was überwiegend auf Fluchtmigration und unsichere politische Rahmenbedingungen zurückzuführen ist.

Die Gruppen aus Rumänien und Polen wachsen deutlich durch Arbeitsmigration im Zuge der EU-Freizügigkeit. Für polnische Staatsangehörige besteht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland seit 2011, für rumänische Staatsangehörige seit 2014. Beide Communities zählen heute zu den größten EU-Zuwanderergruppen in Potsdam.

Einige Nationalitätengruppen verzeichnen im langfristigen Vergleich deutlich geringere Zuwächse: insbesondere Frankreich, Italien und Österreich. Hier sind die Entwicklungen über die Jahrzehnte hinweg vergleichsweise stabil, was zum Teil an geringen Zuwanderungszahlen liegt, zum Teil aber auch daran, dass nachfolgende Generationen inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Das Wachstum bleibt daher unterdurchschnittlich.

¹¹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen, Länderauswahl nach den am häufigsten in Potsdam niedergelassenen Nationalitäten 2012 und 2024

Gruppen wie jene aus der Türkei, der Russischen Föderation oder den USA zeigen ein eher moderates, aber stetiges Wachstum: Während die türkische Community seit den 1990er Jahren nahezu stabil geblieben ist, haben sich die Zahl der Personen aus der Russischen Föderation und den USA im gleichen Zeitraum erhöht – allerdings ohne die Dynamik der stärker wachsenden Flucht- oder Arbeitsmigrationsgruppen der letzten Jahre.

Indien wächst kontinuierlich, insbesondere aufgrund beruflicher Mobilität sowie der Attraktivität des Hochschul- und Forschungsstandorts Potsdam/Berlin. Die Dynamik ist deutlich, bleibt jedoch hinter den starken Zuwanderungsbewegungen fluchtmotivierter Gruppen zurück. Auch die Gruppe der chinesischen Staatsangehörigen zeigt über die Jahre hinweg ein moderates, aber stabiles Wachstum. Es basiert überwiegend auf Studium, Forschung und qualifizierter beruflicher Mobilität, dies zeigen u.a. die im kommenden Kapitel dargestellten Zahlen der Herkunft Internationaler Studierender in Potsdam.

Die vietnamesische Community hat in Potsdam eine besondere historische Bedeutung. Bereits zu DDR-Zeiten kamen viele Menschen aus Vietnam als Vertragsarbeitende oder Studierende nach Potsdam. Diese langjährigen Wurzeln spiegeln sich in einer heute etablierten Gemeinschaft wider. Zwar zählt die vietnamesische Bevölkerung weiterhin zu den größten Gruppen mit Migrationsgeschichte in Potsdam, jedoch zeigt ihre Entwicklung im langfristigen Vergleich eine geringere Dynamik: Seit den frühen 2000er-Jahren verlangsamt sich das Wachstum deutlich und liegt heute – trotz weiterhin stabiler Präsenz – unter dem Zuwachs anderer Nationalitätengruppen.

Herkunft Internationaler Studierender in Potsdam

Im Wintersemester 2024/25 waren 7.015 internationale Studierende an Potsdamer Hochschulen eingeschrieben. Mit Abstand größte Herkunftsregion ist Asien (3.435 Studierende), vor allem durch die starke Präsenz von Studierenden aus Indien (1.672), Iran (264), China (178) und Bangladesch (134). Europa folgt mit 2.362 Studierenden, wobei insbesondere die Türkei (539), die Russische Föderation (379), die Ukraine (184) sowie Polen (125) hervorstechen. Afrika stellt mit 644 Studierenden eine weitere wichtige Gruppe, angeführt von Nigeria (114), Ägypten (131) und Ghana (97). Aus dem amerikanischen Kontinent stammen 548 Studierende, vor allem aus den USA (118), Kolumbien (71) und Brasilien (75). Australien und Ozeanien spielen mit 17 Personen eine untergeordnete Rolle. Diese Verteilung verdeutlicht, dass die internationale Studierendenschaft Potsdams vor allem durch asiatische und europäische Herkunftsländer geprägt ist, während Studierende aus Afrika und Amerika in kleineren, aber dennoch relevanten Zahlen vertreten sind.¹²

Während die nichtdeutsche Bevölkerung Potsdams insgesamt stark von Fluchtmigration aus Syrien, der Ukraine und Afghanistan sowie von Zuzügen aus EU-Staaten wie Polen und Rumänien geprägt ist, zeigt sich bei den internationalen Studierenden ein anderes Bild. Hier dominieren vor allem asiatische Herkunftsländer, insbesondere Indien (1.672 Studierende), gefolgt von Iran, China und Bangladesch. Zwar finden sich auch die Türkei, die Russische Föderation und die Ukraine sowohl unter den größten Communities der Stadt als auch unter den wichtigsten Studierendenherkunftsländern, doch klassische Asylherkunftsländer wie Syrien oder Afghanistan spielen im Hochschulkontext eine deutlich kleinere Rolle. Insgesamt spiegelt die Zusammensetzung der Studierenden eher globale Bildungs- und Arbeitsmigration wider, während die Gesamtbevölkerung stärker von regionaler Nähe und Krisenmigration beeinflusst ist.

Die Daten signalisieren: Fluchtmigration aus Krisenregionen ist der stärkste dynamische Faktor, ergänzt durch kontinuierliche EU-Arbeitermigration sowie historisch gewachsene

¹² Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Communities. Die vietnamesische Community, trotz schwächerem Zuwachs, repräsentiert eine historisch längere Migrationstradition, die bis in die DDR zurückreicht.

Für Politik, Verwaltung und Migrationsarbeit bedeutet das:

- Entwicklung von gezielten Unterstützungsangeboten (z. B. psychologische Beratung, Sprachförderung, soziale Inklusion) für stark wachsende Fluchtgruppen.
- Förderung von Netzwerken für etablierte Communities, um deren Stabilität zu nutzen.
- Berücksichtigung des akademischen Verkehrs, insbesondere für Studierende und Gastforschende als Teil der Potsdamer Migrationsgesellschaft.

2.7 Aufenthaltsstatus

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
nichtdeutsche Personen in Potsdam	9.208	10.959	13.535	15.024	16.127	17.442	18.386	19.770	23.739	25.702	26.170
Niederlassungserlaubnisse insgesamt (einschl. Daueraufenthalt EG)	2.137	2.217	2.270	2.314	2.477	2.683	2.840	3.295	3.671	3.918	4.112
Aufenthaltserlaubnisse insgesamt	2.417	2.804	3.990	4.825	5.932	6.764	7.118	7.314	9.553	11.616	11.745
Darunter: Ausbildung/Erwerbstätigkeit insgesamt	823	906	966	1.068	1.320	1.623	1.750	1.839	1.989	2.422	2.343
Darunter: völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe	379	579	1.609	2.123	2.682	3.078	3.320	3.369	5.382	6.445	6.607
Darunter: nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG ¹³	0	0	6	6	7	22	24	22	39	99	132
Darunter: familiäre Gründe	1.108	1.201	1.288	1.521	1.795	1.928	1.913	1.968	2.041	2.384	2.397
EU-Aufenthaltsrechte nach dem FreizügG/EU	136	162	175	195	220	266	288	394	430	454	474
Ausländische Personen mit Aufenthaltsgestattung	285	515	818	709	715	769	795	773	510	367	338
Aussetzung der Abschiebung (Duldungen)	134	270	380	537	429	468	535	562	601	432	324
Ausreisepflichtige	188	329	448	608	485	511	594	621	678	504	366
Einbürgerungen ¹⁴	0	0	133	122	123	120	87	155	180	396	525

Abbildung 7 Nichtdeutsche in Potsdam nach Aufenthaltsstatus (2014-2024)¹⁵

In den letzten zehn Jahren hat sich die Verteilung der Aufenthaltstitel in Potsdam deutlich verändert. Insgesamt ist ein klarer Trend hin zu langfristigen und gesicherten Aufenthaltsverhältnissen erkennbar. So hat sich die Zahl der Niederlassungserlaubnisse – ein unbefristeter Aufenthaltstitel – von rund 2.100 im Jahr 2014 auf über 4.100 im Jahr 2024 nahezu verdoppelt. Auch ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung ist stabil geblieben oder leicht gestiegen: von 16,7 % im Jahr 2021 auf 16,0 % im Jahr 2025. Dies zeigt, dass

¹³ Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration.

¹⁴ Einbürgerung ist kein Aufenthaltstitel. Diese Zeile soll verdeutlichen, dass immer mehr Personen in Potsdam die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen und dann aus der Statistik rausfallen. Zu Einbürgerungen gibt es ein gesondertes Kapitel.

¹⁵ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 238 Migrationsamt, Ausländerzentralregister

eine wachsende Zahl von Menschen die Voraussetzungen für eine dauerhafte Bleibeperspektive erfüllt, etwa durch langjährigen Aufenthalt, Integration oder Berufstätigkeit.

Auch die befristeten Aufenthaltserlaubnisse haben stark zugenommen: von rund 2.400 im Jahr 2014 auf über 11.500 im Jahr 2025. Besonders auffällig ist dabei der Anstieg der Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, die mittlerweile 25,5 % der ausländischen Bevölkerung betreffen (2025), verglichen mit nur 17,0 % im Jahr 2021. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Fluchtmigration der letzten Jahre zurückzuführen, insbesondere seit 2015 und erneut ab 2022. Auffällig ist, dass die Zahlen dieser Titel verzögert anstiegen – ein Hinweis auf lange Bearbeitungszeiten in Asylverfahren und gerichtliche Klageprozesse.

Gleichzeitig ist ein Anstieg bei Titeln nach § 25b AufenthG zu beobachten, die eine Bleibeperspektive nach längerem Aufenthalt eröffnen. Das ist zum einen ein Zeichen für Fortschritte in der Integration über die Zeit und zum anderen für eine positive Erteilungspraxis im Potsdamer Migrationsamt, das sich zum Ziel gesetzt hat, möglichst zu guten Bleibeperspektiven zu beraten und Ermessensspielräume im Sinne der Antragsstellenden zu nutzen.

Demgegenüber ist die Zahl der Personen in prekären Aufenthaltssituationen – wie Gestattungen, Duldungen oder Ausreisepflicht – deutlich rückläufig. Aufenthaltsgestattungen, die 2016 noch über 800 Fälle umfassten, sind 2025 auf nur noch 326 Personen gesunken, was 1,3 % der ausländischen Bevölkerung entspricht. Auch Duldungen machen 2025 nur noch 1,3 % aus.

Die Gesamtentwicklung zeigt: Potsdam hat nach Phasen intensiven Zuzugs (2015/2016 und 2022) eine zunehmende Konsolidierung der Aufenthaltsverhältnisse erlebt. Nach langen Bearbeitungsphasen gelingt es offenbar, vielen Menschen einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen. Der stabile oder steigende Anteil langfristiger Titel wie der Niederlassungserlaubnis deutet darauf hin, dass sich ein wachsender Teil der ausländischen Bevölkerung dauerhaft in der Stadt aufhält. Dies legt nahe, dass in den kommenden Jahren auch ein zunehmender Anteil an Einbürgerungen zu erwarten ist – ein Aspekt, der in der letzten Zeile der obenstehenden Tabelle abgebildet ist. Dieser wird im Kapitel zu Einbürgerungen genauer betrachtet.

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
unter 1 Jahr	1.714	2.375	2.432	2.265	2.154	2.199	1.486	1.937	4.466	2.777	2.464
1 - unter 4 Jahre	2.506	3.284	5.243	6.481	6.746	5.495	5.445	4.992	5.027	7.689	8.706
4 - unter 6 Jahre	744	906	1.220	1.535	2.008	3.925	4.661	3.456	3.132	3.198	2.738
6 - unter 8 Jahre	511	565	689	810	1.061	1.385	1.841	3.848	4.549	3.238	2.755
8 - unter 10 Jahre	502	440	473	509	629	722	984	1.299	1.717	3.610	3.917
10 - unter 15 Jahre	1.506	1.483	1.335	1.171	1.025	1.009	1.073	1.241	1.574	2.021	2.380
15 - unter 20 Jahre	872	893	984	1.046	1.179	1.200	1.215	1.132	1.010	891	834
20 - unter 25 Jahre	491	560	629	634	669	721	771	847	952	1.049	1.047
25 - unter 30 Jahre	128	204	264	317	350	439	494	543	569	605	616
30 und mehr Jahre	234	249	260	244	297	335	404	466	562	623	712
nicht berechenbar	0	0	6	12	9	12	12	9	181	1	1

Abbildung 8 Nichtdeutsche in Potsdam nach Aufenthaltsdauer (2014-2024) ¹⁶

Auch die Daten zur Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung in Potsdam verdeutlichen die zunehmende Verstetigung von Migration. Während im Jahr 2014 noch rund 1.700 Personen weniger als ein Jahr in der Stadt lebten, lag diese Zahl 2024 nur noch bei rund 2.450 Personen – trotz wachsender Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Personen mit sehr kurzer Aufenthaltsdauer ist damit proportional gesunken, was auf eine stabile Bleibestruktur hindeutet.

Gleichzeitig hat die Zahl der Personen mit längerer Aufenthaltsdauer deutlich zugenommen: 2024 leben rund 4.000 Personen bereits seit 8 bis unter 10 Jahren im Bundesgebiet – ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren. Auch die Gruppe mit einem Aufenthalt von 10 bis unter 15 Jahren ist gewachsen und liegt bei 2.380 Personen. Noch signifikanter ist der Anstieg bei Personen mit einem Aufenthalt von über 30 Jahren: Diese Gruppe umfasst 2024 etwa 700 Menschen – ein Indikator für eine wachsende Zahl dauerhaft ansässiger Menschen mit Migrationsgeschichte.

Diese Entwicklung belegt, dass Migration nach Potsdam nicht nur vorübergehend erfolgt, sondern zunehmend auf langfristigen Verbleib ausgerichtet ist. Entsprechend gewinnen Aufenthaltstitel mit Perspektive auf Daueraufenthalt und Einbürgerung an Bedeutung – sowohl integrations- als auch migrationspolitisch. Der Zusammenhang zwischen Aufenthaltsdauer und Titeltyp (z. B. Übergang von Duldung zu Aufenthalt oder Niederlassung) verdeutlicht die Notwendigkeit, Dauer und Perspektiven migrationspolitisch gemeinsam zu betrachten.

Gleichzeitig offenbart sich ein Spannungsfeld zwischen der langen Aufenthaltsdauer vieler Menschen und ihrer rechtlichen wie politischen Stellung: Trotz teils jahrzehntelangem Aufenthalt sind viele dieser Personen noch nicht eingebürgert. Gründe hierfür können unter anderem die bisher restriktiven Regelungen zur Mehrstaatlichkeit sowie hohe Anforderungen an Lebensunterhaltssicherung und Sprachkenntnisse sein. Die geplante und teils bereits umgesetzte Anpassung des Staatsangehörigkeitsrechts, insbesondere die erleichterte Zulassung der Doppelstaatsangehörigkeit, stellt hier einen entscheidenden Faktor dar. Sie senkt die Hürden für Menschen, die ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit nicht aufgeben

¹⁶ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 238 Migrationsamt, Ausländerzentralregister

wollen oder können – und könnte in den kommenden Jahren zu einem deutlichen Anstieg an Einbürgerungen führen.

Die politische Dimension von Teilhabe hängt dabei eng mit der Staatsangehörigkeit zusammen: Erst mit ihr erwerben Zugewanderte das aktive und passive Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene, vollen Zugang zum öffentlichen Dienst und Rechtssicherheit bei Auslandsaufenthalten oder Einbürgerung ihrer Kinder. Die große Zahl langjährig ansässiger, aber nicht eingebürgerter Menschen weist somit auf ein strukturelles Demokratiedefizit hin. Eine konsequente Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und eine aktive Einbürgerungspolitik sind daher zentrale Bausteine für politische Integration und gleichberechtigte Teilhabe.

2.8 Aufenthaltsbeendigung

Der Vollständigkeit halber sollten Zahlen zu Aufenthaltsbeendigungen/ Abschiebungen dargestellt werden. Diese wurden aber in den letzten Jahren nicht systematisch durch die Landeshauptstadt Potsdam erfasst. Das Land Brandenburg, in dessen Zuständigkeit Abschiebungen fallen, stellt die Daten nicht zur Verfügung.

2.9 Einbürgerung

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Einbürgerung insgesamt	133	122	123	120	87	155	180	396	544	639
Entwicklung zum Vorjahr	-7%	-8%	1%	-2%	-28%	78%	16%	120%	37%	17%
Zahl der offenen/unbearbeiteten Anträge nach Jahr der Antragstellung	0	0	0	0	1	8	68	508	1129	950
Offene Anträge Insgesamt ¹⁷	-	-	-	30	100	360	1250	1860	2580	2720
Personalausstattung: VZÄ in der Einbürgerung laut Stellenplan	0	0	1,5	1,5	2,25	2,25	2,25	4,5	ab Q2 11	11
Personalausstattung: VZÄ in der Einbürgerung durchschnittlich besetzt	0	0	1,5	1,5	2,25	2,25	2,25	4,5	ab Q2 ca. 6,6	6,5 VZÄ,

Abbildung 9 Einbürgerungen Entwicklung (2016-2025)¹⁸

Seit 2016 ist bei den Einbürgerungszahlen ein deutlicher Aufwärtstrend zu beobachten: Während im Jahr 2016 noch 133 Einbürgerungen abgeschlossen wurden, lag die Zahl 2024 bereits bei 544 – mehr als das Vierfache. Besonders markante Anstiege gab es 2021 mit einem Plus von 78% gegenüber dem Vorjahr sowie 2023 mit einem Anstieg von 120%. Für das Jahr 2025 wurden insgesamt 639 Einbürgerungen abgeschlossen und damit erstmals mehr als 600 in einem Jahr erreicht. Für 2026 wird sogar mit etwa 1.000 Einbürgerungen gerechnet, bei gleichbleibender Personalbesetzung. Hauptursache für die stark gestiegenen Antragszahlen ist der hohe Zuzug in den Jahren 2015/16, dessen Einbürgerungsberechtigungen sich nun zunehmend in den Antragszahlen widerspiegeln.

Parallel zu diesem Anstieg hat sich auch die Zahl der offenen Anträge massiv erhöht. Während 2021 lediglich 124 Fälle offen waren, stieg der Bestand 2024 auf 2.472 und liegt Ende 2025 bereits bei rund 2.700. Dabei handelt es sich sowohl um Anträge in Bearbeitung als auch um Altanträge aus den Vorjahren. 2025 befinden sich noch immer neun offene Anträge aus den Jahren 2018 bis 2021 und 68 Anträge aus dem Jahr 2022 in Bearbeitung. Die Hauptlast stammt aus den Jahren 2023, 2024 und dem laufenden Jahr.

¹⁷ Die Angaben zu den „offenen Anträgen insgesamt“ sind nur eingeschränkt belastbar. Eine systematische Erfassung dieser Kennzahl erfolgt erst seit 2023; für die Jahre zuvor wurden die Werte teilweise rechnerisch bzw. näherungsweise rekonstruiert.

¹⁸ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, AG 3226 Bürgerservice Einbürgerung

Die Personalressourcen wurden in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut: Von 1,5 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) im Jahr 2018 stieg der Stellenplan bis 2023 auf 4,5 VZÄ und ab dem zweiten Quartal 2025 auf 11 VZÄ. Die tatsächliche Besetzung entsprach dabei nicht immer der Planstellenzahl. Aktuell arbeiten 2025 6,5 Vollzeitkräfte und mehrere Werkstudierende in der Arbeitsgruppe Einbürgerung. Diese Zusammensetzung spricht für eine effiziente und flexible Nutzung der vorhandenen Stellen sowie eine gezielte Aufgabenteilung je nach Befugnis und Qualifikation der Beschäftigten. Dies ist Ausdruck eines strategischen Personalmanagements, um die hohen Antragszahlen bewältigen zu können.

Insgesamt zeigt die Entwicklung, dass die Behörde vor der Herausforderung steht, steigende Fallzahlen und einen erheblichen Bearbeitungsrückstand zu managen. Der angepasste Personaleinsatz und Prozessoptimierungen deuten darauf hin, dass in den kommenden Jahren deutliche Verbesserungen in der Abarbeitung offener Anträge und eine Stabilisierung der Zahlen von Einbürgerungen möglich sind. Es bleiben noch Defizite in der Digitalisierung der Abläufe, auch wenn schon deutliche Verbesserungen vorgenommen wurden.

3. Migrationsstrukturen und Soziale Integration

3.1 Räumliche Verteilung

- | | | | |
|----------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-------------------|
| 11 Bornim | 31 Brandenburger Vorstadt | 61 Templiner Vorstadt | 81 Uetz-Paaren |
| 12 Nedlitz | 32 Potsdam West | 62 Teltower Vorstadt | 82 Marquardt |
| 13 Bornstedt | | 63 Schlaatz | 83 Satzkorn |
| 14 Sacrow | 41 Historische Innenstadt | 64 Waldstadt I und Industriegelände | 84 Fahrland |
| 15 Eiche | 43 Zentrum Ost und Nuthepark | 65 Waldstadt II | 85 Neu Fahrland |
| 16 Grube | 44 Hauptbahnhof und Brauhausberg Nord | | 86 Groß Glienicke |
| 17 Golm | | 71 Stern | |
| | | 72 Drewitz | |
| 21 Nauener Vorstadt | 51 Klein Glienicke | 73 Kirchsteigfeld | |
| 22 Jägervorstadt | 52 Babelsberg Nord | | |
| 23 Berliner Vorstadt | 53 Babelsberg Süd | | |

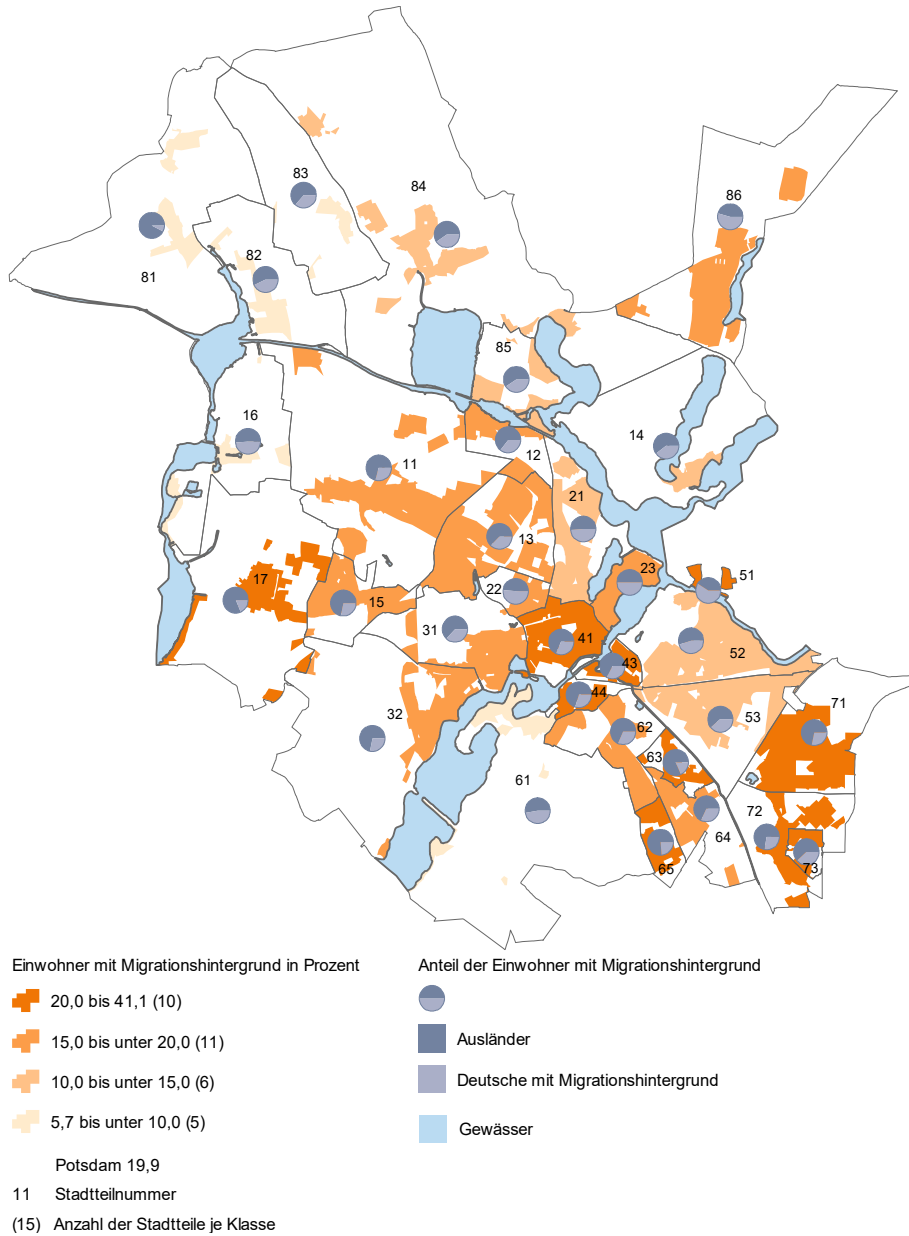


Abbildung 10 Einwohnende mit Migrationshintergrund nach Potsdamer Stadtteilen (2024)¹⁹

Im Jahr 2024 hatten knapp 20% der Potsdamer Bevölkerung einen Migrationshintergrund, davon 13,5% eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Die räumliche Verteilung dieser

¹⁹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

Gruppen ist stark segregiert: Besonders hohe Anteile an Menschen mit Migrationshintergrund finden sich im Schlaatz mit 41,1% (33,5% Nichtdeutsche). Ebenfalls deutlich überdurchschnittlich sind die Anteile in Drewitz (31,2% / 22,5% Nichtdeutsche), Golm (28,8% / 23,5% Nichtdeutsche) und Zentrum Ost/Nuthepark (27,7% / 18,6% Nichtdeutsche). Ebenso weist die Historische Innenstadt mit 24,0% Menschen mit Migrationshintergrund und 16,4% Nichtdeutschen einen hohen Wert auf.

Mittlere Werte zeigen Stadtteile wie Stern (20,2% Migrationshintergrund), Kirchsteigfeld (21,2%) oder Waldstadt II (21,2%). Auffallend geringe Anteile finden sich dagegen in den nördlichen Ortsteilen wie Uetz-Paaren (5,7%), Marquardt (9,2%), Satzkorn (9,0%) oder Neu Fahrland (10,2%). Auch Sacrow liegt mit 11,4% Menschen mit Migrationshintergrund deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt.

Dieses Muster weist auf eine ausgeprägte sozialräumliche Segregation hin: Südöstliche Stadtteile mit großem Wohnungsbestand aus der DDR-Zeit (Schlaatz, Drewitz, Stern, Zentrum Ost) sowie universitätsnahe Quartiere wie Golm ziehen überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund an, während nördliche Ortsteile mit hohem Einfamilienhausbestand und höherer Eigentumsquote deutlich geringere Anteile verzeichnen.

Das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam verfolgt das Ziel, sozialräumlicher Segregation entgegenzuwirken und eine ausgewogenere Verteilung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund über das Stadtgebiet hinweg zu fördern. Ein zentrales Instrument hierfür ist der Segregationsindex, der regelmäßig berechnet wird, um räumliche Konzentrationen sichtbar zu machen und politische Steuerungsprozesse datenbasiert zu unterstützen.

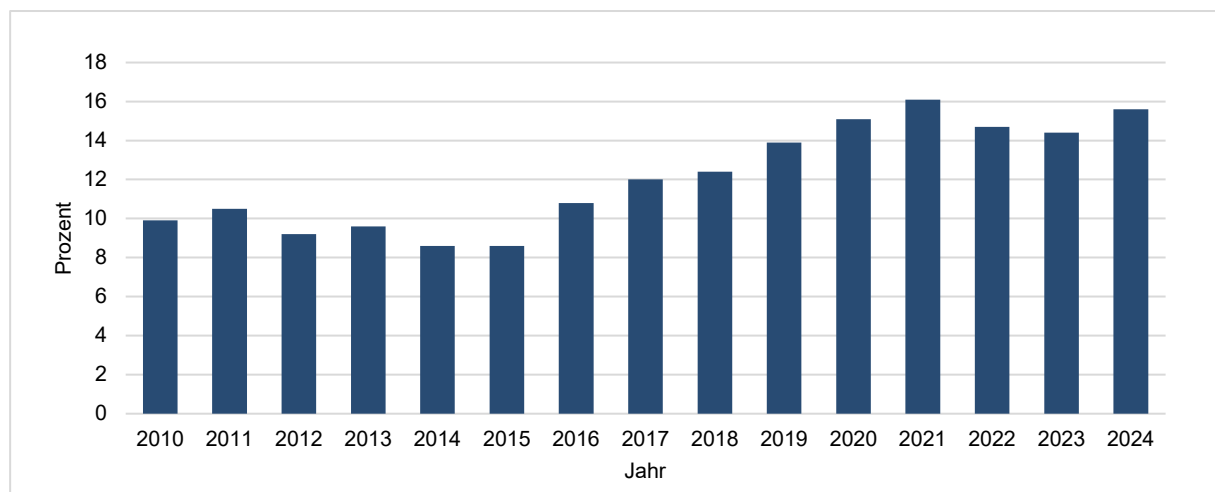


Abbildung 11 Entwicklung des Segregationsindex (2010-2024) ²⁰

Der Index beschreibt, in welchem Maß sich Bevölkerungsgruppen – in diesem Fall Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – räumlich voneinander unterscheiden. Der berechnete Segregationsindex gibt dabei an, wie viel Prozent der nichtdeutschen Bevölkerung in andere Quartiere umziehen müssten, um eine Verteilung zu erreichen, die der Gesamtstadt entspricht. Ein Wert von 0 steht für eine vollständige Gleichverteilung, ein Wert von 100 für eine vollständige Ungleichverteilung. Er lag im Jahr 2010 bei 9,9% und sank bis 2014 zunächst auf 8,6%. Seit 2016 zeichnet sich jedoch ein deutlicher Anstieg ab: 2020 lag der Segregationsindex bei 15,1% und erreichte 2021 mit 16,1% seinen bisherigen

²⁰ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

Höchststand. Nach einem leichten Rückgang in den Jahren 2022 und 2023 liegt der Wert 2024 bei 15,6%. Damit hat sich der Grad der Segregation in Potsdam im Vergleich zu 2010 um mehr als die Hälfte erhöht.²¹

Ziel ist es, sowohl in städtischen Unterkünften als auch im regulären Wohnungsmarkt Durchmischung und gleichberechtigte Teilhabe zu fördern und die Entstehung von „Brennpunkten“ langfristig zu vermeiden.

Einfluss von Standorten von Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungsverbänden

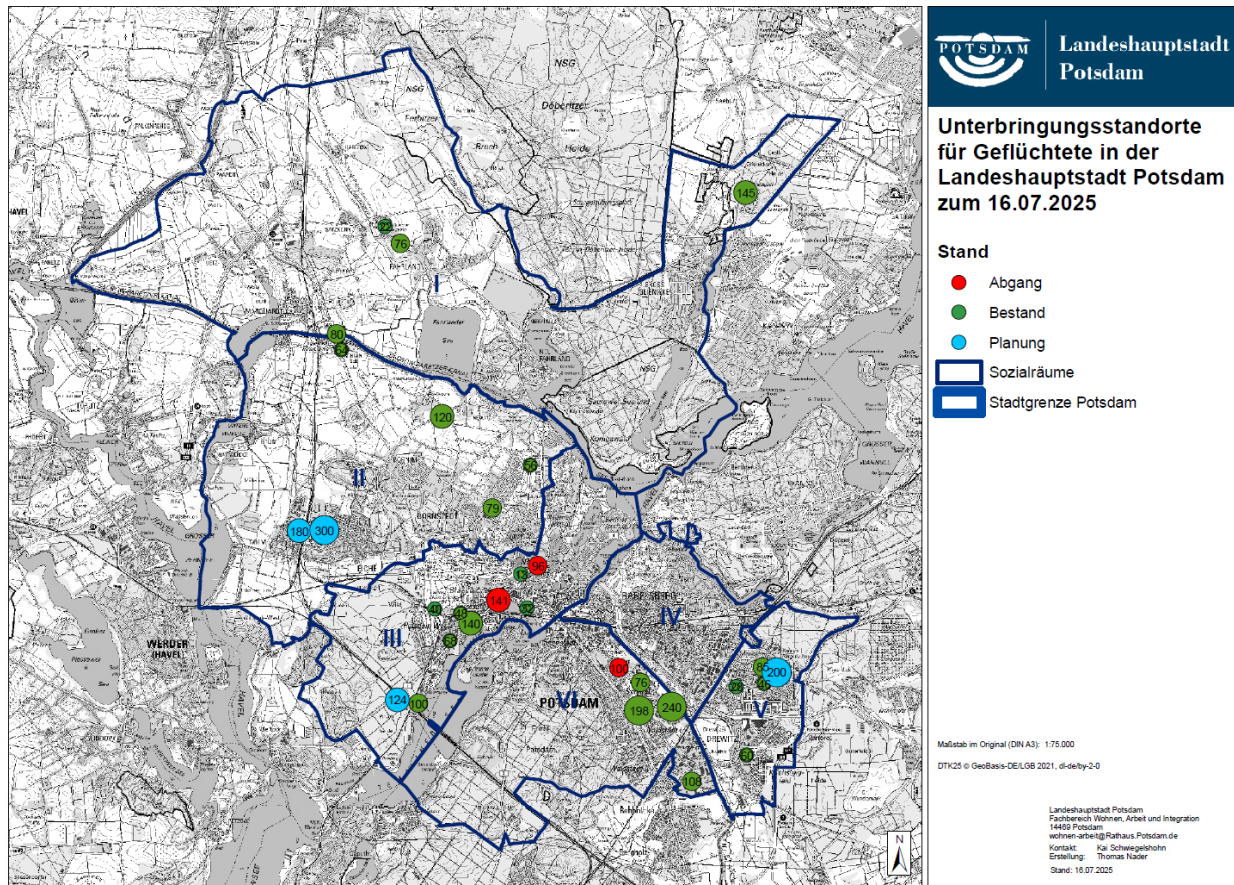


Abbildung 12 Unterbringungsstandorte für Geflüchtete in Potsdam (Stand 16.7.2025)²²

Ein Vergleich der Anteile nichtdeutscher Einwohner mit der Verteilung der Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete (Stand Juli 2025) zeigt, dass beide Muster nur teilweise deckungsgleich sind. In einzelnen Stadtteilen – insbesondere im Schlaatz (33,5% Nichtdeutsche) und im Stadtbezirk Potsdam Südost (16,3%) – ist der hohe Anteil nichtdeutscher Bevölkerung teilweise auf die dort vorhandenen Unterkunftsplätzen zurückzuführen (Schlaatz: 417 Plätze; Potsdam Südost: 1.572 Plätze). In diesen Räumen liegt ein direkter Zusammenhang zwischen der Unterbringung Geflüchteter und der lokalen Bevölkerungsstruktur nahe.

Andere Stadtteile mit überdurchschnittlichen Anteilen nichtdeutscher Einwohner, wie Golm (23,5%) oder Drewitz (22,5%), verfügen dagegen über keine bzw. nur sehr wenige Unterkunftsplätze (Golm: 0 Plätze; Drewitz: 33 belegte Plätze). Die höheren Anteile sind hier

²¹ KGSt Indikator: Segregationsindex

²² Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration

eher auf reguläre Zuwanderung und wohnungsmarktbezogene Entwicklungen zurückzuführen. In Drewitz konnten zudem ehemalige Bewohnende von Gemeinschaftsunterkünften bezahlbaren Wohnraum finden. In Golm wirkt vor allem der Zuzug internationaler Studierender und Beschäftigter aus dem Wissenschaftsbereich strukturbildend.

Umgekehrt gibt es Stadtteile wie die Teltower Vorstadt (77 Plätze), in denen eine vergleichsweise hohe Zahl an Unterkünften vorhanden ist, der Anteil Nichtdeutscher jedoch nur leicht über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegt (11,3 %).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Platzierung von Gemeinschaftsunterkünften nicht allein für die räumlichen Konzentrationen nichtdeutscher Bevölkerung verantwortlich ist. Während sie in einigen Quartieren mit hohen Anteilen korreliert, spielen in anderen Quartieren weitere Faktoren wie günstiger Wohnraum, Sozialstruktur oder vorhandene migrantische Netzwerke eine entscheidende Rolle für die Konzentration.

3.2 Wohnen in Potsdam

Migrantisches Wohnen in Potsdam ist von Ungleichheiten geprägt, sowohl bei der räumlichen Verteilung als auch bei der Höhe der Mieten. Auch die Unterbringung Geflüchteter in Gemeinschaftsunterkünften ist von verschiedenen Standards geprägt.

3.2.1 Mietbelastung

Während für die Gesamtbevölkerung gilt, dass rund drei Viertel der Haushalte zur Miete wohnen und nur ein Viertel Eigentum besitzen, ist die Eigentumsquote - laut Bürgerumfrage 2023 - bei Menschen mit Migrationshintergrund geringer. Ursächlich können hierfür fehlende familiäre Kontinuitäten und auch die Einkommenssituation sein.²³

Die Mietbelastung verdeutlicht diese Unterschiede weiter. Insgesamt gaben bei der Umfrage „Leben in Potsdam“²⁴ im Jahr 2023 40% der migrantischen Haushalte an, mehr als 33% des Haushaltseinkommens für Mietzahlungen aufzuwenden. Bei nicht migrantischen Haushalten waren es nur 31,1% mit dieser hohen Belastung. Im Durchschnitt gaben deutsche Haushalte eine Mietbelastungsquote von 29,6% an. Die nichtdeutschen Haushalte weisen mit durchschnittlich 33,8% eine höhere Mietbelastungsquote auf, müssen also einen höheren Anteil ihres Haushaltseinkommens für die Miete aufwenden.

Grundsätzlich sind von hohen Mietbelastungen Haushalte mit niedrigem Einkommen, etwa Erwerbslose oder Studierende, betroffen. Alleinerziehende sowie kinderreiche Familien tragen im Verhältnis ebenfalls eine deutlich höhere Mietbelastung, da sie einen überproportionalen Anteil ihres Einkommens für Wohnkosten aufbringen müssen. Zumindest die Verteilung bei Erwerbslosen, Alleinerziehenden und kinderreichen Familien korreliert

3.2.2 Geförderter Wohnraum

Auch im öffentlich geförderten Wohnraum zeigen sich strukturelle Unterschiede. Der Anteil gebundener Wohnungen in Potsdam ist seit Jahren rückläufig (von 13% im Jahr 2010 auf 6% im Jahr 2020), während die Zahl der Haushalte mit Wohnberechtigungsschein (WBS) im gleichen Zeitraum um 21% gestiegen ist.²⁵ Davon sind auch viele Haushalte mit

²³ Quelle: Bürgerumfrage 2023, S. 41

²⁴ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

²⁵ Quelle: Armutsbericht 2022, S. 146

Migrationshintergrund betroffen; anerkannte Geflüchtete sind nahezu ausnahmslos WBS-berechtigt. Die Versorgungslage bleibt jedoch angespannt: Im Jahr 2020 konnte nur etwa ein Viertel der WBS-Anträge tatsächlich mit Wohnraum bedient werden.

3.2.3 Öffentlich-rechtliche Unterbringung

Besondere Relevanz hat der Blick auf Menschen, die in städtischen Gemeinschaftsunterkünften leben. Hier zeigen die Daten der Belegungssteuerung erhebliche Unterschiede nach Herkunftsländern: Für Haushalte aus der Ukraine, Syrien, dem Sudan oder der Türkei liegt die Aufenthaltsdauer in der Regel unter zwei Jahren. Dagegen weisen Haushalte aus Russland (in der Regel Menschen aus Tschetschenien), Pakistan oder dem Tschad deutlich längere Aufenthaltszeiten auf – die mittleren 50 % dieser Gruppen verbleiben zwischen fünf und siebeneinhalb Jahren in Unterkünften. Einzelpersonen stellen dabei zwei Drittel aller Unterbringungen; ihre Median-Aufenthaltsdauer liegt bei 480 Tagen für Frauen und 579 Tagen für Männer. Haushalte mit mehr als fünf Personen bleiben im Schnitt deutlich länger, teils über 1.000 Tage, vereinzelt sogar über ein Jahrzehnt.²⁶

Viele Bewohnende dieser Unterkünfte haben kaum Chancen auf dem freien (oder auch gebundenen) Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Gründe hierfür sind:

- unsicherer Aufenthalt und häufig kurze Gestattungs- oder Duldungsdauern, daraus resultierende fehlende Berechtigung auf den WBS,
- geringe Einkommen (also keine Chance auf ungebundenen Wohnraum)
- Selbst wenn finanzielle Voraussetzungen für die freie Wohnungssuche gegeben sind, bleibt der Zugang erschwert. Bei sehr geringem Leerstand können Vermietende frei auswählen, was rassistische Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte begünstigt und zu Ausschluss auf dem Wohnungsmarkt führen kann.

3.2.4 Wohnungsähnliche Unterbringung

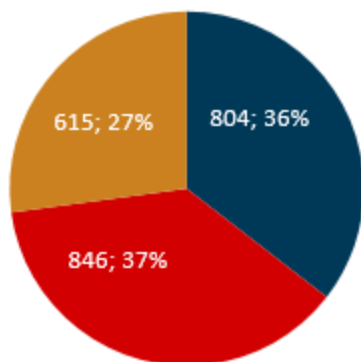
Die Landeshauptstadt Potsdam verfolgt das Ziel, Geflüchtete vorrangig in wohnungsähnlichen Unterkünften unterzubringen, in denen sie keine Küche und kein Bad mit haushaltsfremden Personen teilen müssen. Dies wurde 2020 mit dem SVV-Beschluss 20/SVV/0518 „Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen und wohnungsähnlicher Form“ von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und 2024 mit dem Beschluss des Integrationskonzeptes (DS-Nr. 24/SVV/0093) nochmals bestätigt.

Laut Daten vom 03.02.2025 (Beantwortung der Kleinen Anfrage DS-Nr. 24/SVV/1435) sind in Potsdam noch 2.265 Geflüchtete in Unterkünften untergebracht²⁷:

- 804 Personen leben in Gemeinschaftsunterkünften,
- 846 Personen in Wohnverbänden,
- 615 Personen in Nutzungswohnungen.

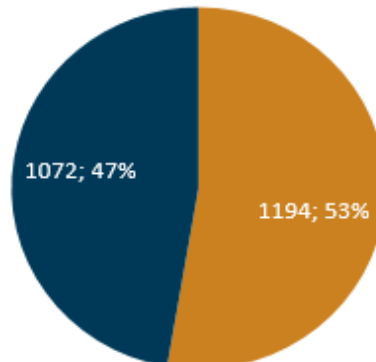
²⁶ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 391 Soziale Wohnhilfen, AG 3912

²⁷ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit, Integration



- Gemeinschaftsunterkünfte
- Wohnverbände
- Nutzungswohnungen

Abbildung 13 Unterbringungsformen Geflüchtete (Stand 03.02.2025)²⁸



- Wohnungsähnliche Unterbringung
- Gemeinschaftsunterbringung

Abbildung 14 Wohnungsähnliche Unterbringung Geflüchtete (Stand 03.02.2025)²⁹

Von ihnen leben 1.194 Personen (52,7%) in einer Unterkunft, in der sie Küche oder Bad nicht mit haushaltsfremden Personen teilen müssen. Im Vergleich zum Zeitpunkt des ursprünglichen Beschlusses ist dies ein deutlicher Fortschritt. Dennoch bleibt das Ziel bestehen, dass möglichst alle Menschen eine eigenständige Wohnform erhalten.

Insgesamt ist festzuhalten, dass Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit in Potsdam eng mit der Wohnsituation, der Mietbelastung und der Dauer des Aufenthalts in Unterkünften verknüpft sind. Sie zeigen zugleich, dass sich soziale Herausforderungen – wie hohe Mietkosten oder lange Verweildauern in Gemeinschaftsunterkünften – räumlich konzentrieren und bestimmte Herkunftsgruppen überproportional betreffen.

²⁸ Quelle: Kleine Anfrage DS-Nr. 24/SVV/1435

²⁹ Quelle: Kleine Anfrage DS-Nr. 24/SVV/1435

3.3 Analyse der Haushaltsstrukturen

Personen im Haushalt	Deutsche ohne Migrationshintergrund		Deutsche mit Migrationshintergrund		Nichtdeutsche		Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 Person	46.228	29,9	2.171	23,9	6.929	27,1	55.328	29,2
2 Personen	49.274	31,8	2.246	24,8	6.050	23,7	57.570	30,4
3 Personen	27.138	17,5	1.590	17,5	4.434	17,3	33.162	17,5
4 Personen	23.840	15,4	1.940	21,4	4.076	15,9	29.856	15,8
5 Personen und mehr	8.345	5,4	1.127	12,4	4.086	16,0	13.558	7,2
Insgesamt	154.825	100,0	9.074	100,0	25.575	100,0	189.474	100,0

Abbildung 15 Haushaltsgröße in Privathaushalten (2024)³⁰

Die Analyse der Haushaltsstrukturen in Potsdam zeigt deutliche Unterschiede zwischen deutschen Haushalten ohne Migrationshintergrund, deutschen Haushalten mit Migrationshintergrund und nichtdeutschen Haushalten. Im Jahr 2024 lebten in Potsdam rund 189.500 Menschen in Privathaushalten. Davon sind 155.000 Personen (ca. 82 %) Deutsche ohne Migrationshintergrund, rund 9.000 Deutsche (5 %) mit Migrationshintergrund und 25.500 Nichtdeutsche (13 %).

Mit Blick auf die Haushaltsgrößen gibt es nur wenige Auffälligkeiten. Deutsche ohne Migrationshintergrund leben häufiger in Ein- und Zweipersonenhaushalten (zusammengenommen ca. 62%) als die Personen mit Migrationshintergrund (zusammengenommen ca. 49%) und Nichtdeutsche (50%). Außerdem leben Nichtdeutsche und Deutsche mit Migrationshintergrund deutlich häufiger (16%) in Haushalten mit fünf und mehr Personen, als Deutsche ohne Migrationshintergrund (5,4%).

³⁰ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

Jahr	Staatsangehörigkeiten im Haushalt						
	Haushalte insgesamt	deutscher Haushalt		gemischter Haushalt (mit deutschen und nichtdeutschen Haushaltsmitgliedern)		nichtdeutscher Haushalt	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
2008	44.732	41.932	93,7	1.525	3,4	1.275	2,9
2009	44.783	41.988	93,8	1.542	3,4	1.253	2,8
2010	45.198	42.303	93,6	1.621	3,6	1.274	2,8
2011	45.410	42.446	93,5	1.655	3,6	1.309	2,9
2012	45.574	42.489	93,2	1.714	3,8	1.371	3,0
2013	45.862	42.614	92,9	1.826	4,0	1.422	3,1
2014	46.397	42.919	92,5	1.917	4,1	1.561	3,4
2015	46.571	42.800	91,9	2.003	4,3	1.768	3,8
2016	47.706	43.348	90,9	2.241	4,7	2.117	4,4
2017	48.679	43.787	90,0	2.443	5,0	2.449	5,0
2018	49.352	44.146	89,5	2.316	4,7	2.890	5,9
2019	49.631	43.950	88,6	2.695	5,4	2.986	6,0
2020	49.873	43.834	87,9	2.800	5,6	3.239	6,5
2021	49.659	43.285	87,2	2.889	5,8	3.485	7,0
2022	50.135	42.745	85,3	3.007	6,0	4.383	8,7
2023	49.972	42.157	84,4	3.113	6,2	4.702	9,4
2024	49.830	41.695	83,7	3.243	6,5	4.892	9,8

Abbildung 16 Zusammensetzung der Mehrpersonenhaushalte (2008-2024)³¹

Zahlen zum Zeitverlauf zeigen, dass sich diese Zusammensetzung in den vergangenen 15 Jahren spürbar verschoben hat: Während 2008 noch knapp 94 % aller Haushalte nur Mitglieder mit deutscher Staatsangehörigkeit aufwiesen, ist dieser Anteil bis 2024 auf rund 84 % zurückgegangen. Parallel dazu hat sich der Anteil der nichtdeutschen Haushalte mehr als verdreifacht (von 2,9 % auf 9,8 %). Auch gemischte Haushalte, in denen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit zusammenleben, haben stark zugenommen: Ihr Anteil ist im selben Zeitraum von 3,4 % auf 6,5 % gestiegen. Aussagen über die Anzahl der in den Haushalten lebenden Personen lassen sich daraus nicht ableiten. Die Zunahme gemischter Haushalte kann jedoch als Hinweis auf stärkere soziale Verflechtungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen interpretiert werden.

³¹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

Kinder im Haushalt	Deutsche ohne Migrationshintergrund		Deutsche mit Migrationshintergrund		Nichtdeutsche		Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
kein Kind	100.793	65,1	4.785	52,7	13.249	51,8	118.827	62,7
1 Kind	26.041	16,8	1.649	18,2	4.643	18,2	32.333	17,1
2 Kinder	21.905	14,1	1.772	19,5	4.202	16,4	27.879	14,7
3 Kinder	5.000	3,2	633	7,0	2.064	8,1	7.697	4,1
4 und mehr Kinder	1.086	0,7	235	2,6	1.417	5,5	2.738	1,4
Insgesamt	154.825	100,0	9.074	100,0	25.575	100,0	189.474	100,0

Abbildung 17 Haushalte mit und ohne Migrationshintergrund nach der Zahl der Kinder im Privathaushalt (2024)³²

Betrachtet man die nationale Zusammensetzung der Haushalte im Jahr 2024 nach der Anzahl der Kinder stellt man fest: Deutsche Haushalte sind häufiger kinderlos als nichtdeutsche Haushalte und nichtdeutsche Haushalte eher kinderreich als deutsche Haushalte. Deutsche Einwohnende in Potsdam leben zu 65% in Haushalten ohne Kind(er). Dieser Anteil ist bei Nichtdeutschen und Deutschen mit Migrationshintergrund deutlich geringer (jeweils ca. 52%). Nur 0,7% der Deutschen leben in Potsdamer Haushalten mit vier oder mehr Kindern. Dieser Anteil ist bei Deutschen mit Migrationshintergrund (2,6%) und Nichtdeutschen (5,5%) wesentlich höher.

Insgesamt deuten die Daten auf eine zunehmende Diversität und Durchmischung der Potsdamer Haushaltsstrukturen hin. Während deutsche Haushalte ohne Migrationshintergrund tendenziell kleiner und kinderloser sind, bringen Haushalte mit Migrationshintergrund – insbesondere nichtdeutsche und gemischte Haushalte – mehr Kinder und größere Haushaltsgrößen in die Stadtgesellschaft ein. Dies hat direkte Implikationen für die kommunale Planung: Sowohl der Bedarf an Wohnraum für größere Familien als auch an Infrastruktur wie Kitas, Schulen und Freizeitangeboten ist in Quartieren mit hohem Migrantanteil besonders ausgeprägt.

3.4 Wohlfühlen in der Landeshauptstadt Potsdam

Die Ergebnisse der Bürgerumfrage *Leben in Potsdam 2023* zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten – sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund – gerne in Potsdam lebt und die Lebensqualität insgesamt positiv einschätzt. Gleichwohl bestehen Unterschiede zwischen den Gruppen: Menschen mit Migrationshintergrund bewerten zentrale Indikatoren wie Lebenszufriedenheit, Verbundenheit mit der Stadt und Sicherheit tendenziell etwas niedriger als Personen ohne Migrationshintergrund. Neben höheren Armutsrisiken und ungünstigeren Wohnbedingungen (Bürgerumfrage 2023, S. 30–36; Armutsbericht Potsdam 2022, S. 49 ff.) werden aus der Zivilgesellschaft zudem immer wieder Fälle rassistischer Gewalt und Diskriminierung berichtet, die das Sicherheitsgefühl und die gesellschaftliche Teilhabe zusätzlich beeinträchtigen (siehe Kapitel 9.2.).

Im Zeitverlauf lässt sich eine gewisse Annäherung der Bewertungen erkennen. Während die Befragungen 2015 und 2018 deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen aufzeigten, führte die Corona-Pandemie 2021 zu einem generellen Rückgang der Lebenszufriedenheit in allen Bevölkerungsgruppen; dieser fiel bei Menschen mit Migrationshintergrund jedoch stärker aus. Die aktuelle Erhebung 2023 dokumentiert eine Erholung und einen Anstieg der Zufriedenheitswerte, wobei die Differenzen zwischen den Gruppen zwar kleiner geworden sind, jedoch fortbestehen (Bürgerumfrage 2018, 2021, 2023).

³² Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

Die Ursachen für diese Unterschiede sind vielfältig und beruhen auf strukturellen Ungleichheiten. Menschen mit Migrationshintergrund verfügen im Durchschnitt über ein geringeres Nettoäquivalenzeinkommen und sind häufiger von Armut betroffen (36% armutsgefährdet gegenüber 15% Gesamtbevölkerung, siehe Kapitel 6). Sie leben überproportional in Mietwohnungen mit hoher Mietbelastung und häufiger in Sozialräumen in denen gesellschaftliche Konflikte sichtbarer sind (Armutsbericht Potsdam 2022, S. 141 ff.). Hinzu kommen dokumentierte Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt und im Alltag, die das subjektive Wohlbefinden beeinträchtigen können. Verstärkt wird diese Situation durch die aktuell polarisierte politische Stimmung in Deutschland und das Erstarken rechtspopulistischer Akteure wie der AfD, was das Sicherheitsgefühl und die gesellschaftliche Akzeptanz von Minderheiten zusätzlich beeinflussen kann.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass trotz hoher Gesamtzufriedenheit in Potsdam weiterhin gezielte Maßnahmen erforderlich sind, um strukturelle Barrieren abzubauen. Dazu gehören insbesondere eine Ausweitung von bezahlbarem Wohnraum, Programme zur Arbeitsmarktintegration (einschließlich Anerkennung ausländischer Abschlüsse), verbesserte Sprachförderung sowie verstärkte Maßnahmen gegen Diskriminierung. Ergänzend sollten Begegnungs- und Teilhabeangebote gestärkt werden, um die soziale Einbindung zu fördern und das subjektive Wohlbefinden zu verbessern. –Eine fortlaufende, differenzierte Beobachtung der Entwicklungen durch Bürgerumfragen und Sozialberichte ist entscheidend, um Fortschritte und Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen (Bürgerumfrage 2023; Armutsbericht Potsdam 2022).

3.5 Wanderungssaldo nichtdeutscher Personen

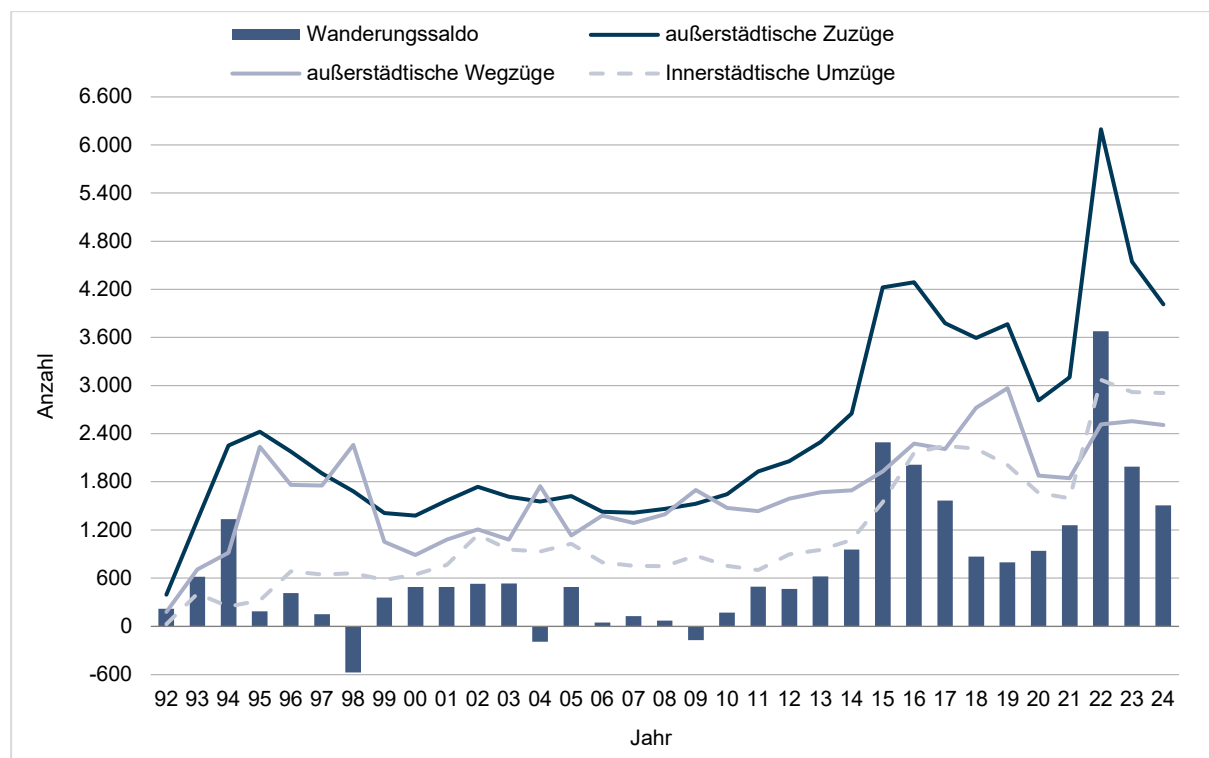


Abbildung 18 Wanderungen von Nichtdeutschen in Potsdam (1992-2024)³³

Der Wanderungssaldo der Stadt Potsdam zeigt bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit seit 2014 eine deutliche Dynamik. Über weite Strecken ist der Saldo

³³ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

positiv, was auf einen kontinuierlichen Zuzug in die Stadt hinweist und die wachsende Bedeutung Potsdams als Zuzugsort für internationale Einwohnende unterstreicht.

Seit 2014 ist ein deutlicher Anstieg der innerstädtischen Umzüge von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu beobachten. Diese Entwicklung hängt einerseits mit dem generellen Anstieg der Zahl nichtdeutscher Einwohnenden in Potsdam zusammen, andererseits mit der Dynamik, die durch die Aufnahme Geflüchteter in den städtischen Wohnungsmarkt kommt. In Phasen hoher Fluchtbewegungen – wie 2015/2016 im Zusammenhang mit dem Syrienkrieg oder 2022 durch den russischen Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine – steigen die innerstädtischen Umzüge sprunghaft an. Ursache hierfür ist die zunächst notwendige Unterbringung in Not- oder Gemeinschaftsunterkünften und die damit verbundenen häufigen Umzüge zwischen verschiedenen Einrichtungen. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer erfolgt anschließend oft der Wechsel in regulären Wohnraum, was weitere Umzüge innerhalb des Stadtgebiets nach sich zieht.

Auch die Zuzüge von außerhalb Potsdams liegen seit 2014 auf einem erhöhten Niveau. Dies ist zum einen auf hohe Zuweisungszahlen nach dem Landesaufnahmegesetz und dem Königsteiner Schlüssel zurückzuführen, zum anderen ziehen viele anerkannte Geflüchtete aus anderen Brandenburger Landkreisen nach Potsdam. Die Nähe zu Berlin, eine gut ausgebaute Infrastruktur und bestehende migrantische Netzwerke machen Potsdam zu einem attraktiven Wohn- und Zuwanderungsort im Land Brandenburg.

Demgegenüber stehen außerstädtische Fortzüge, die ebenfalls zugenommen haben. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der angespannte Wohnungsmarkt in Potsdam: Viele Zugewanderte finden hier keinen langfristig bezahlbaren Wohnraum und weichen daher auf andere Kommunen aus. Darüber hinaus wird in Studien und Berichten³⁴ immer wieder auf die hohe Belastung durch Diskriminierung in ostdeutschen Bundesländern verwiesen, die ebenfalls zu Abwanderungen beiträgt. Gleichwohl bleibt Potsdam im landesweiten Vergleich eine bevorzugte Stadt für Zuzug und Aufenthalt von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte.

³⁴ Siehe z.B. Kubiak, Daniel (2023): Postmigrantische Gesellschaften im urbanen Ostdeutschland. Perspektiven der Integrations- und Migrationsforschung. In: Böick, Marcus / Goschler, Constantin / Jessen, Ralph (Hrsg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2023

Jahr	ins- gesamt	darunter						von Amts wegen, unbekannt
		Potsdamer Umland	Berlin	Land Brandenburg	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Ausland	
Anzahl								
1994	1.335	41	-45	77	26	76	1.238	-78
1995	186	44	-156	243	-43	-31	587	-458
1996	415	-78	-142	258	-11	49	852	-513
1997	152	-9	-71	130	-30	-116	479	-231
1998	-576	35	-115	143	0	-12	275	-902
1999	357	61	-88	202	21	-43	361	-157
2000	489	33	-69	141	22	-23	522	-137
2001	489	46	-103	152	15	-15	637	-243
2002	530	71	-92	130	16	-40	509	-64
2003	533	31	-106	125	15	-72	530	10
2004	-194	18	-50	73	0	2	-238	1
2005	490	37	-46	64	24	-59	470	0
2006	46	20	-111	36	8	-36	128	1
2007	126	-12	-130	48	26	-26	220	0
2008	70	29	-72	51	22	-33	73	0
2009	-172	2	-147	25	15	14	-81	0
2010	172	20	-80	59	25	-14	162	0
2011	493	21	-78	102	22	0	426	0
2012	464	5	-85	74	27	-24	467	0
2013	623	0	-40	141	45	-32	530	-21
2014	955	47	61	245	15	38	559	-10
2015	2.293	48	23	1.488	50	13	687	-16
2016	2.014	202	7	717	76	27	940	45
2017	1.566	167	77	487	32	78	677	48
2018	870	154	109	164	48	63	256	76
2019	796	70	106	241	67	58	192	62
2020	940	56	179	224	46	24	355	56
2021	1.259	73	56	217	17	-18	884	30
2022	3.679	24	-54	164	36	48	3.409	52
2023	1.989	122	19	298	79	-6	1.417	60
2024	1.505	53	56	248	56	-32	1.088	36

Abbildung 19 Wanderungen von Nichtdeutschen nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten (1994 bis 2024)³⁵

Betrachtet man die Wanderungen nach innerdeutschen Ziel- und Herkunftsgebieten zeigt sich: Potsdam gewinnt kontinuierlich nichtdeutsche Zuwandernde aus dem Land Brandenburg, was sich in überwiegend positiven Salden zeigt (2024: +248). Gleichzeitig verzeichnet die Stadt regelmäßig Zuzüge aus Berlin – hier ist der Saldo in den letzten zehn Jahren durchweg positiv mit schwankenden Zahlen zwischen 7 im Jahr 2016 und 179 im Jahr 2020. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2022 in dem 54 Personen mehr nach Berlin ab- als zugewandert sind. Wanderungen zu und aus den neuen Bundesländern verlaufen seit 1999 leicht positiv, nachdem in den 1990er Jahren noch Verluste dominierten (2024: +56). Während bis 2013 durchweg Abwanderungen in die alten Bundesländer zu verzeichnen waren, ist der Wanderungssaldo seit 2014 fast durchweg positiv. Im Jahr 2021 und 2024 ist

³⁵ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

dann erstmalig wieder ein Negativsaldo von -18 und -32 zu verzeichnen. Diese Muster verdeutlichen, dass die innerdeutsche Migration nichtdeutscher Personen weniger dynamisch verläuft und primär durch regionale Bewegungen zwischen Potsdam und seinem Umland geprägt ist.

3.6 Binationale Ehen³⁶

Jahr	Eheschließungen insgesamt	darunter		davon				ein Partner nicht deutsch			
		Eheschließungen mit ausländischen Partnern		beide nicht deutsch		ein Partner nicht deutsch		Mann deutsch / Frau nicht deutsch		Frau deutsch / Mann nicht deutsch	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1992	575	33	5,7	-	-	33	100,0	11	33,3	22	66,7
1993	528	58	11,0	-	-	58	100,0	20	34,5	38	65,5
1994	465	46	9,9	5	10,9	41	89,1	19	46,3	22	53,7
1995	513	72	14,0	2	2,8	70	97,2	32	45,7	38	54,3
1996	479	80	16,7	4	5,0	76	95,0	31	40,8	45	59,2
1997	526	96	18,3	2	2,1	94	97,9	26	27,7	68	72,3
1998	499	97	19,4	6	6,2	91	93,8	39	42,9	52	57,1
1999	557	87	15,6	6	6,9	81	93,1	28	34,6	53	65,4
2000	556	97	17,4	3	3,1	94	96,9	31	33,0	63	67,0
2001	532	101	19,0	7	6,9	94	93,1	46	48,9	48	51,1
2002	559	113	20,2	10	8,8	103	91,2	57	55,3	46	44,7
2003	702	108	15,4	6	5,6	102	94,4	45	44,1	57	55,9
2004	838	110	13,1	11	10,0	99	90,0	48	48,5	51	51,5
2005	801	86	10,7	7	8,1	79	91,9	38	48,1	41	51,9
2006	880	91	10,3	7	7,7	84	92,3	46	54,8	38	45,2
2007	800	70	8,8	4	5,7	66	94,3	37	56,1	29	43,9
2008	868	83	9,6	9	10,8	74	89,2	42	56,8	32	43,2
2009	898	84	9,4	7	8,3	77	91,7	40	51,9	37	48,1
2010	933	79	8,5	8	10,1	71	89,9	37	52,1	34	47,9
2011	844	73	8,6	6	8,2	67	91,8	35	52,2	32	47,8
2012	871	77	8,8	7	9,1	70	90,9	46	65,7	24	34,3
2013	838	60	7,2	8	13,3	52	86,7	27	51,9	25	48,1
2014	939	71	7,6	6	8,5	65	91,5	17	26,2	48	73,8
2015	961	81	8,4	6	7,4	75	92,6	38	50,7	37	49,3
2016	1.021	81	7,9	11	13,6	70	86,4	45	64,3	25	35,7
2017	1.013	82	8,1	3	3,7	79	96,3	47	59,5	32	40,5
2018	1.147	92	8,0	4	4,3	88	95,7	61	69,3	27	30,7
2019	1.101	100	9,1	9	9,0	91	91,0	55	60,4	36	39,6
2020	979	101	10,3	11	10,9	90	89,1	48	53,3	42	46,7
2021	868	100	11,5	16	16,0	84	84,0	49	58,3	35	41,7
2022	872	96	11,0	15	15,6	81	84,4	48	59,3	33	40,7
2023	825	80	9,7	14	17,5	66	82,5	44	66,7	22	33,3
2024	432	33	7,6	10	30,3	23	69,7	14	60,9	9	39,1

Zwischen 1992 und 2024 schwankt der Anteil der Eheschließungen, an denen mindestens eine Person ohne deutsche Staatsangehörigkeit beteiligt ist³⁷ in Potsdam deutlich. In den

³⁶ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

³⁷ KGSt Indikator: Binationale Ehen (hier haben wir den Faktor eingetragene Lebenspartnerschaften weggelassen, der im Indikator eigentlich vorgesehen ist)

1990er Jahren lag der Anteil zunächst bei rund 5 bis 10%, stieg jedoch bis Anfang der 2000er Jahre auf etwa 15 bis 20% an. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen nach der deutschen Wiedervereinigung und einer wachsenden Zahl von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Stadt. Nach 2020 kam es erneut zu einem leichten Anstieg auf über 10%. Dies könnte vermehrt die 2015 und 2016 zugewanderten Geflüchteten betreffen. Der Anstieg ist aber nicht vergleichbar mit der Entwicklung in den frühen 2000er Jahren.

Auffällig ist, dass die meisten binationalen Eheschließungen Paare betreffen, bei denen nur ein Partner nichtdeutsch ist. Ehen zwischen zwei nichtdeutschen Menschen machen einen geringen Anteil aus. Zudem zeigt sich über den gesamten Zeitraum hinweg ein deutlicher Geschlechterunterschied: Häufiger heiraten deutsche Männer nichtdeutsche Frauen als umgekehrt.

Auffällig ist, dass der Anstieg nach 2015 nicht so stark ist wie die Zuwanderungsbewegungen. Ein Grund dafür könnte sein, dass besonders Menschen aus Syrien häufig nicht in Deutschland heiraten, da sie für die Eheschließung benötigte Dokumente wie Geburtsurkunden oder Ehefähigkeitszeugnisse oft nicht beschaffen oder legalisieren lassen können. Grund dafür sind die fehlenden diplomatischen Beziehungen zu Syrien und die eingeschränkte Funktionsfähigkeit der dortigen Behörden. Alternativ finden dann Eheschließungen in Nachbarländern wie Dänemark statt, die dann später in Deutschland anerkannt werden.

Das Problem betrifft übrigens auch die Anerkennung von Ehen, die noch im Asylherkunftsland geschlossen wurden. Viele Ehen werden von den deutschen Behörden nicht anerkannt, was für die Betroffenen häufig Nachteile wie Steuerverluste mit sich bringt, die sich über Jahre aufsummieren.

Insgesamt weisen die Daten auf eine langfristige soziale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Potsdam hin, die Ausprägung könnte allerdings stärker sein. Die kontinuierliche Präsenz binationaler Ehen verdeutlicht, dass interkulturelle Partnerschaften und Familienstrukturen in der Stadt fest etabliert sind und eine wichtige Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben spielen. Aufgrund der oben beschriebenen Problematiken sind die Zahlen aber vermutlich seit einigen Jahren nicht mehr so aussagekräftig, wie noch in den 2000er Jahren. Die Analyse der Haushaltsstrukturen (siehe Kapitel 2) deutet aber deutlich darauf hin, dass binationale Partnerschaften kontinuierlich zunehmen.

4. Bildung und Chancengleichheit

Bildung ist ein zentrales Handlungsfeld der Integration und entscheidend für gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Perspektiven und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Schulische und sprachliche Kompetenzen bestimmen maßgeblich, welche Bildungswege Kindern und Jugendlichen offenstehen und welche Chancen sie später im Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt haben.

In Potsdam ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten deutlich gestiegen, und gleichzeitig hat der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kontinuierlich zugenommen. Diese Entwicklung stellt Schulen und Kitas vor wachsende Herausforderungen, etwa in der sprachlichen Förderung, der individuellen Unterstützung und der Schaffung von gleichwertigen Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund.

4.1 Frühkindliche Bildung und Sprachförderung in Kitas

Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein für gelingende Integration, da hier die Grundlagen für spätere schulische Erfolge gelegt werden. In Potsdam besuchen nahezu alle Kinder vor der Einschulung eine Kindertageseinrichtung. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen: 2015 lag er bei rund 11 %, 2024 bereits bei 29 %³⁸.

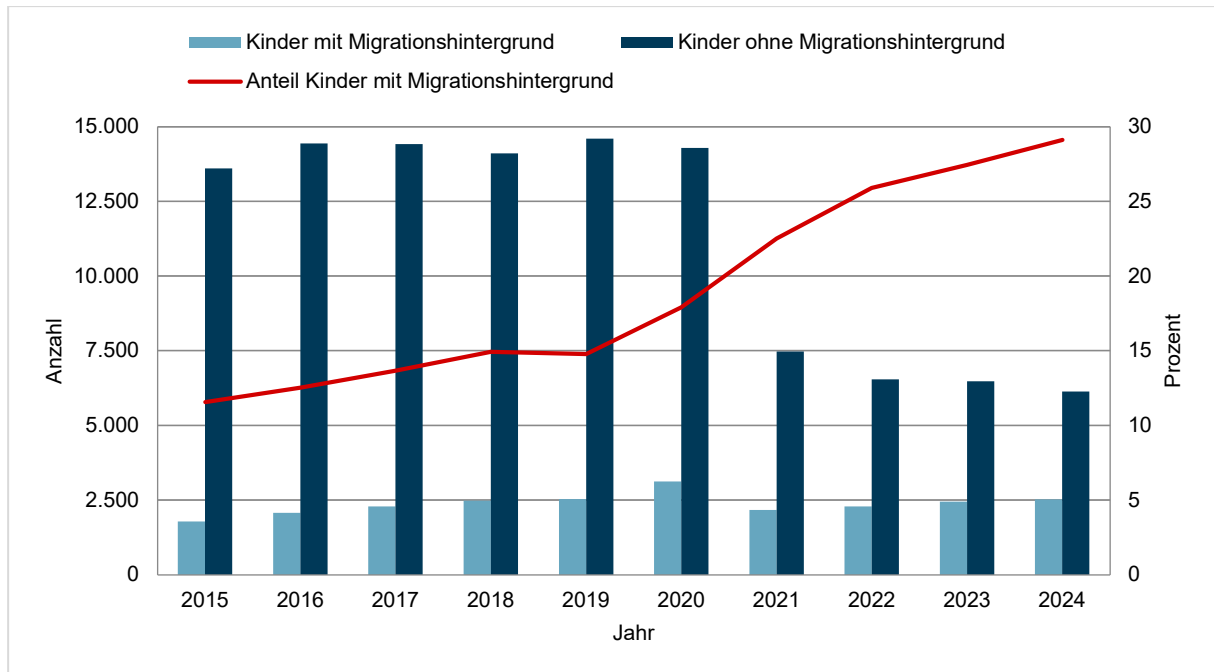


Abbildung 20 Kinderbetreuung nach Migrationshintergrund in Potsdam (2015-2024)³⁹

Die im **Potsdamer Integrationskonzept 2024–2028** vorgesehenen Maßnahmen – wie der Ausbau sprachfördernder Programme in Kitas, interkulturelle Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte und gezielte Elternbildungsangebote – tragen dem wachsenden Bedarf Rechnung. Gleichwohl liegt die Zuständigkeit für curriculare Vorgaben beim Land Brandenburg; die Landeshauptstadt kann vor allem durch Ausstattung, ergänzende Förderprogramme und Vernetzung mit Familienzentren wirksam werden.

4.2 Einschulungen und Migration

4.2.1 Sprachförderbedarf ein Jahr vor Einschulung

³⁸ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen. Diese Zahlen beruhen auf einer Umfrage, die jährlich unter den Kita-Einrichtungen durchgeführt wird. In der Regel beträgt der Rücklauf 100%, weshalb die Zahlen belastbar sind. Zu beachten ist, dass der Migrationshintergrund vom Kitapersonal angegeben wird, es wird nicht zwischen deutsch mit Migrationshintergrund und nichtdeutsch unterschieden. Bis einschließlich 2020 wurden in der Erhebung auch Horte und Aki-Einrichtungen (Andere Kinderbetreuung) berücksichtigt. Seit 2021 umfasst die Befragung nur noch Kinderkrippen, Kindergärten sowie pädagogisch begleitete Eltern-Kind-Gruppen. Der Wechsel der einbezogenen Einrichtungen erklärt den sichtbaren Knick in der Abbildung.

³⁹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

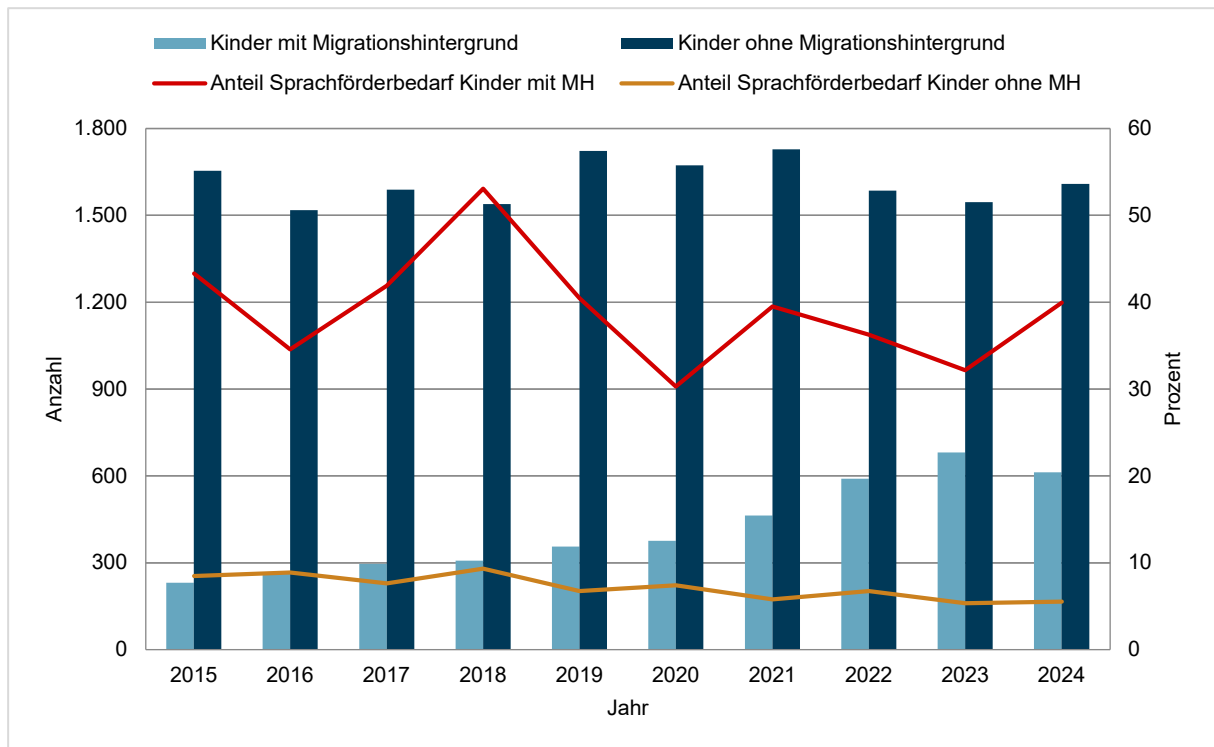


Abbildung 21 Sprachförderbedarf bei Einschulkindern (2015-2024)^{40, 41}

Der Sprachförderbedarf wird im Jahr vor der Einschulung bei allen Vorschulkindern erhoben und zeigt deutliche Unterschiede nach Migrationshintergrund. Während Kinder ohne Migrationshintergrund seit Jahren nur etwa 5 bis 9% eine zusätzliche Förderung benötigen, liegt der Anteil bei Kindern mit Migrationshintergrund um ein Vielfaches höher – zwischen 30 und 53%. Den Höchstwert erreichte Potsdam im Jahr 2018, als mehr als die Hälfte der einzuschulenden Kinder mit Migrationshintergrund Sprachförderbedarf aufwies. Bis 2020 sank dieser Anteil auf rund 30%, stieg anschließend jedoch wieder an und lag 2024 bei 40%.

Die Schwankungen lassen sich unter anderem durch die Fluchtmigration seit 2015 und die Altersstruktur der zugewanderten Kinder erklären: Der Sprachförderbedarf wird erst im Jahr vor der Einschulung erhoben. Kinder, die im Kleinkindalter oder kurz nach der Geburt nach Potsdam kamen, erscheinen daher erst Jahre später in den Statistiken. Der erwartete Anstieg nach der Zuwanderung aus der Ukraine 2022 zeigt sich in den Sprachförderzahlen bislang nicht deutlich – ein Hinweis darauf, dass viele der betroffenen Kinder noch jünger oder älter als das Einschulungsalter sind. Grundsätzlich bleibt festzustellen, dass der Förderbedarf bei deutschen Kindern kontinuierlich niedrig ist, während er bei Kindern mit Migrationshintergrund auf höherem Niveau schwankt.

4.2.2 Einschulungsuntersuchungen

Die Einschulungsuntersuchungen in Potsdam geben Aufschluss über die gesundheitliche Situation von Kindern beim Eintritt in die Schule. Sie liefern Informationen über die Verbreitung eines Migrationshintergrundes, die Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen sowie über gesundheitliche und entwicklungsbezogene

⁴⁰ KGSt Indikator: Einzuschulende Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache in Potsdamer Kitas

⁴¹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Statistik und Wahlen

Befunde. Im Folgenden werden die Daten der Jahre 2014 bis 2024 dargestellt und in ihrer Entwicklung eingeordnet.

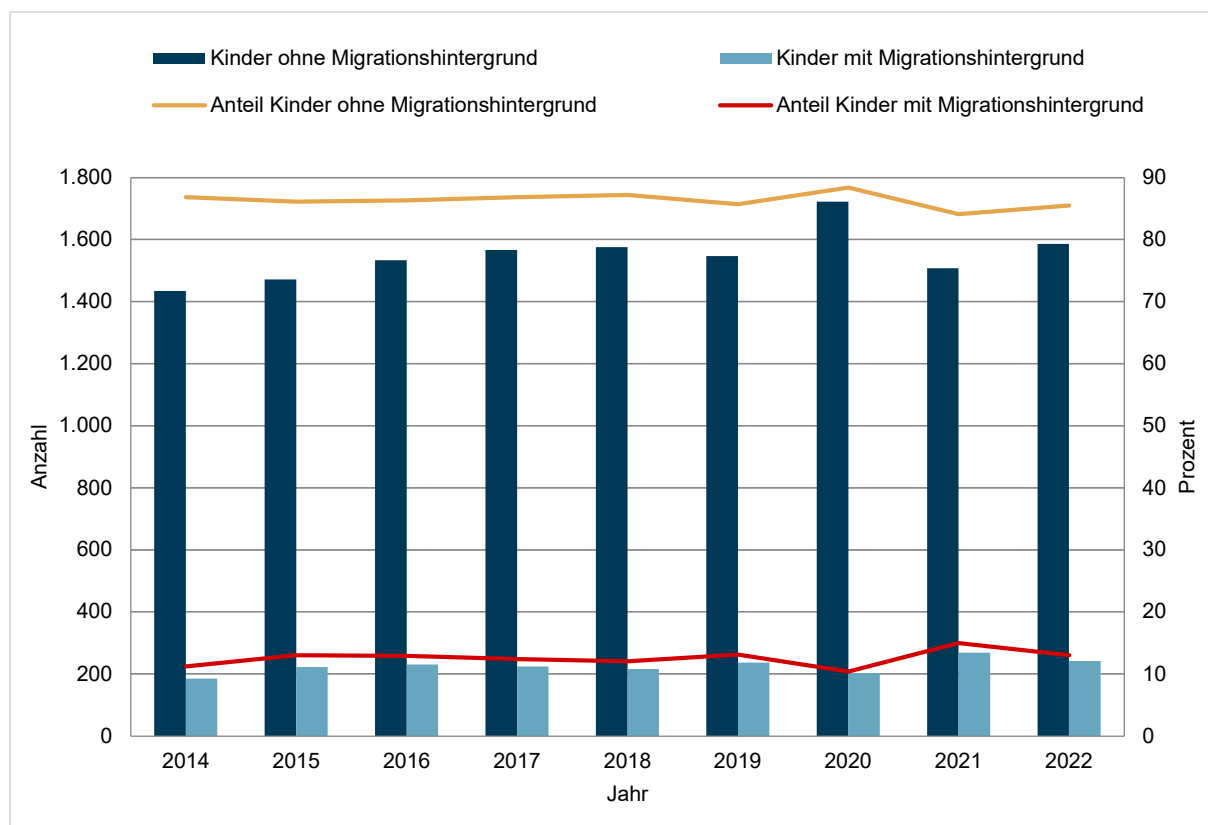


Abbildung 22 Einschulungskinder nach Migrationshintergrund (2014-2022)⁴²

Bis 2022 wurde der Migrationshintergrund vor allem über die Angabe der Muttersprache erfasst⁴³. In dieser Zeit lag der Anteil der Kinder ohne Migrationshintergrund konstant bei etwa 85%, während rund 12 bis 15% der Einzuschulenden einen Migrationshintergrund aufwiesen.

⁴² Quelle: Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit Dezernatsleitung, Abt. Gesundheit

⁴³ Die Angabe zum Merkmal Migrationshintergrund beruht auf den Angaben der Eltern im Anamnesebogen zur Schuleingangsuntersuchung.

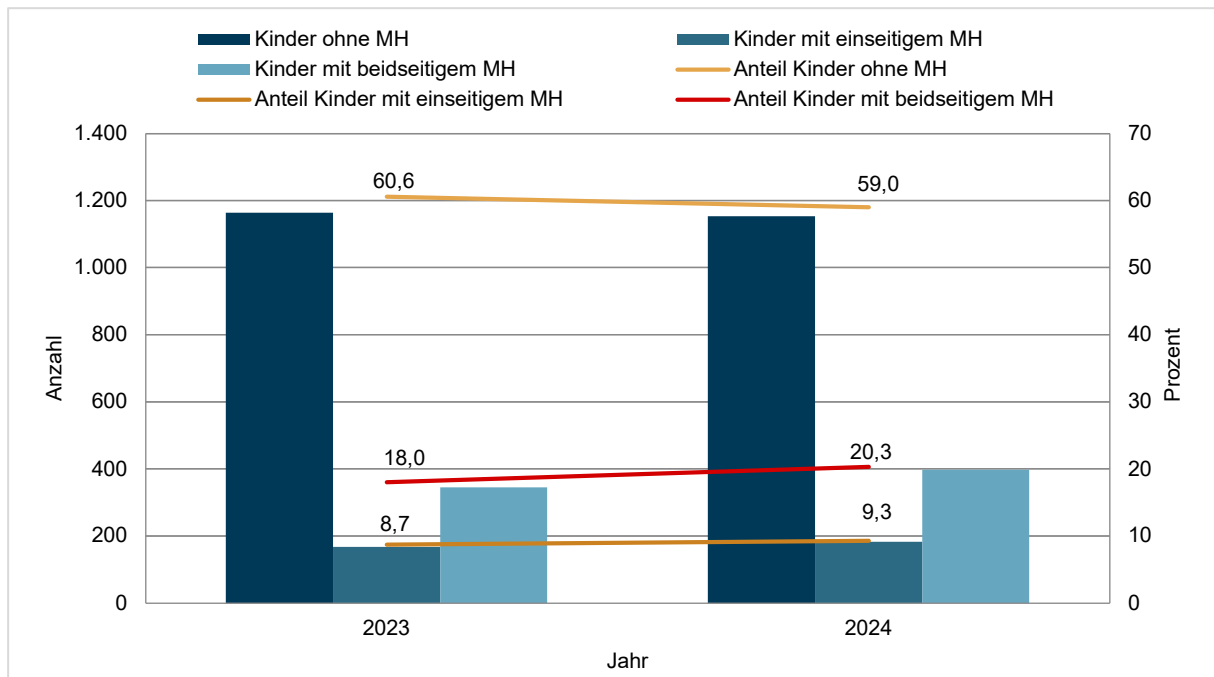


Abbildung 23 Einschulungskinder nach Migrationshintergrund (2023-2024)⁴⁴

Seit 2023 wird die Erfassung differenzierter vorgenommen. Dabei wird zwischen Kindern mit einseitigem und mit beidseitigem Migrationshintergrund unterschieden. Nach der Definition des KiGGS-Programms (Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland) liegt ein einseitiger Migrationshintergrund vor, wenn ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Von einem beidseitigen Migrationshintergrund wird gesprochen, wenn beide Elternteile oder das Kind selbst im Ausland geboren wurden⁴⁵.

Die Stadt Potsdam verwendet hingegen eine Definition, die stärker auf die rechtliche Zugehörigkeit abstellt: Ein Migrationshintergrund liegt demnach vor, wenn das Kind selbst oder mindestens ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Im Schuljahr 2024 wurden nach der KiGGS-Definition 9,3% der Kinder mit einem einseitigen und 20,3% mit einem beidseitigen Migrationshintergrund erfasst. Nach der Definition der Stadt Potsdam lag der Anteil bei 23,3%. Damit zeigt sich, dass die Ergebnisse je nach zugrundeliegender Definition voneinander abweichen, insgesamt aber eine Zunahme der Diversität unter den Einzuschulenden deutlich wird.

4.2.3 Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung (U9)

Die U9 ist die letzte standardisierte Früherkennungsuntersuchung im Kindesalter und findet zwischen dem 60. und 64. Lebensmonat statt, also etwa im fünften Lebensjahr kurz vor der Einschulung. Sie dient der umfassenden Beurteilung der körperlichen und geistigen Entwicklung. Geprüft werden unter anderem Sprache, Motorik, Sinnesorgane, Verhalten sowie der Impfstatus. Ziel ist es, Entwicklungsauffälligkeiten rechtzeitig vor dem Schuleintritt zu erkennen und Förder- oder Behandlungsmaßnahmen einzuleiten.

Insgesamt ist die Teilnahmequote in Potsdam sehr hoch. Im Jahr 2024 nahmen 97,7% der Kinder ohne Migrationshintergrund an der U9 teil. Unter den Kindern mit einseitigem

⁴⁴ Quelle: Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit Dezernatsleitung, Abt. Gesundheit

⁴⁵ Auch diese Angaben beruhen auf den Angaben der Eltern im Anamnesebogen

Migrationshintergrund lag die Quote bei 96,5%, während sie bei Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund mit 71,7% deutlich niedriger ausfiel.⁴⁶

4.2.4 Gesundheits- und Entwicklungsbefunde bei Kindern

Ein erheblicher Teil der Kinder zeigt bei der Einschulungsuntersuchung Entwicklungsauffälligkeiten. Im Jahr 2024 hatten 44,8% der Kinder ohne Migrationshintergrund mindestens einen Befund. Unter den Kindern mit einseitigem Migrationshintergrund waren es 59,2%, und bei den Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund stieg der Anteil auf 64,2%.

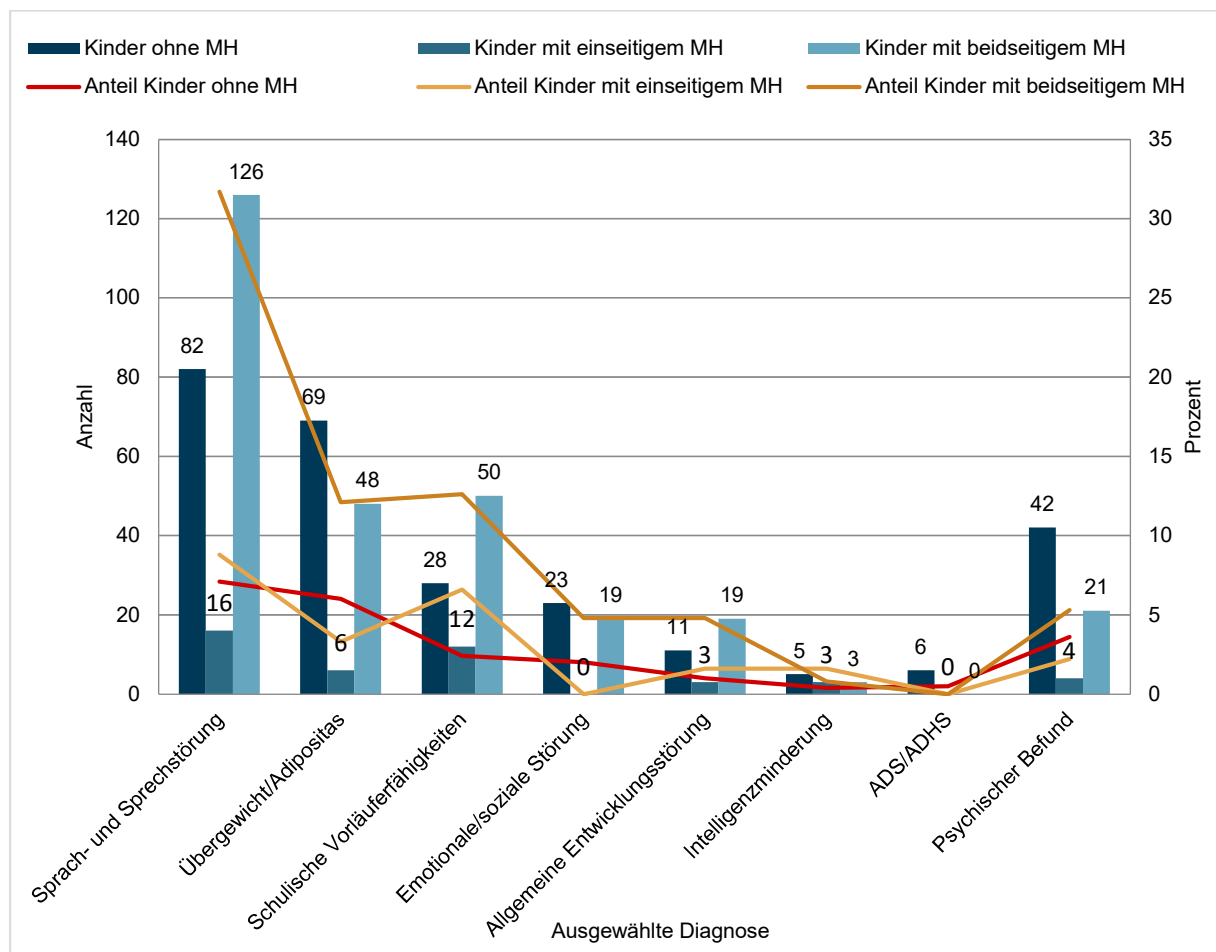


Abbildung 24 Ausgewählte Diagnosen bei Einschulung nach Migrationshintergrund (2024)^{47 48}

Besonders hervorzuheben sind die Sprach- und Sprechstörungen. Während im Jahr 2024 7,4% der Kinder ohne Migrationshintergrund betroffen waren, lag der Anteil bei Kindern mit einseitigem Migrationshintergrund bei 8,8%. Bei den Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund zeigte fast jedes dritte Kind (31,7%) entsprechende Auffälligkeiten. Auch bei Übergewicht und Adipositas bestanden deutliche Unterschiede: Hier waren 5,8%

⁴⁶ KGSt Indikator: Teilnahme von einzuschulenden Kindern an der U9-Untersuchung

⁴⁷ KGSt Indikator: Einzuschulende Kinder mit medizinischen Befunden

⁴⁸ Quelle: Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit Dezernatsleitung, Abt. Gesundheit

der Kinder ohne Migrationshintergrund betroffen, während der Anteil bei Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund bei 15,1% lag.

4.2.5 Fazit

Die Ergebnisse lassen auf eine ungleiche Verteilung gesundheitlicher Chancen schließen. Während Kinder ohne Migrationshintergrund insgesamt seltener Entwicklungsauffälligkeiten zeigen, treten diese bei Kindern mit Migrationshintergrund, insbesondere bei einem beidseitigen Migrationshintergrund, deutlich häufiger auf. Auffällig ist vor allem die Häufung von Sprachstörungen, die in engem Zusammenhang mit dem Schulerfolg stehen.

Eine mögliche Erklärung für diese Unterschiede liegt im ungleichen Zugang zu Vorsorge- und Unterstützungsangeboten. Sprachliche und organisatorische Barrieren können dazu führen, dass Familien mit Migrationshintergrund diese Angebote seltener oder später wahrnehmen. Hinzu kommen sozioökonomische Faktoren: Ein geringeres Einkommen, beengte Wohnverhältnisse oder eingeschränkter Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten wie Sportvereinen können die Entwicklung der Kinder negativ beeinflussen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die niedrigere Teilnahmequote an der U9 bei Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund einen Selektivitätseffekt erzeugen kann. Familien, die sich ohnehin um die Entwicklung ihres Kindes sorgen, nehmen möglicherweise eher teil, sodass die Befundquoten in dieser Gruppe überdurchschnittlich hoch erscheinen. Die Ergebnisse spiegeln daher sowohl tatsächliche Belastungen als auch mögliche Verzerrungen durch die Zusammensetzung der teilnehmenden Gruppe wider.

In Potsdam zeigt sich bei den Einschulungsuntersuchungen ein wachsender Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Während die meisten Kinder die Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen und insgesamt gute gesundheitliche Voraussetzungen mitbringen, treten bei Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund häufiger Entwicklungsauffälligkeiten auf, insbesondere im Bereich Sprache. Diese Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung niedrigschwelliger, mehrsprachiger und kultursensibler Angebote, um Zugangsbarrieren abzubauen und gesundheitliche Chancengleichheit herzustellen. Für die kommunale Gesundheits- und Bildungspolitik ergibt sich hieraus die Aufgabe, präventive und fördernde Maßnahmen gezielt auszubauen und stärker auf die unterschiedlichen Lebenslagen der Familien abzustimmen.

4.3 Zugang zu Bildungseinrichtungen

In Potsdam ist die Zahl der Schulkinder in den letzten anderthalb Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen – von rund 16.800 im Jahr 2008 auf über 25.600 im Jahr 2024.⁴⁹ Parallel dazu hat sich der Anteil der nichtdeutschen Schulkinder mehr als vervierfacht: von 3 % im Jahr 2008 auf 12,6 % im Jahr 2024. Dieser Anstieg spiegelt nicht nur die generelle Bevölkerungsentwicklung wider, sondern auch die Zuwanderungsbewegungen der letzten Jahre, insbesondere ab 2015 sowie infolge des Ukrainekriegs ab 2022.

⁴⁹ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

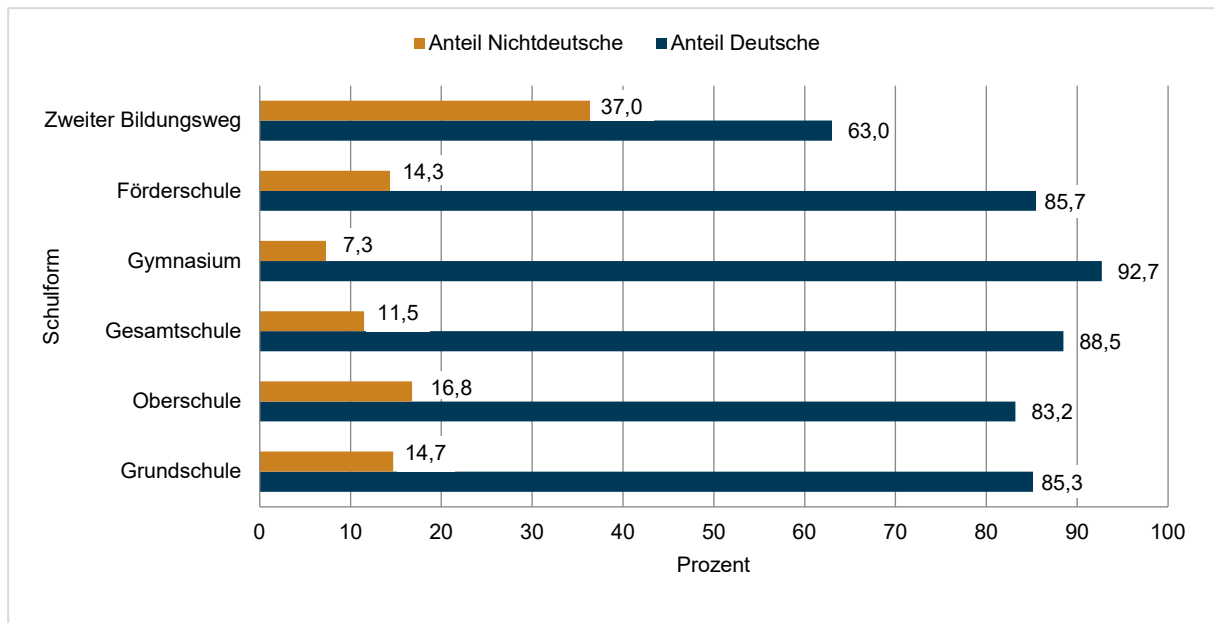


Abbildung 25 Anteil deutscher und nichtdeutscher Zubeschulender nach Schulform (2024)⁵⁰

Die Bildungswege von deutschen und nichtdeutschen Kindern unterscheiden sich in Potsdam deutlich. Während in der Grundschule alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden und der Anteil nichtdeutscher Kinder (2024: 14,7 %) ungefähr dem der Gesamtbevölkerung entspricht, setzt beim Übergang in die Sekundarstufe I eine klare Segregation ein. Als Indikator wird die Verteilung innerhalb der Gruppen im Jahrgang 8 herangezogen, also ein Jahr nach diesem Übergang.

Gymnasium: 2024 besuchten knapp 50% der deutschen Kinder im Jahrgang 8 ein Gymnasium⁵¹, während der Anteil bei nichtdeutschen Kindern bei lediglich 27% lag. Das bedeutet: Deutsche Kinder erhalten nahezu doppelt so häufig Zugang zum Gymnasium wie nichtdeutsche Kinder.⁵²

Gesamtschule (mit gymnasialer Oberstufe): 2024 besuchten 44% der deutschen Kinder und 64% der nichtdeutschen Kinder eine Gesamtschule. Damit stellt dieser Schultyp für nichtdeutsche Kinder den häufigsten Bildungsweg in der Sekundarstufe I dar.⁵³

Oberschule: Nur 5 % der deutschen Kinder besuchen eine Oberschule, aber 9 % der nichtdeutschen Kinder.⁵⁴ Damit sind nichtdeutsche Kinder fast doppelt so häufig in diesem Bildungsgang vertreten, der überwiegend zu mittleren oder niedrigeren Abschlüssen führt.⁵⁵

Zweiter Bildungsweg: Der Anteil nichtdeutscher Schulbesuchenden im Zweiten Bildungsweg liegt mit 37% im Jahr 2024 (Höchstwert sogar 40% im Jahr 2023) überproportional hoch. Dies zeigt, dass viele migrierte Personen, die nicht in jungen Jahren

⁵⁰ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

⁵¹ KGSt Indikator: Jugendliche an Gymnasien (Jahrgang 8)

⁵² Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

⁵³ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

⁵⁴ KGSt Indikator: Jugendliche an Oberschulen (Jahrgang 8)

⁵⁵ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

in das deutsche Schulsystem eingestiegen sind, diese Möglichkeit nutzen, um nachträglich einen Schulabschluss zu erwerben.⁵⁶

Diese Zahlen verdeutlichen, dass deutsche Kinder häufiger direkt auf das Gymnasium übergehen, während nichtdeutsche Kinder stärker auf Gesamtschulen konzentriert sind und überproportional häufig Oberschulen besuchen. Der direkte Zugang zur gymnasialen Laufbahn – und damit zu höheren Bildungsabschlüssen – bleibt für nichtdeutsche Kinder deutlich eingeschränkter.

Die Daten zeigen eine strukturelle Bildungsungleichheit, die sich beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I verfestigt. Dies liegt an verschiedenen Faktoren, die im Folgenden aus wissenschaftlichen Studien zusammengetragen wurden.

Rolle des Elternhauses: Bildungserfolg in Deutschland hängt stark von der sozialen Herkunft ab.^{57,58} Kinder aus bildungsfernen Familien – ob Deutsch oder nichtdeutsch – besuchen seltener ein Gymnasium. Bei nichtdeutschen Familien kommen jedoch häufig zusätzliche Hürden wie geringeres Einkommen, unsichere Arbeitsverhältnisse oder weniger Kenntnisse des deutschen Bildungssystems hinzu, was die Chancen ihrer Kinder weiter verringert.

Entscheidungsprozesse in der Grundschule: Empfehlungen der Lehrkräfte für weiterführende Schulen sind ein zentraler Faktor beim Übergang nach der 6. Klasse. Forschungsergebnisse zeigen, dass dabei auch implizite Erwartungen und Vorannahmen eine Rolle spielen können⁵⁹ – etwa die systematische Unterschätzung von nichtdeutschen Kindern. Solche Verzerrungen (Biases) können dazu führen, dass bei vergleichbaren Leistungen unterschiedliche Bildungsempfehlungen ausgesprochen werden.

Informations- und Beratungsdefizite: Eltern ohne eigene Gymnasialerfahrung – sowohl deutsche als auch nichtdeutsche – wissen oft weniger über Übergangswege, Anforderungen oder langfristige Perspektiven⁶⁰. Dies führt dazu, dass Bildungsentscheidungen eher vorsichtig ausfallen und Gesamtschulen oder Oberschulen gewählt werden, obwohl ein Wechsel aufs Gymnasium möglich wäre.

Sprachliche und soziale Faktoren: Sprachförderbedarf spielt beim Übergang in die Sekundarstufe zwar eine geringere Rolle, da er idealerweise bereits in der Grundschule ausgeglichen wird. Dennoch können verbleibende sprachliche Unsicherheiten sowie ein geringerer Zugang zu schulischen Netzwerken den Weg in höhere Bildungsgänge weiterhin erschweren. Für Kinder, die erst kurz vor dem Übergang in das deutsche Schulsystem einmünden, bleibt diese Hürde zudem bestehen. Die Daten zeigen, dass nichtdeutsche Kinder in Potsdam deutlich seltener den direkten Weg zum Gymnasium wählen als deutsche Kinder – selbst dann, wenn sie gemeinsam in das Schulsystem starten. Diese Unterschiede lassen sich nicht allein durch Sprachdefizite

⁵⁶ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

⁵⁷ Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024): *Bildung in Deutschland 2024. Kapitel D. wbv.*, S.137ff.

⁵⁸ Reiss, K. et al. (Hrsg.) (2024): PISA 2022 – Nationaler Berichtsband. München: TUM/ZIB.

⁵⁹ Bonefeld, M.; Dickhäuser, O. (2018): (Biased) Grading of Students' Performance: Students' Names Affect Teachers' Evaluation. *Frontiers in Psychology*, 9:481, S.1-10.

⁶⁰ Hofmann-Lun, I. (2020): Schulwahlprozesse in Familien. Deutsches Jugendinstitut, München.

erklären, sondern sind Ausdruck einer mehrdimensionalen Bildungsungleichheit⁶¹, die sowohl mit sozialen Ausgangslagen als auch mit institutionellen Entscheidungsprozessen zusammenhängt.

4.4 Ungleichheiten in Bildungsabschlüssen

Die zuvor beschriebenen Ungleichheiten im Bildungsverlauf spiegeln sich folgerichtig in den erreichten Schulabschlüssen wider. Während der Anteil der Schulabgänge mit (Fach-) Hochschulreife unter deutschen Jugendlichen in den vergangenen Jahren relativ stabil zwischen 55 und 65% lag, schwankt der Anteil bei nichtdeutschen Jugendlichen stärker und bleibt mit 20–50 % deutlich niedriger. Er hat sogar in den letzten drei Jahren kontinuierlich abgenommen. Das ist ein Alarmsignal. Umgekehrt absolvieren nichtdeutsche Jugendliche häufiger mittlere oder Hauptschulabschlüsse, zudem ist die Quote der Schulabbrüche in dieser Gruppe deutlich erhöht.⁶²

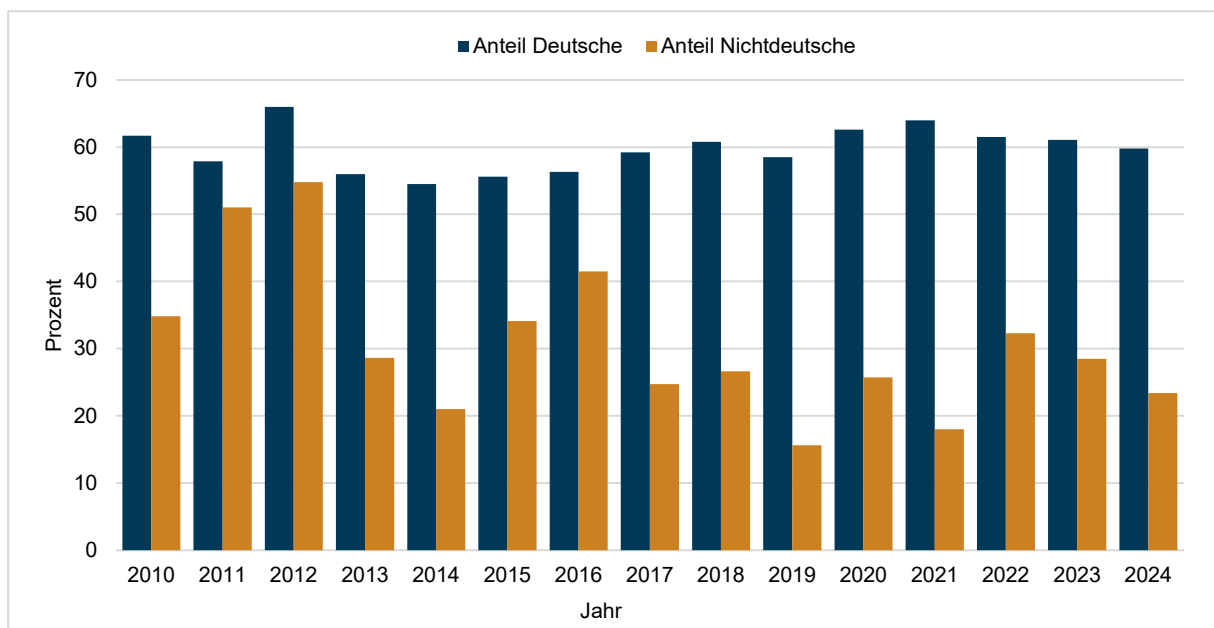


Abbildung 26 Anteil der Schulabsolvierenden mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife (2010-2024)^{63, 64}

4.5 Schulabgehende ohne Abschluss

Ein besonders sensibler Indikator ist der Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Bei deutschen Jugendlichen liegt dieser Wert seit Jahren konstant niedrig (meist zwischen 3 und 5 %). Bei nichtdeutschen Jugendlichen schwankt er erheblich und erreichte in einzelnen Jahren über 15 %. 2024 verließen rund 15,7 % der nichtdeutschen Abgänge die Schule ohne Abschluss – ein Wert, der fast viermal so hoch ist wie bei deutschen Jugendlichen. Er ist in den letzten vier Jahren kontinuierlich gestiegen, was ebenfalls hoch problematisch für die Bildungsungleichheit ist.

⁶¹ Gresch, C.; Baumert, J.; Maaz, K. (2012): Der Übergang in die Sekundarstufe I: Leistungsbezogene, soziale und ethnische Disparitäten. In: Becker, R./Lauterbach, W. (Hrsg.), Bildungsentscheidungen. VS Verlag, Wiesbaden, S.28-31 & 39-43.

⁶² Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

⁶³ KGSt Indikator: Schulabgang mit Fachhochschulreife

⁶⁴ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

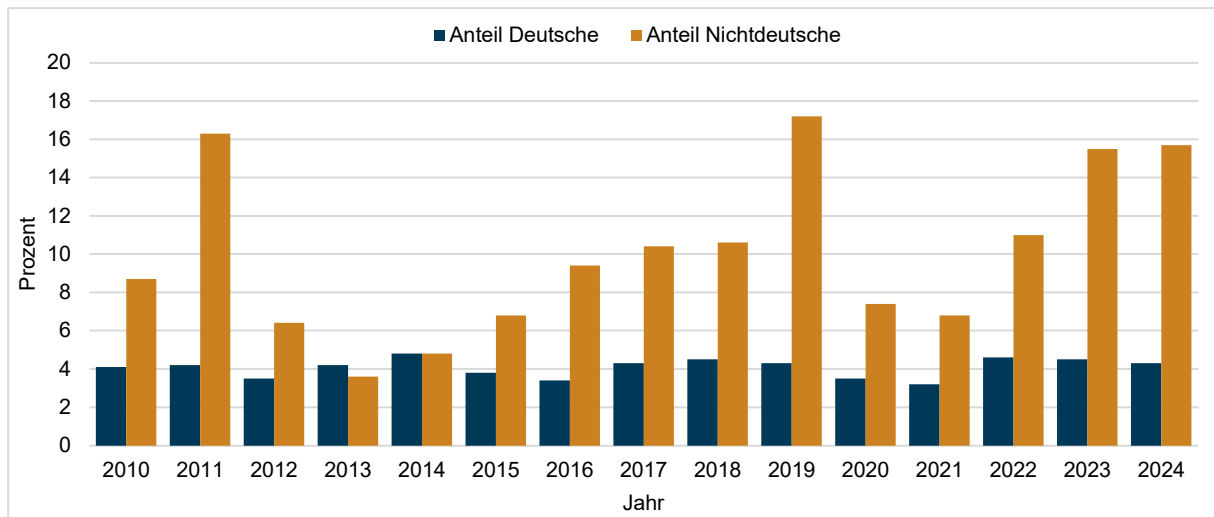


Abbildung 27 Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss (2010-2024)^{65, 66}

Hinter diesen Zahlen stehen mehrere Ursachen: Jugendliche mit hohem Einreisealter haben oft nicht genügend Zeit, die für einen Abschluss erforderlichen Deutschkenntnisse aufzubauen. Der Übergang in Berufsvorbereitungsklassen (BFSG+) wird häufig als unzureichend kritisiert, und manche Jugendliche erreichen das Ende der Schulpflicht, bevor ein Abschluss realistisch möglich ist. Diese strukturellen Faktoren führen dazu, dass gerade neu zugewanderte Jugendliche ein hohes Risiko für Schulabbrüche haben.

4.6 Hochschulbildung und internationale Studierende

Einrichtung	2024/25		
	Insgesamt	darunter nichtdeutsch	
		Anzahl	%
Universität Potsdam	19.696	3.084	15,7
Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF	956	209	21,9
Fachhochschule Potsdam	3.610	367	10,2
Fachhochschule für Sport & Management Potsdam	606	11	1,8
Health and Medical University Potsdam	1.271	58	4,6
XU Exponential University Potsdam	118	43	36,4
GISMA Business School	1.483	1.466	98,9
Potsdam	1.724	1.704	98,8
HSD Hochschule Döpfer, Standort Potsdam	395	17	4,3
GU - Deutsche Hochschule für angewandete	467	56	12,0
Insgesamt	30.326	7.015	23,1

Abbildung 28 Internationale Studierende an Potsdams Hochschulen (Wintersemester 2024/25)⁶⁷

Neben den schulischen Bildungswegen ist auch die berufliche Bildung von Ungleichheiten geprägt. Potsdam ist ein bedeutender Hochschulstandort. Zehn Hochschulen sind hier

⁶⁵ KGSt Indikator: Schulabgang ohne Schulabschluss

⁶⁶ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

⁶⁷ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

ansässig, darunter die Universität Potsdam, die Fachhochschule Potsdam, die Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF und mehrere private oder spezialisierte Einrichtungen. Diese Hochschulen ziehen Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet und zunehmend auch aus dem Ausland an.

Die Gesamtzahl der Studierenden in Potsdam ist in den letzten zehn Jahren von rund 24.700 im Studienjahr 2015/16⁶⁸ auf knapp 30.400 im Studienjahr 2024/25 gestiegen. Parallel dazu hat sich der Anteil nichtdeutscher Studierender nahezu verdoppelt: von rund 10 % im Jahr 2015/16 auf über 23 % im Jahr 2024/25. Besonders hohe Anteile verzeichnen einige private Hochschulen wie die GISMA Business School oder die University of Europe for Applied Sciences, an denen der Anteil internationaler Studierender teils über 90 % liegt.

Wichtige Einordnung

Diese Daten sind nicht als Fortführung der Bildungsbiografien Potsdamer Kinder und Jugendlicher zu betrachten. Ein Studium wird in der Regel unabhängig vom Wohnort der Eltern aufgenommen, und der hohe Anteil nichtdeutscher Studierender spiegelt vor allem die starke Internationalisierung des Hochschulstandorts Potsdam wider. Die internationale Ausrichtung vieler Studiengänge – insbesondere in englischer Sprache – und die gezielte Rekrutierung von Studierenden aus dem Ausland tragen zu den hohen Zahlen maßgeblich bei.

Fazit

Potsdam profitiert von seiner Attraktivität als Wissenschafts- und Hochschulstandort, sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich. Die steigenden Zahlen nichtdeutscher Studierender unterstreichen diese Dynamik, sind jedoch in erster Linie Ausdruck globaler Internationalisierung und kein unmittelbarer Indikator für lokale Integrationsprozesse im schulischen Bildungssystem. Daten zum Hochschuleintritt Potsdamer Jugendlicher mit Migrationshintergrund liegen derzeit nicht vor.

4.7 Bildungsniveau der Potsdamer Gesamtgesellschaft

Die Potsdamer Bürgerumfrage *Leben in Potsdam 2023* bietet ergänzende Einblicke in die Bildungssituation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Daten sind nicht direkt mit den schulstatistischen Kennzahlen vergleichbar, da sie alle Altersgruppen abbilden und auch Abschlüsse umfassen, die im Ausland oder im Inland außerhalb von Potsdam erworben wurden. Dennoch geben sie wichtige Hinweise auf Bildungsunterschiede und deren strukturelle Hintergründe.

Schulabschlüsse

Personen mit Migrationshintergrund verfügen etwas häufiger über einen Hauptschulabschluss (14 %) als Personen ohne Migrationshintergrund (6,7 %). Ein mittlerer Bildungsabschluss ist in der Gruppe ohne Migrationshintergrund deutlich häufiger vertreten (Differenz ca. 9,5 Prozentpunkte). Beim Anteil mit (Fach-) Hochschulreife unterscheiden sich die Gruppen kaum; beide liegen bei rund 69 %.

Berufsabschlüsse

Bei beruflichen Qualifikationen zeigen sich größere Unterschiede. Während Personen ohne Migrationshintergrund deutlich häufiger eine duale Ausbildung abgeschlossen haben (31,8 % gegenüber 15,5 %), ist der Anteil mit akademischem Abschluss bei Personen mit Migrationshintergrund höher (58,9 % gegenüber 48 %). Dieser Befund kann darauf

⁶⁸ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

hindeuten, dass ein Teil der Zugewanderten als hochqualifizierte Fachkräfte oder Studierende nach Potsdam kommt. Aber auch Geflüchtete können natürlich akademische Abschlüsse mitbringen. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass Umfragen häufig einen Bildungsbias aufweisen: Personen mit höherem Bildungsniveau beteiligen sich eher an Befragungen. Bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau können zusätzlich Sprachbarrieren eine Teilnahme erschweren, sodass höhere Abschlüsse unter den Teilnehmenden mit Migrationshintergrund möglicherweise überrepräsentiert sind.

Altersstruktur und Interpretation

Die Befragten mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger. Dies erklärt zum Teil die Unterschiede bei den Abschlüssen: Ein größerer Anteil ist noch in Ausbildung oder Studium und verfügt daher noch nicht über einen Berufsabschluss. Zugleich verweist die höhere Akademikerquote auf eine zunehmende Internationalisierung des Arbeits- und Bildungsmarktes in Potsdam. Ein beträchtlicher Anteil an Potsdams migrierten Einwohnenden sind Geflüchtete. Man kann also auch davon ausgehen, dass viele Geflüchtete hohe Bildungsabschlüsse aus der Heimat mitgebracht haben oder in Deutschland erworben haben.

4.8 Fazit und Empfehlungen

Die Daten zur Verteilung nach Schulformen in Potsdam zeigen eine anhaltende Bildungsungleichheit zwischen deutschen und nichtdeutschen Kindern. Während in der Grundschule die Ausgangslage noch relativ vergleichbar ist, verschärfen sich die Unterschiede beim Übergang in die weiterführenden Schulen deutlich: Deutsche Kinder besuchen fast doppelt so häufig ein Gymnasium wie nichtdeutsche Kinder, letztere sind hingegen häufiger an Gesamtschulen und Oberschulen vertreten. Diese ungleiche Verteilung wirkt langfristig auf die Chancen beim Erwerb höherer Bildungsabschlüsse und auf spätere Ausbildungs- und Berufswege.

Ursachen dieser Ungleichheiten liegen nicht allein im Sprachförderbedarf zu Schulbeginn, sondern sind vielfältig: Unterschiede in der sozialen Herkunft, fehlendes Wissen über das Bildungssystem, teilweise auch ungleiche Erwartungen oder Vorannahmen im schulischen Umfeld. Das deutsche Bildungssystem ist stark selektiv; soziale und kulturelle Faktoren des Elternhauses haben großen Einfluss auf Bildungswege und -entscheidungen.

Das **Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2024–2028** benennt Bildung als zentrales Handlungsfeld und sieht Maßnahmen vor, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können: Ausbau der Schulsozialarbeit, Stärkung von Elternbildungsprogrammen wie „Griffbereit“ und „Rucksack“, Qualifizierung von Fachkräften zu Antidiskriminierung und interkultureller Sensibilisierung sowie Empowerment-Angebote für Kinder und Familien. Diese Ansätze sind wichtig, da auf kommunaler Ebene zwar die Rahmenbedingungen verbessert und Bildungsangebote ergänzt werden können, die steuernde Verantwortung für Schulen (Lehrpläne, Übergangsempfehlungen, Stellen) liegt jedoch auf der Landesebene beim Bildungsministerium des Landes Brandenburg.

Empfehlungen für die weitere Arbeit:

- Frühzeitige Förderung und Beratung: Ausbau von niedrigschwelligen Beratungsangeboten für Eltern zu Schulwahl und Übergänge in die Sekundarstufe.
- Stärkung der Schulsozialarbeit: Sicherstellen, dass an allen weiterführenden Schulen Schulsozialarbeit verfügbar ist, um Übergänge zu begleiten und Diskriminierungserfahrungen aufzufangen.
- Elternarbeit und Aufklärung: Zielgruppenspezifische Informationsangebote für Eltern mit und ohne Migrationshintergrund, insbesondere für bildungsferne Haushalte.

- Kooperation mit dem Land Brandenburg: Kontinuierlicher Dialog, um Themen wie Übergangsempfehlungen, Durchlässigkeit zwischen Schulformen und zusätzliche Sprachförderung auch in der Sekundarstufe einzubringen.
- Monitoring und Evaluation: Bildungsdaten regelmäßig auswerten, um Fortschritte und neue Herausforderungen frühzeitig zu erkennen.

Damit kann die Landeshauptstadt innerhalb ihrer begrenzten Handlungsmöglichkeiten strukturelle Benachteiligungen abmildern und gleichzeitig Impulse in Richtung Landesebene setzen, um systemische Veränderungen anzustoßen.

5. Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Integration

5.1 Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote ist der Anteil der Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. In den Zähler – die Zahl der Beschäftigten von 15 Jahren bis zur Regelaltersgrenze am Wohnort – fließen sowohl Voll- als auch Teilzeitbeschäftigte ein. Verbeamtete, Selbständige und mithelfende Familienangehörige sind hingegen nicht berücksichtigt. Den Nenner bildet die Wohnbevölkerung von 15 Jahren bis zur Regelaltersgrenze. Dabei ist die Hauptwohnung innerhalb Deutschlands ausschlaggebend. Somit berücksichtigt die Beschäftigungsquote auch alle hier gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer.

5.1.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am Wohnort in Potsdam

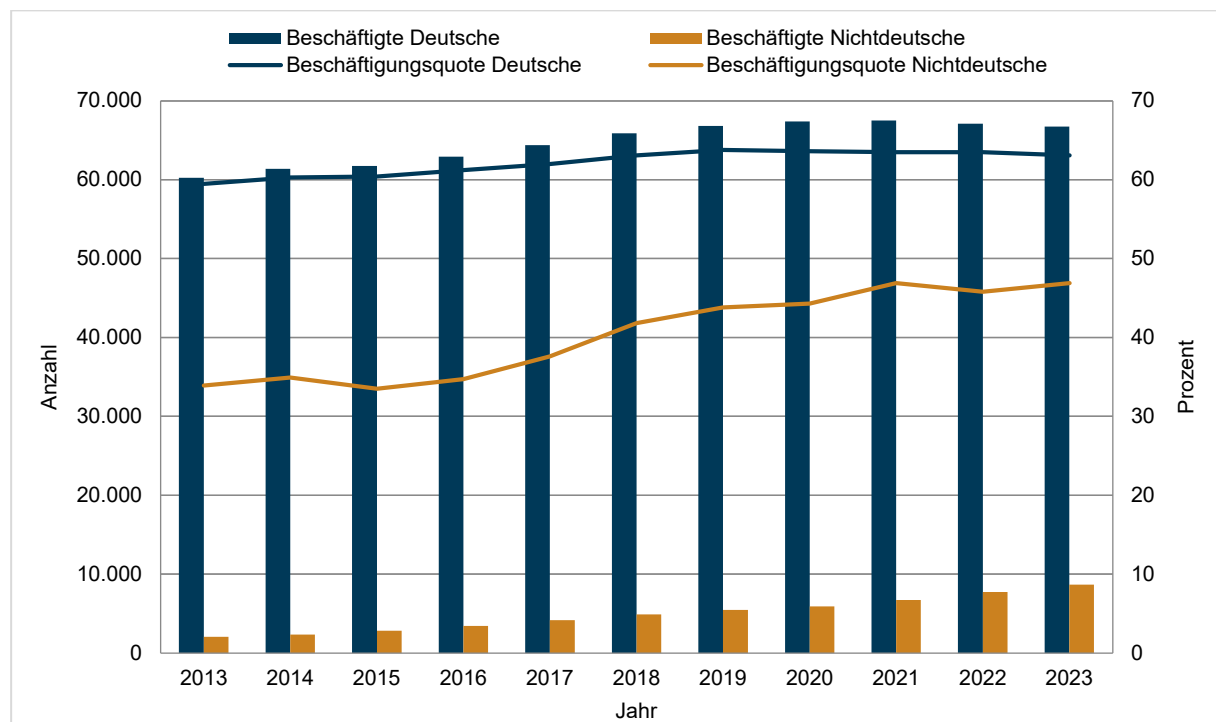


Abbildung 29 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort und Beschäftigungsquote nach Staatsangehörigkeit (2013–2023)⁶⁹

In Potsdam ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁷⁰ am Wohnort in den vergangenen zehn Jahren sowohl bei Deutschen als auch bei Nichtdeutschen spürbar

⁶⁹ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

gestiegen. Besonders deutlich fällt die Entwicklung bei den nichtdeutschen Beschäftigten aus: Ihre Zahl wuchs von rund 2.000 im Jahr 2013 auf 8.600 im Jahr 2023 und hat sich damit mehr als vervierfacht. Parallel dazu erhöhte sich ihre Beschäftigungsquote von 33,9 auf 46,9%. Diese Entwicklung verdeutlicht die kontinuierliche Integration von Zugewanderten in den Potsdamer Arbeitsmarkt, insbesondere im Anschluss an die Zuwanderungsbewegungen seit 2015.⁷¹

Schon seit 2021 ist jedoch eine gewisse Stagnation erkennbar. Dies dürfte im Zusammenhang mit der jüngsten Zuwanderung aus der Ukraine stehen, deren Ankommende zunächst überwiegend Leistungen nach dem SGB II bezogen. Gleichzeitig setzte sich die Arbeitsmarktintegration aller Gruppen Zugewanderter weiter fort.

⁷⁰ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind. Dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten, Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, sowie Wehr- und Zivildienstleistende (siehe o. g. Ausnahme).

⁷¹ KGSt Indikator: Beschäftigte in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

5.1.2 Nationalitäten der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Herkunftsland	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort										
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Polen	1.477	1.889	2.460	2.830	2.853	2.975	2.783	2.295	2.193	2.122	1.928
Ukraine	117	130	163	163	180	234	286	278	316	599	659
Syrien	0	8	24	81	162	320	330	385	484	516	587
Russ. Föderation	173	196	239	245	252	268	291	318	365	423	437
Rumänien	46	104	195	279	419	482	536	355	326	345	431
Indien	47	45	52	78	109	142	169	224	262	304	363
Türkei	169	163	183	212	194	235	261	273	329	329	339
Italien	196	180	203	238	256	275	274	291	295	302	304
Afghanistan	12	14	30	44	91	116	123	122	166	187	230
Vietnam	121	115	131	144	150	140	134	169	182	210	228
Iran	32	31	48	60	91	105	133	137	184	211	223
Frankreich	102	106	131	126	124	139	146	157	175	187	165
China	46	59	76	89	102	96	107	118	137	142	165
Vereinigte Staaten	64	84	94	109	114	125	136	139	149	141	150
Österreich	83	87	94	109	107	107	127	126	141	129	123

Abbildung 30 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach ausgewählten Herkunftsländern (2013-2023)^{72 73}

Die Zusammensetzung dieser 15 Beschäftigtengruppen⁷⁴ nach Herkunftsländern verdeutlicht eindrücklich die zunehmende Diversität des Potsdamer Arbeitsmarktes. Die größte Gruppe bilden Beschäftigte aus Polen, deren Zahl zwischen 2013 und 2023 von 1.477 auf knapp 1.930 Personen anstieg. Zwischenzeitlich betrug sie 2.975 Personen. Der Rückgang nach 2018 ist unter anderem auf verstärkte Einbürgerung und nach 2020 auf die Pandemie zurückzuführen. Darüber hinaus spielen natürlich andere Faktoren eine Rolle. Auch Personen aus der Russischen Föderation, die von 173 auf 437 anwuchs, stellen durchgehend eine starke Gruppe dar. Auch die rumänische Erwerbsbevölkerung nahm stark zu – von nur 46 Personen im Jahr 2013 auf 437 im Jahr 2023.

Während der Jahre, in denen die Corona-Pandemie alles beherrschte, ist ein deutlicher Rückgang von Beschäftigten aus EU-Ländern wie Rumänien und Polen zu verzeichnen. Bei

⁷² Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁷³ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmende, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind. Dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten, Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstplichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, sowie Wehr- und Zivildienstleistende.

⁷⁴ Es handelt sich nicht ausschließlich um die 15 größten Gruppen. Die Auswahl erfolgte nach Relevanz für migrationsbezogene Entwicklungen, insbesondere nach Bestandsgröße, Zuwachsdynamik und besonderer migrationspolitischer Bedeutung.

anderen Nationalitäten ist ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Das lässt darauf schließen, dass sie nicht primär zum Arbeiten nach Potsdam kamen, sondern beispielsweise aufgrund des Studiums oder aus Fluchtgründen und sich der Lebensmittelpunkt nicht mit Ausbruch der Pandemie wieder in die Heimat verlagerte.

Deutlich sichtbar ist nämlich der Zuwachs von Beschäftigten aus Staaten, die in den letzten Jahren verstärkt durch Fluchtmigration vertreten sind: So stieg die Zahl der Beschäftigten aus Syrien von 24 im Jahr 2015 auf 587 Personen im Jahr 2023. Auch aus Afghanistan und dem Iran ist ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Neben diesen Gruppen nehmen Beschäftigte aus der Ukraine seit 2022 eine besondere Rolle ein. Ihre Zahl stieg innerhalb kurzer Zeit von 316 (2021) auf 659 (2023). Dieser Zuwachs ist klar im Kontext der Fluchtmigration seit Beginn des Krieges zu sehen.

Daneben sind auch klassische Herkunftsländer der Arbeitsmigration in den Daten präsent: Beschäftigte aus Italien, Frankreich und Vietnam sind seit Jahren stabil vertreten, teils mit moderatem Wachstum. Besonders auffällig ist die Entwicklung bei Beschäftigten aus Indien: Ihre Zahl hat sich von 52 im Jahr 2015 auf 363 im Jahr 2023 mehr als versiebenfacht – ein Hinweis auf die Zuwanderung von Studierenden und hochqualifizierter Fachkräfte. Im besten Falle verbleiben die Studierenden nach dem Abschluss in Potsdam, was jedoch nicht sicher aus den Daten abgelesen werden kann.

Insgesamt zeigt sich, dass die ausländische Erwerbsbevölkerung in Potsdam nicht nur stark gewachsen, sondern auch zunehmend diversifiziert ist. Zuwanderung durch EU-Freizügigkeit, Fluchtmigration sowie gezielte Fachkräftenwerbung und die internationale Studierendenschaft prägen die Struktur gleichermaßen.

5.1.3 Geringfügige Beschäftigung in Potsdam

Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten („Minijobs“) in Potsdam ist im Zeitraum 2012 bis 2023 insgesamt rückläufig. Während 2012 noch über 14.000 Personen in einem Minijob tätig waren, lag die Zahl 2023 bei rund 8.600. Der Rückgang trifft sowohl auf deutsche als auch auf ausländische Beschäftigte zu, wobei der Rückgang unter den ausländischen Beschäftigten in deutlich geringerem Umfang erkennbar ist.⁷⁵

Besonders auffällig sind innerhalb der ausländischen Beschäftigten einige Nationalitäten, bei denen die Minijobs über die Jahre erheblich zunahmen. Beschäftigte aus Polen stellten 2023 mit 144 Personen die größte Gruppe, gefolgt von Rumänien (28) und der Ukraine (98). Auch aus Syrien (148) und Afghanistan (48) sind deutliche Zuwächse erkennbar – ein Hinweis auf die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt über geringfügige Beschäftigung.

5.1.4 Duale Berufsausbildung

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden in Potsdam blieb zwischen 2014 und 2024 insgesamt relativ stabil, während der Anteil der ausländischen Auszubildenden deutlich zunahm.

Während es 2014 erst 101 ausländische Auszubildende gab, waren es 2024 bereits 438. Damit hat sich ihre Zahl in zehn Jahren mehr als vervierfacht.

⁷⁵ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

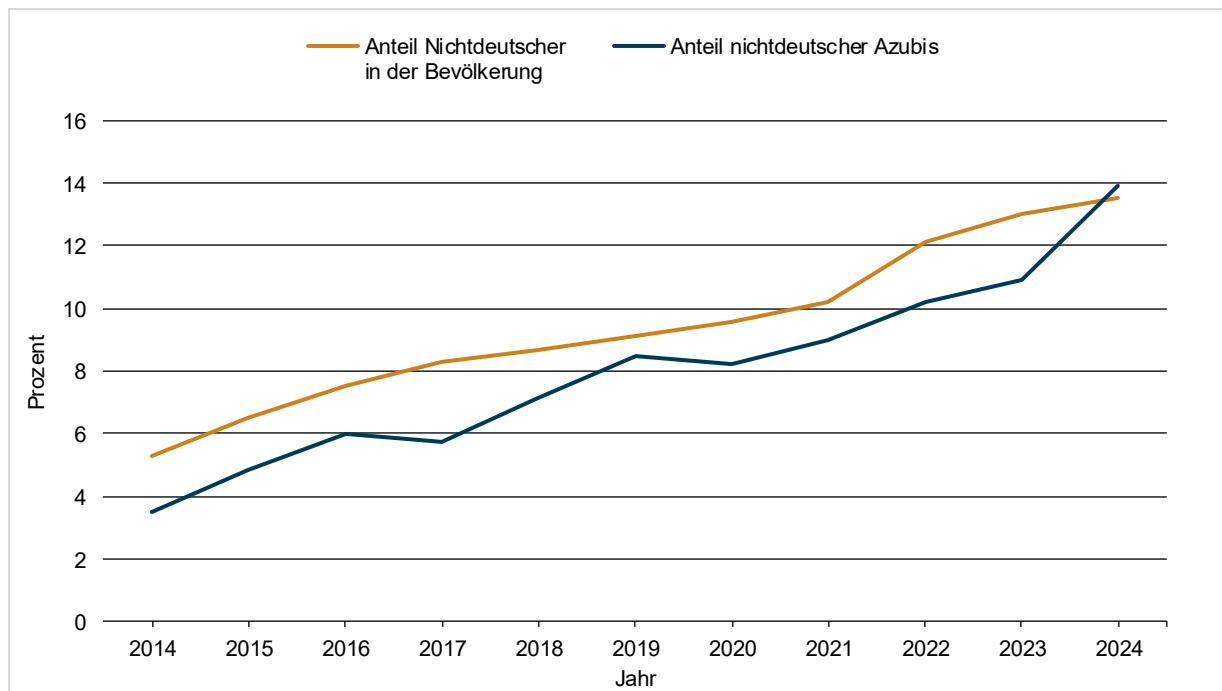


Abbildung 31 Nichtdeutsche Azubis vs. Ausländerquote (2014-2024)^{76, 77}

Der Anteil der ausländischen Auszubildenden an der Gesamtanzahl der Auszubildenden in Potsdam stieg im gleichen Zeitraum von rund 3,5% (2014) auf 13,9% (2024). Damit hat sich ihre Beteiligung am Ausbildungssystem deutlich dynamischer entwickelt als die allgemeine Quote Nichtdeutscher in der Potsdamer Bevölkerung, die im gleichen Zeitraum von 4,8% auf 13,5% angewachsen ist.

Besonders bemerkenswert ist, dass seit 2022 der Anteil der ausländischen Auszubildenden sogar leicht über der allgemeinen Ausländerquote liegt. Das deutet darauf hin, dass sich junge Zugewanderte nicht nur zunehmend in den Ausbildungsmarkt integrieren, sondern inzwischen in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil sogar überproportional vertreten sind.

Insgesamt wird sichtbar: Die duale Ausbildung hat sich in Potsdam in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Integrationsfeld für junge Menschen mit Migrationshintergrund entwickelt. Während die Gesamtzahl der Auszubildenden eher stagniert, tragen ausländische Jugendliche zunehmend dazu bei, den Bedarf an Fachkräften im Ausbildungssektor zu sichern.

Mit Blick auf Chancengleichheit im Bildungssystem wären Daten zur Studienaufnahme nach dem Schulabschluss besonders aussagekräftig. Zwar liegen Zahlen zu den Studierenden in Potsdam vor (siehe Kapitel Bildung und Chancengleichheit), diese erlauben jedoch keine Rückschlüsse darauf, ob die Studienanfänger zuvor in Potsdam zur Schule gegangen sind. Gleiches gilt für den Einstieg in eine Berufsausbildung, die ebenfalls unabhängig vom bisherigen Wohnort aufgenommen wird. Auf Grundlage der verfügbaren Daten lässt sich daher nicht belastbar feststellen, ob Jugendliche mit Migrationshintergrund in Potsdam

⁷⁶ KGSt Indikator: Auszubildende. Der Indikator sieht ursprünglich eine Alterseingrenzung von 15 bis 25 Jahren vor. Diese haben wir in unserer Betrachtung entfernt, da besonders unter migrierten Menschen deutlich ältere Menschen eine Berufsausbildung beginnen, wenn ihre Qualifikation aus dem Herkunftsland nicht anerkannt wird oder sie sich erstmalig in Deutschland qualifizieren.

⁷⁷ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

seltener, häufiger oder in gleichem Umfang ein Studium beginnen. Hier können nur bundesweite Untersuchungen herangezogen werden, die darauf hinweisen, dass Kinder migrantischer Haushalte im Durchschnitt seltener ein Studium aufnehmen als Kinder deutscher Eltern (siehe ebenda).

5.2 Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in Potsdam ist in den vergangenen zehn Jahren insgesamt deutlich zurückgegangen, allerdings bestehen weiterhin klare Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Erwerbspersonen.

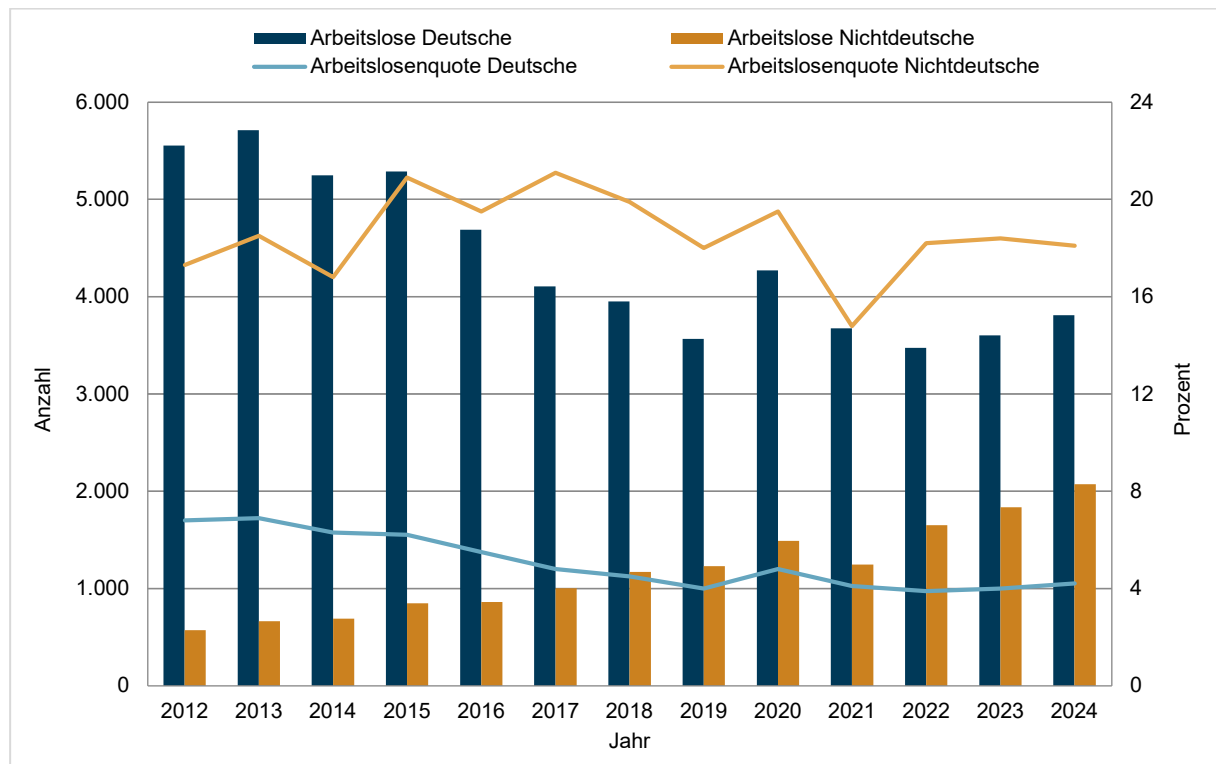


Abbildung 32 Arbeitslosigkeit nach Staatsangehörigkeit (2012-2024)^{78 79}

Bei den Deutschen sank die Zahl der Arbeitslosen⁸⁰ von 5.553 im Jahr 2012 auf 3.808 im Jahr 2024. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 6,8 auf 4,2%. Unter den Nichtdeutschen zeigt sich ein gegenläufiger Trend: Ihre absolute Zahl der Arbeitslosen stieg von 570 (2012) auf 2.071 (2024). Die Arbeitslosenquote blieb in den letzten Jahren stabil hoch und lag 2024 bei 18,1% – mehr als viermal so hoch wie bei den Deutschen.

⁷⁸ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁷⁹ KGSt Indikator: Arbeitslosenquote insgesamt

⁸⁰ Arbeitslose (ALO) sind Personen, die:

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben (Beschäftigungslosigkeit),
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen (Eigenbemühungen),
- den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeiten dürfen, arbeitsfähig und -bereit sind (Verfügbarkeit),
- in der Bundesrepublik Deutschland wohnen,
- nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben,
- sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben.

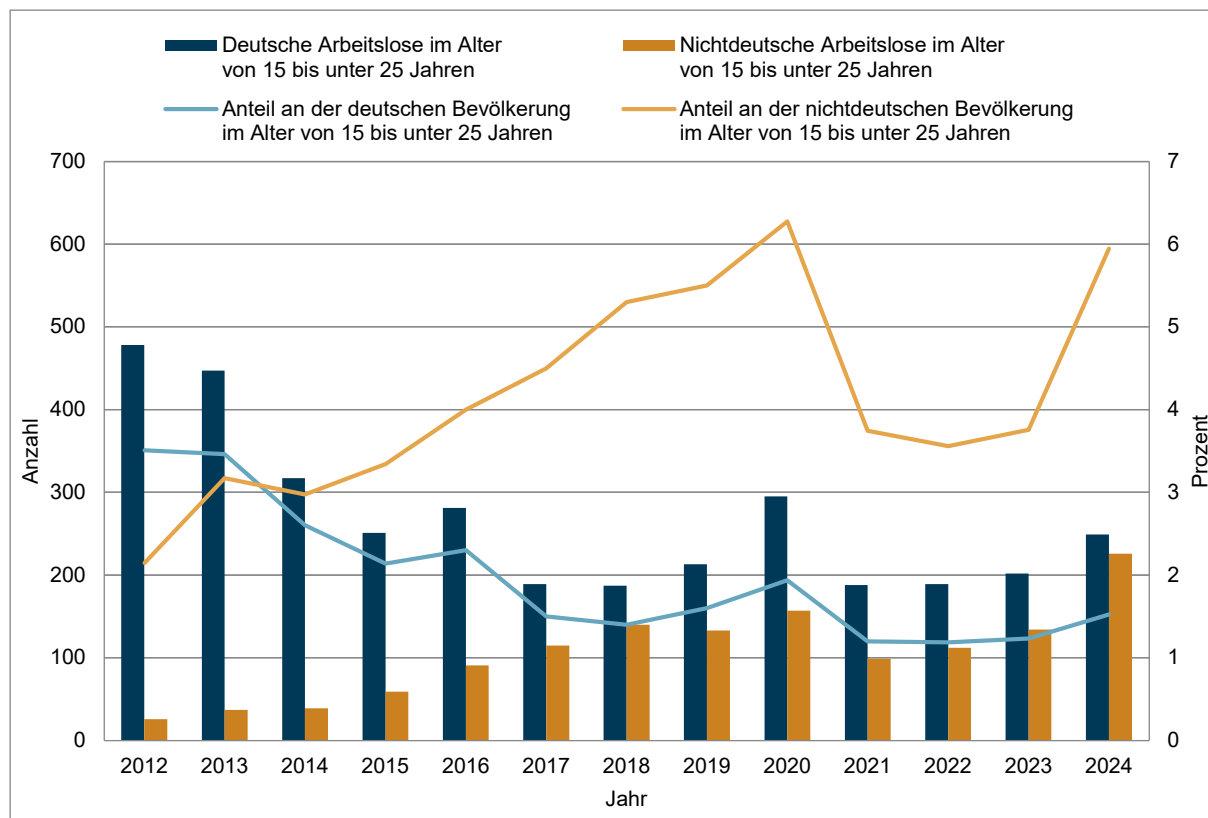


Abbildung 33 Arbeitslosigkeit von 15–25-Jährigen nach Staatsangehörigkeit (2012-2024)^{81 82}

Besonders auffällig ist die Situation der jungen Menschen unter 25 Jahren. Während die Zahl arbeitsloser Deutscher in dieser Altersgruppe stark zurückging (2012: 478, 2024: 249), hat sich die Zahl arbeitsloser Nichtdeutscher mehr als verfünffacht – von 26 im Jahr 2012 auf 226 im Jahr 2024. Damit sind 5,9 % der nichtdeutschen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren arbeitslos, während es bei den Deutschen in derselben Altersgruppe nur 1,5 % sind.

Insgesamt verdeutlicht die Entwicklung, dass trotz der positiven Gesamttendenz auf dem Potsdamer Arbeitsmarkt eine erhebliche Kluft zwischen deutschen und nichtdeutschen Erwerbspersonen besteht. Besonders junge Zugewanderte sind weiterhin in überdurchschnittlichem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen.

6. Soziale Sicherung und Armutsrisiken

Die soziale Sicherung ist ein zentrales Handlungsfeld für die Integrationsarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Besonders der Zugang zu Leistungen der Grundsicherung, zu Einkommen und Beschäftigung sowie die Gefahr von Armut zeigen deutliche Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte.

⁸¹ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁸² KGSt Indikator: Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen

6.1 Einkommensverhältnisse und Armutsrisiko

Die Bürgerumfrage *Leben in Potsdam 2023*⁸³ zeigt, dass Teilnehmende mit Migrationshintergrund stärker armutsgefährdet sind als Personen ohne Migrationshintergrund. So gelten 29,8% der Befragten mit Migrationshintergrund als armutsgefährdet, während der Anteil bei Personen ohne Migrationshintergrund deutlich geringer ist.

Auch beim Einkommen zeigt sich ein Unterschied: Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen liegt bei Menschen im Jahr 2023 mit Migrationshintergrund bei 2.000 Euro und damit rund 300 Euro niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund (2.265 Euro)⁸⁴. Das Merkmal Migrationshintergrund birgt statistisch gesehen in Potsdam ein größeres Armutsrisiko als die Merkmale „Behinderung“ und „Alleinerziehend“, die ebenfalls zu stark armutsgefährdeten Personenkreisen gehören.

In der Bürgerumfrage 2018⁸⁵ lag das Nettoäquivalenzeinkommen der Befragten im Durchschnitt noch bei 1.867 Euro und bei den befragten Menschen mit Migrationshintergrund bei nur 1.500 Euro. Hier scheint sich die Situation in der Zwischenzeit schon deutlich verbessert zu haben, was auf eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration zurückzuführen sein könnte.

⁸³ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

⁸⁴ *Leben in Potsdam – Bürgerumfrage 2023*, S. 24

⁸⁵ *Leben in Potsdam – Bürgerumfrage 2018*, S. 27

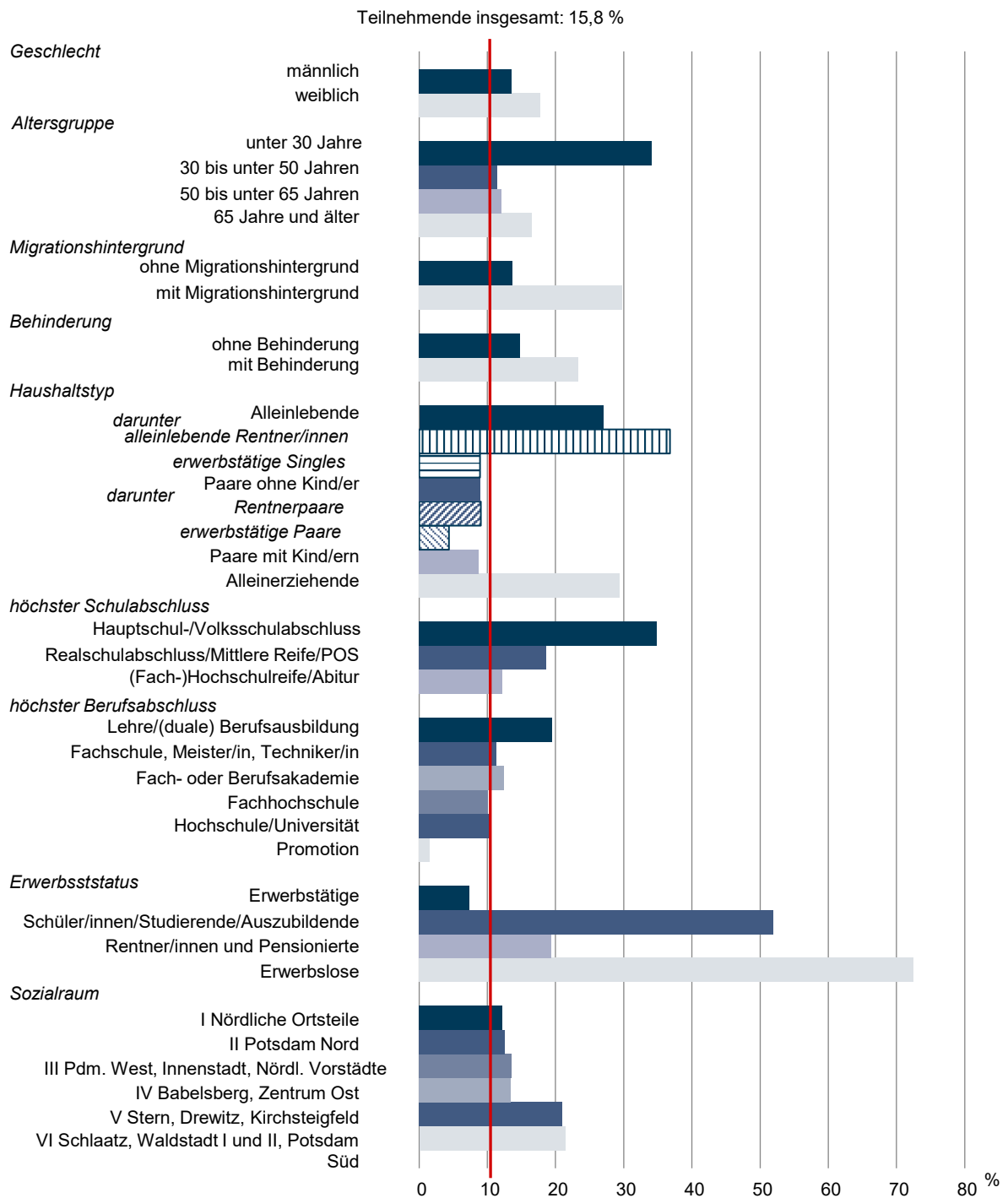


Abbildung 34 Armutsgefährdungsquoten nach ausgewählten Merkmalen (2023) ⁸⁶

Diese Zahlen machen deutlich, dass Armutsrisiken im Kontext von Migration ein zentrales Thema für Potsdam darstellen. Besonders relevant ist, dass die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund trotz insgesamt positiver Einkommensentwicklung in der Stadt weiterhin bestehen.

⁸⁶ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

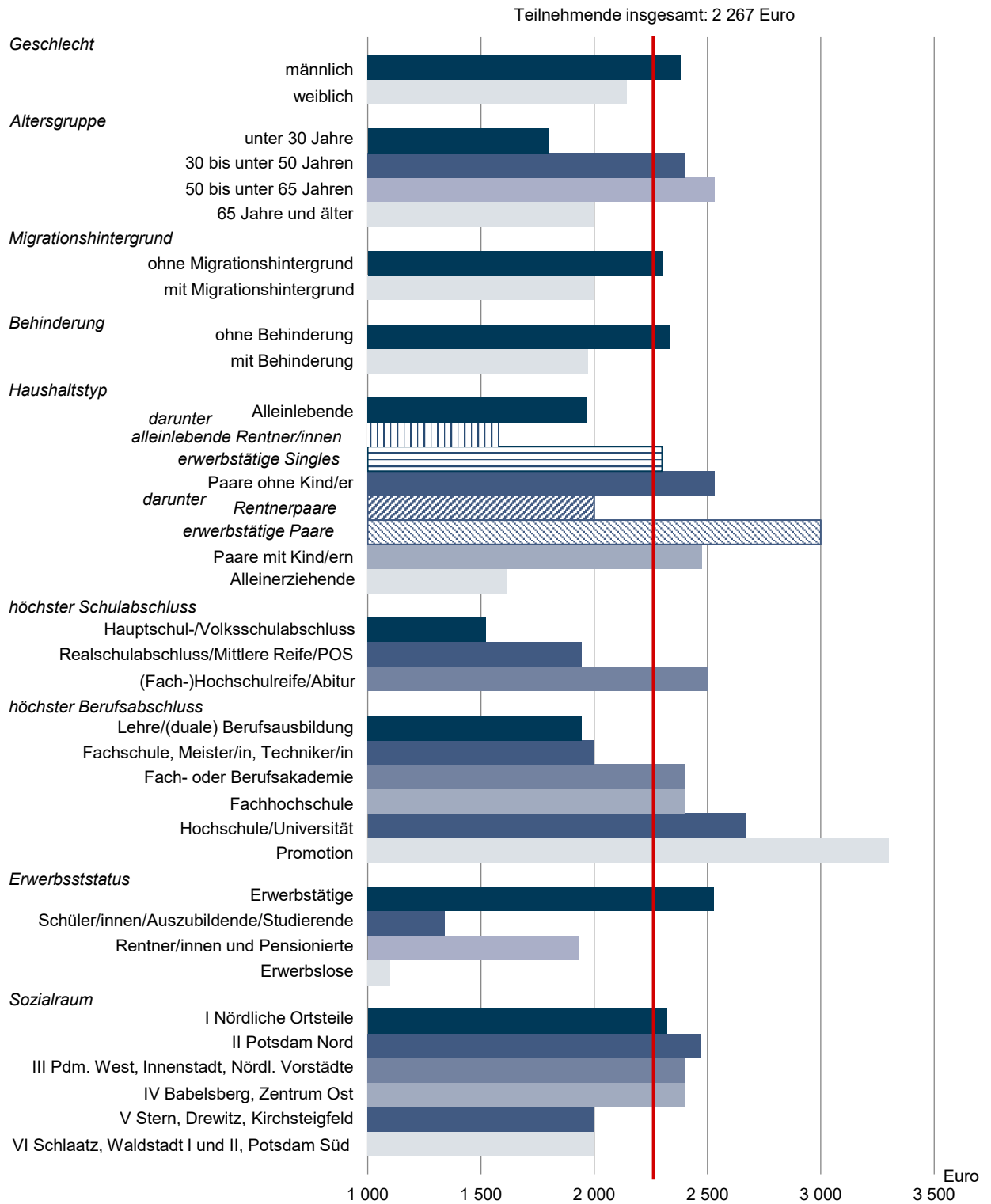


Abbildung 35 Einkommenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund (2023)

6.2 Regelleistungsberechtigte nach SGB II

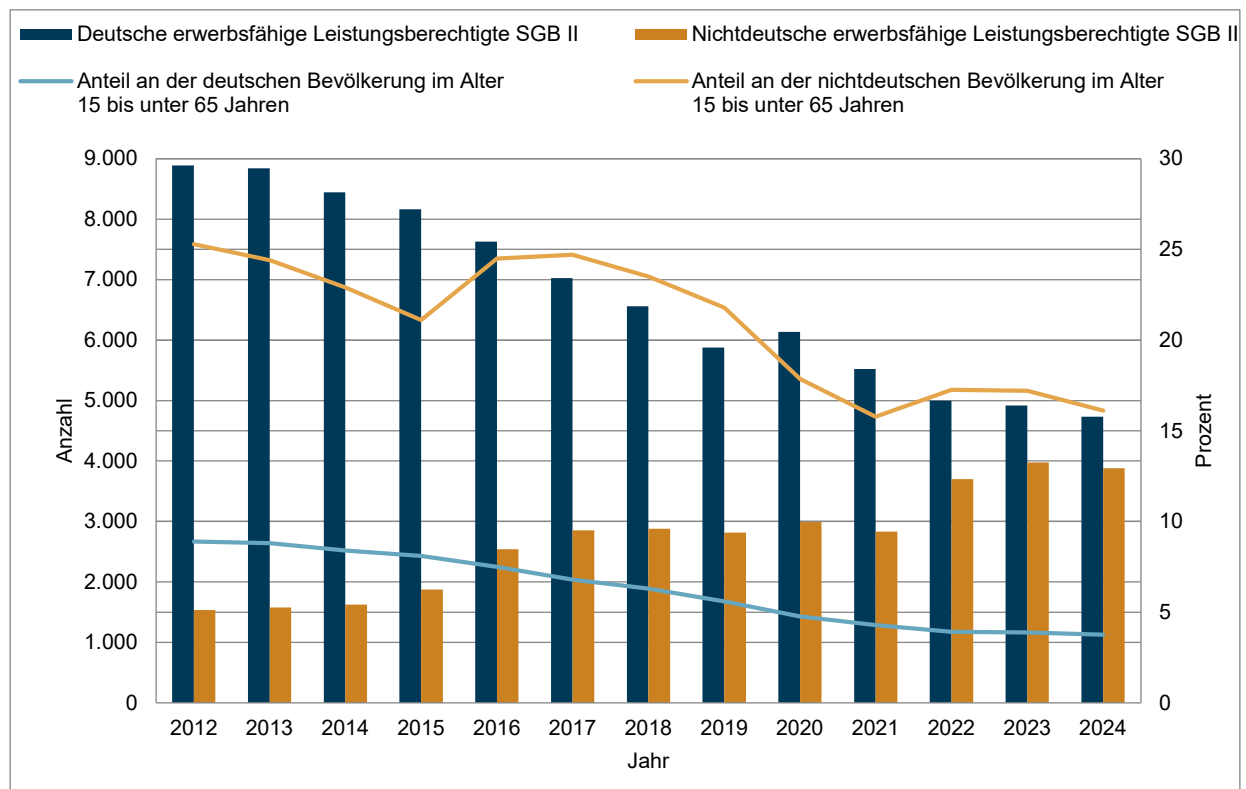


Abbildung 36 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) nach Staatsangehörigkeit (2012-2024)⁸⁷

Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach SGB II ist in Potsdam in den vergangenen zwölf Jahren deutlich zurückgegangen. 2012 bezogen noch fast 8.900 Deutsche und rund 1.500 Nichtdeutsche Leistungen nach dem SGB II. Bis 2024 sank die Zahl der deutschen Leistungsberechtigten auf 4.733, die der nichtdeutschen auf 3.881 Personen. Damit hat sich die Zahl der deutschen Leistungsbeziehenden nahezu halbiert, während die Zahl der nichtdeutschen Leistungsberechtigten im Zeitverlauf eher stabil blieb und zuletzt fast auf gleichem Niveau lag wie bei den Deutschen.⁸⁸

Betrachtet man die Anteile an der jeweiligen Bevölkerung, wird die Ungleichheit deutlich sichtbar: Im Jahr 2024 waren lediglich 3,8% der deutschen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren auf Bürgergeld angewiesen, bei den Nichtdeutschen hingegen 16,1% – also mehr als viermal so viele.

Der Vergleich mit den Arbeitslosenzahlen macht deutlich, dass die Gruppe der Regelleistungsberechtigten weiter gefasst ist als die der Arbeitslosen. Arbeitslose, die Bürgergeld beziehen, sind darin enthalten. Darüber hinaus gehören aber auch Menschen dazu, die trotz Erwerbstätigkeit auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind („Aufstockende“), ebenso wie Angehörige in Bedarfsgemeinschaften oder Personen, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen aktuell nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Arbeitslosigkeit bildet nur einen Teil der tatsächlichen sozialen Lage ab. Besonders bei Menschen mit ausländischer Herkunft wird sichtbar, dass nicht nur höhere Arbeitslosigkeit, sondern auch ein deutlich größeres Risiko von prekären und nicht existenzsichernden

⁸⁷ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁸⁸ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Beschäftigungsverhältnissen eine Rolle spielt. Für die Integration in den Arbeitsmarkt bedeutet dies, dass es nicht allein um die Vermittlung in Arbeit geht, sondern zugleich um die Sicherstellung von stabilen, existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen.

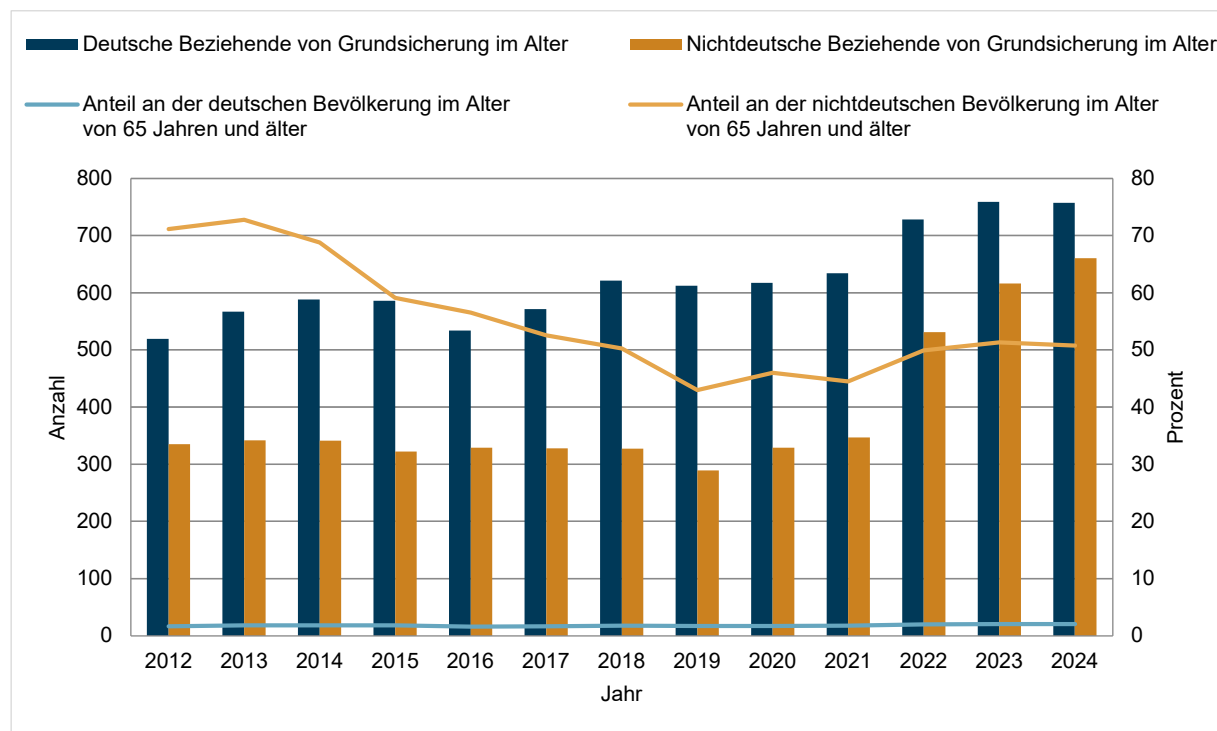


Abbildung 37 Grundsicherung im Alter nach Staatsangehörigkeit (2012-2024)^{89, 90}

Ein besonders deutliches Gefälle zeigt sich bei der Grundsicherung im Alter: Während der Anteil deutscher Personen im Alter von über 65 Jahren, die auf Grundsicherung angewiesen sind, seit Jahren bei rund 2% liegt, beträgt dieser Anteil unter nichtdeutschen Personen im Jahr 2024 50,8%. Im Jahr 2012 waren es sogar 71,1%. Trotz dieser Verbesserung bleibt das Armutsrisiko im Alter für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit damit mehr als 25-mal höher als für die deutsche Vergleichsgruppe. Hauptursache ist, dass viele nichtdeutsche Rentenbeziehende nicht ihre gesamte Erwerbsbiografie in Deutschland verbracht haben und daher nur eingeschränkt in die Rentensysteme einzahlen konnten – etwa, weil der Zuzug erst im höheren Alter erfolgte oder sie beruflich nicht Fuß fassen konnten.

Insgesamt wird sichtbar: Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Potsdam sind überproportional häufig von Sozialleistungen abhängig, sowohl im Erwerbsalter als auch im Alter. Gleichzeitig deuten die sinkenden Quoten darauf hin, dass Integration in den Arbeitsmarkt zunehmend gelingt. Angesichts der wachsenden Zahl älterer migrierte Menschen wird die soziale Sicherung im Alter jedoch zu einer zentralen Herausforderung für die kommenden Jahre.

⁸⁹ KGSt Indikator: Empfängeranteil von SGB II und Grundsicherung nach SGB XII der mind. 65-Jährigen, hier abgebildet: Grundsicherung nach SGB XII der mind. 65-Jährigen

⁹⁰ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Statistik und Wahlen

6.3 Inobhutnahmen und JA-Einsätze in Familien mit ausländischen Elternteilen⁹¹

„Im Berichtsjahr 2024 war in 65 Fällen (53,8%) von 121 beendeten Inobhutnahmen mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft (nicht Staatsangehörigkeit) sowie in 58 Fällen (47,9%) von 121 beendeten Inobhutnahmen wurde voranging nicht die deutsche Sprache gesprochen.“ (Kinderschutzbericht 2024, S. 31)

Damit zeigt sich, dass in mehr als der Hälfte aller Inobhutnahmen in Potsdam ein Elternteil mit Migrationshintergrund involviert war – ein Anteil, der deutlich über dem Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt liegt. Zwar liegen bislang keine vertiefenden Studien zu den Ursachen vor, dennoch lassen sich verschiedene Erklärungsansätze herleiten. Migrationserfahrungen gehen häufig mit multiplen Belastungsfaktoren einher, etwa durch Stress, Traumata oder unsichere Lebensumstände. Hinzu kommt, dass der Prozess des Ankommens, der Orientierung im neuen Umfeld und die Anforderungen der gesellschaftlichen und behördlichen Integration zusätzlichen Druck auf Familien ausüben können. Auch kulturelle Unterschiede in Fragen der Erziehung oder der Haltung zur gewaltfreien Kindeserziehung können eine Rolle spielen.

Für die Fachkräfte der Jugendhilfe und insbesondere das Jugendamt ergeben sich daraus besondere Herausforderungen: Neben den fachlichen Anforderungen im Kinderschutz sind interkulturelle Kompetenzen, Kommunikationsfähigkeit in mehrsprachigen Kontexten sowie eine hohe Sensibilität für Diskriminierung zentrale Voraussetzungen, um wirksam und unterstützend arbeiten zu können.

7. Gesundheit und Zugang zum Gesundheitssystem

Die gesundheitliche Situation von Menschen mit Migrationsgeschichte ist ein zentrales Thema der kommunalen Integrations- und Sozialpolitik. Gesundheit bestimmt maßgeblich die Chancen auf Bildung, Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Zugleich zeigen zahlreiche Studien, dass sich Zugangsbarrieren, Belastungen und Ressourcen in Abhängigkeit von Migrationserfahrungen deutlich unterscheiden können.

Für Potsdam ist die Datengrundlage bislang allerdings begrenzt. Belastbare Informationen etwa zu psychosozialen Belastungen, zum Zugang zur gesundheitlichen Versorgung oder zu Unterschieden in der Inanspruchnahme von Leistungen liegen bisher nicht systematisch vor. Damit fehlen wichtige Bausteine für eine umfassende Bewertung gesundheitlicher Chancengleichheit.

Für ein zukünftiges Monitoring wird es entscheidend sein, die Perspektive zu erweitern und Daten zu psychosozialen Belastungen, Zugangsbarrieren im Gesundheitssystem sowie zu spezifischen Versorgungsunterschieden systematisch zu erheben. Nur so können Bedarfe genauer beschrieben und passgenaue Maßnahmen entwickelt werden, die eine gerechte gesundheitliche Versorgung für alle Einwohnenden Potsdams gewährleisten.

⁹¹ Das Kapitel wird unter 6. Soziale Sicherung und Armutsriskien behandelt, da das Jugendamt als sozialstaatliche Einrichtung betrachtet wird. Es ist aber klar, dass Kindeswohlgefährdung nicht unbedingt mit Armut zusammenhängt und ein einkommensunabhängiges Thema ist.

8. Gesellschaftliche Partizipation und politische Repräsentation

8.1 Wahlberechtigung und Ausschluss

Wie im Kapitel *Einbürgerung* beschrieben, hat sich in den letzten Jahren ein massiver Anstieg an Einbürgerungsanträgen ergeben – verursacht vor allem durch die starken Zuzugsjahre 2015/16 und verstärkt durch die begrenzten Bearbeitungskapazitäten. Trotz Prozessverbesserungen und gezieltem Personalmanagement bestehen weiterhin hohe Bestände offener Verfahren, was den Zugang vieler migrierter Personen zu staatsbürgerlichen Rechten verzögert.

Diese Verzögerung hat nicht nur individuelle Auswirkungen, sondern auch eine politische Dimension: Wer noch keine Staatsangehörigkeit besitzt, kann in vielen Fällen nicht an nationalen oder regionalen Wahlen teilnehmen. Damit bleiben große Teile der migrantischen Bevölkerung – selbst bei langjährigem Aufenthalt – ohne politische Repräsentanz. Im Folgenden wird daher die Problematik der fehlenden politischen Teilhabe von migrierten Personen näher beleuchtet.

Die politische Teilhabe von migrierten Personen hängt in Deutschland in hohem Maße vom Erwerb der Staatsangehörigkeit ab. Während bei Bundestagswahlen ausschließlich deutsche Staatsangehörige ab 18 Jahren wahlberechtigt sind, dürfen bei Landtagswahlen in Brandenburg bereits ab 16 Jahren Deutsche ihre Stimme abgeben. Auf kommunaler Ebene haben neben deutschen Staatsangehörigen auch Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten mit Wohnsitz in Potsdam ab 16 Jahren das aktive und passive Wahlrecht. Drittstaatsangehörige bleiben hingegen auf allen Ebenen ausgeschlossen – selbst dann, wenn sie seit vielen Jahren in Deutschland leben, hier arbeiten, Steuern zahlen und ihre Kinder großziehen. Damit wird eine zentrale Form gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Mitbestimmung dauerhaft verweigert. Bereits in einer Entschließung vom 4. September 2003 hat das Europäische Parlament auf diesen Missstand hingewiesen und gefordert, dass Drittstaatsangehörigen, die sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, das Wahlrecht auf kommunaler Ebene und für die Wahlen zum Europäischen Parlament eingeräumt werden sollte.

Wahl	Bundestagswahl ⁹²		Landtagswahl ⁹³		Kommunalwahl ⁹⁴	
Jahr ⁹⁵	nicht-wahlberechtigt	wahlberechtigt	nicht-wahlberechtigt	wahlberechtigt	nicht-wahlberechtigt	wahlberechtigt
2015	9.134	130.263	9.341	132.504	6.187	135.658
2016	10.576	131.557	10.864	133.947	7.221	137.590
2017	11.786	133.345	12.081	135.815	8.067	139.829
2018	12.505	134.522	12.797	137.132	8.757	141.172
2019	13.170	135.525	13.468	138.189	9.440	142.217
2020 ⁹⁶	14.003	136.004	14.319	138.733	9.974	143.078
2021	15.015	135.878	15.335	138.760	10.977	143.118
2022	17.711	135.360	18.150	138.279	13.577	142.852
2023	19.276	135.062	19.772	138.086	14.944	142.914
2024	20.369	134.818	20.899	137.931	15.932	142.898

Abbildung 38 Nichtdeutsche und deutsche Einwohnende mit Hauptwohnsitz im Wahlalter nach Art der Wahl (2015-2024)⁹⁷

Die Zahlen⁹⁸ für die Landeshauptstadt Potsdam zeigen deutlich, dass die Gruppe der nicht-wahlberechtigten Drittstaatsangehörigen in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen ist. In allen drei Wahlarten – Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen – stieg die Zahl der Menschen ohne Wahlrecht zwischen 2015 und 2024 deutlich an. Ein Blick auf die Wahljahre verdeutlicht das Ausmaß dieser Entwicklung, wobei die angenommenen Zahlen sich immer auf den Stichtag 31.12. im jeweiligen Jahr beziehen und nicht auf das konkrete Wahldatum. Daher ist eine gewisse Abweichung anzunehmen, die Zahlen dienen der Orientierung und Einschätzung der Entwicklung über die letzten Jahre: In den Bundestagswahljahren stieg die Zahl der nicht-wahlberechtigten Drittstaatsangehörigen von 10.576 im Jahr 2016 auf 15.015 im Jahr 2021 an. Noch deutlicher ist die Entwicklung in den Landtagswahljahren: am 31.12.2019 waren 13.468 Personen aufgrund fehlender deutscher Staatsangehörigkeit nicht wahlberechtigt, am 31.12.2024 lag diese Zahl bereits bei 20.899. In den Kommunalwahljahren zeigt sich ein ähnliches Bild: am 31.12.2019 waren 9.440 Personen vom Wahlrecht ausgeschlossen, am 31.12.2024 schon 15.932. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei Kommunalwahlen auch Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten mit Wohnsitz in Potsdam stimmberechtigt sind – die vergleichsweise niedrigeren Ausschlusszahlen verdeutlichen, dass ein nicht unerheblicher Teil der migrantischen Bevölkerung von diesem erweiterten Wahlrecht profitiert. Drittstaatsangehörige sind jedoch in allen Fällen weiterhin ausgeschlossen, das betrifft in der Regel auch alle geflüchteten Personen.

Die politischen und gesellschaftlichen Implikationen dieser Entwicklung sind gravierend. Große Teile der migrantischen Bevölkerung bleiben ohne formelle Repräsentanz auf Bundes- und Landesebene, während auf kommunaler Ebene eine Ungleichbehandlung

⁹² Wahlberechtigung Bundestagswahl: Wahlalter = 18 Jahre und älter, Staatsangehörigkeit = Deutsche

⁹³ Wahlberechtigung Landtagswahl: Wahlalter = 16 Jahre und älter, Staatsangehörigkeit = Deutsche

⁹⁴ Wahlberechtigung Kommunalwahl: Wahlalter = 16 Jahre und älter, Staatsangehörigkeit = Deutsche und Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten mit Wohnsitz in Potsdam (und länger als 3 Monate in Potsdam gemeldet, dies ist in der Übersicht jedoch nicht berücksichtigt)

⁹⁵ Jeweils Stichtag 31.12. eines Jahres

⁹⁶ Großbritannien wird für das Jahr 2020 letztmalig als zugehörig zur Europäischen Union (EU) betrachtet.

⁹⁷ Fristen der Wohnungsnahme werden nicht berücksichtigt.

⁹⁸ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, 553 Statistik und Wahlen

sichtbar wird: Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten mit Wohnsitz in Potsdam haben ein Mitbestimmungsrecht, Drittstaatsangehörige nicht. Angesichts der wachsenden Zahl betroffener Personen verschärft sich damit das Spannungsfeld zwischen dem demokratischen Anspruch auf Teilhabe aller dauerhaft Ansässigen und den bestehenden rechtlichen Beschränkungen.

Zusammenfassend zeigt sich: Der Ausschluss Ansässiger ohne deutsche Staatsangehörigkeit von politischen Wahlen nimmt in Potsdam trotz steigender Einbürgerungszahlen weiter zu. Während das Europäische Parlament bereits seit 2003 die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige empfiehlt, bleibt Einbürgerung in Deutschland nach wie vor der einzige Weg zu umfassender politischer Partizipation. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern bestehende Strukturen und gesetzliche Rahmenbedingungen den demokratischen Grundgedanken einer inklusiven politischen Mitbestimmung ausreichend widerspiegeln.

Im Rahmen der Initiative WIR WÄHLEN Potsdam hat der Migrantenbeirat der Stadt Potsdam gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (u. a., PAWLO-Masoso e.V., Seebrücke Potsdam und Inwole e.V.) auf die politische Exklusion von Drittstaatsangehörigen aufmerksam gemacht. Im Rahmen der Symbolwahlen 2024 und 2025 forderten sie neben dem Ausbau mehrsprachiger politischer Bildungsangebote und einer Beschleunigung der Einbürgerungsverfahren auch strukturelle Reformen: Insbesondere die Erfassung und öffentliche Ausweisung der Zahl nicht-wahlberechtigter Drittstaatsangehörige. Dieser Forderung kommen wir mit diesem Kapitel nach.

Außerdem fordern sie die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige – im Einklang mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments. Diese Initiative verdeutlicht, dass das Anliegen politischer Teilhabe in Potsdam nicht nur statistisch sichtbar ist, sondern von migrantischen Communities aktiv eingefordert wird

8.2 Wahl des Migrantenbeirates

Die Mitglieder des Migrantenbeirats vertreten die Interessen der Menschen mit Migrationsgeschichte in der Landeshauptstadt Potsdam. Sie unterstützen und fördern mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit die gesellschaftliche und kulturelle Integration. Der Migrantenbeirat ist ein beratendes Organ der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse und zudem Mitglied im Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ sowie im Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.“ Der Beirat spielt eine zentrale Rolle für den interkulturellen Dialog und die Mitgestaltung städtischer Prozesse aus Perspektive der migrantischen Stadtgesellschaft.

Datum der Wahl	Wahlart	Wahlberechtigte	Wählende	Kandidierende	zu wählende Mitglieder	Wahlbeteiligung
		Anzahl				in Prozent
23.11.1992	Urnenwahl	891	100	.	14	11,2
25.-27.5.1994	Urnenwahl	1.100	55	.	14	5,0
27.09.1998	Briefwahl	3.377	566	18	9	16,8
26.10.2003	Briefwahl	4.223	769	19	9	18,2
28.09.2008	Briefwahl	5.179	677	17	9	13,1
25.05.2014	Briefwahl	7.744	939	24	9	12,1
26.05.2019	Briefwahl	13.211	1.644	30	11	12,4
09.06.2024	Briefwahl	21.391	3.226	25	13	15,1

Abbildung 39 Daten zu den Wahlen des Migrantenbeirats (1992-2024)⁹⁹

Der Migrantenbeirat besteht seit 1992 als Gremium, das migrantische Menschen in Potsdam politisch vertritt. Der aktuelle Beirat ist in der achten Legislaturperiode tätig. Die obige Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Wahlberechtigten und Wahlbeteiligung sowie zu Eckdaten des Beirates. Die Anzahl der Mitglieder hat sich über die Legislaturperioden verändert. Gestartet ist der Beirat 1992 mit 14 Mitgliedern und wurde 1998 auf neun reduziert. 2019 stieg die Anzahl wieder auf 11 und in der aktuellen Legislaturperiode 13 Mitglieder.

Bis 2019 stieg die Anzahl der Kandidierenden von Wahl zu Wahl bis auf 30, und nahm bei der letzten Wahl wieder ab, bei der 25 Personen kandidierten.

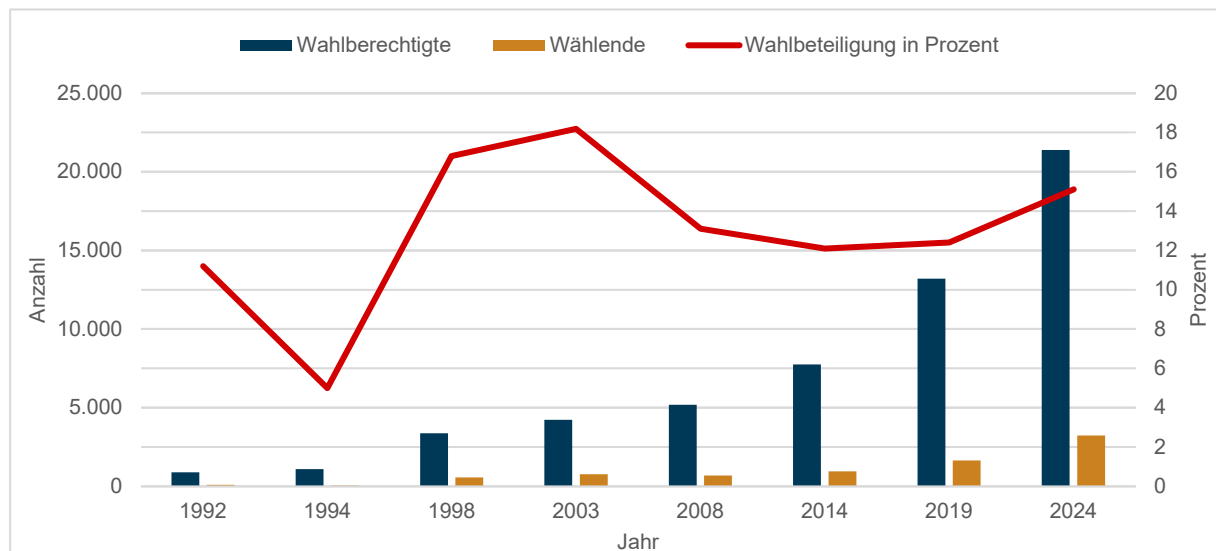


Abbildung 40 Migrantenbeiratswahlen: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung (1992-2024)¹⁰⁰

Die Zahl der Wahlberechtigten ist in den vergangenen zehn Jahren aufgrund steigender Zuwanderung stark angestiegen – auf das 25-fache. Die Wahlbeteiligung blieb hingegen nahezu konstant. Sie schwankte bei den letzten sechs Wahlen zwischen 18 und 12%.

⁹⁹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen und Bereich 904 Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

¹⁰⁰ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

Trotz verschiedener Kommunikations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen konnte bei der jüngsten Wahl nur ein geringfügiger Anstieg der Beteiligung erreicht werden. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass die absolute Zahl der abgegebenen Stimmen mit der steigenden Zahl der Wahlberechtigten dennoch deutlich zugenommen hat.

Die letzte Wahl 2024

Parallel zu den Europa- und Kommunalwahlen wurde in der Landeshauptstadt Potsdam die Wahl des neuen Migrantenbeirats durchgeführt. Die Wahl erfolgte ausschließlich per Briefwahl und endete am 9. Juni 2024.

Zur Wahl standen 25 Kandidierende. Wahlberechtigt waren rund 24.000 Potsdamer Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten mit Hauptwohnsitz in Potsdam gemeldet sind. Insgesamt wurden 21.391 Wahlbriefe zugestellt. Von diesen wurden 3.226 gültige Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 15,1% entspricht. Damit liegt die Beteiligung über dem Wert der vorherigen Wahl im Jahr 2019 (12,4%).

Die Auszählung der eingegangenen Wahlunterlagen fand im Rahmen der Sitzung der Wahlkommission am 17. Juni 2024 statt. Die Wahlkommission bestätigte das Wahlergebnis und benannte die 13 gewählten Mitglieder des neuen Migrantenbeirats, der für eine Amtszeit von fünf Jahren eingesetzt ist.

Gewählte Mitglieder des Migrantenbeirats 2024–2029:

- Cyprian Ngeme Ajang
- Dr. Essmaiel Archoukhie
- Manal Atallah
- Olga Bartieva
- Chuks-Quinn Chukwuedo
- Rena Davydov
- Khalil Ehmed
- Fereshta Hussain
- Kateryna Iliashenko (bereits zurückgetreten, nachgerückt ist Lutz Boede)
- Tamara Spasojev
- Ali Taher
- Chimaa Timan
- Rosul Yousif

Ausblick auf die Wahl des Migrantenbeirats 2029

Die Wahl des Migrantenbeirats findet traditionell in Verbindung mit der Kommunalwahl statt. Die organisatorischen Abläufe sind dadurch gut eingespielt. Die Aufgaben im Vorfeld der Wahl reichen von der formalen Prüfung der Unterstützungsunterschriften der Kandidierenden über die Erstellung der Stimmzettel bis hin zum Versand von rund 24.000 Briefwahlunterlagen.

Für die kommende Wahlperiode 2029 ist vorgesehen, die bestehenden Wahlprozesse auf mögliche Hürden hin zu überprüfen und schrittweise barriereärmer zu gestalten. Ein Fokus liegt dabei auf der digitalen Teilhabe. In enger Abstimmung mit dem Bereich Statistik und Wahlen wird derzeit geprüft, ob und wie digitale Beteiligungsmöglichkeiten künftig in die Wahlordnung aufgenommen werden können. Ziel ist es, auf diese Weise die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

Aus der zurückliegenden Wahl gingen mehrfach Hinweise ein, dass Wahlunterlagen vereinzelt nicht zugestellt wurden oder nicht korrekt ausgefüllt zurückkamen. Eine

niedrigschwelligere und einfachere Teilnahme – etwa durch zusätzliche Informationen oder digitale Angebote – wird daher ausdrücklich begrüßt.

Darüber hinaus soll durch eine verstärkte und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit die Anzahl und Vielfalt der Kandidierenden weiter erhöht werden, um den MigrantInnenbeirat als repräsentatives Gremium der migrantischen Stadtgesellschaft noch breiter aufzustellen. Ziel ist außerdem eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen.

8.3 Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in der SVV

Fraktion	AfD	DIE aNDERE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & Volt	SPD	CDU	Bündnis für Vernunft und Gerechtigkeit - Wählerinitiative	Die Linke	BVB / Freie Wähler	Freie Demokraten	Gesamt
Mitglieder	8	6	9	11	10	3	5	2	2	56
Mitglieder mit Migrationshintergrund	2	1	0	0	0	0	0	-	0	3
Anteil innerhalb der Fraktion	25%	17%	0	0	0	0	0	-	0	5,4%

Abbildung 41 Stadtverordnete mit Migrationshintergrund (2025)¹⁰¹

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt hat im Jahr 2025 unter den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung (SVV) eine Abfrage zum Migrationshintergrund der Mitglieder durchgeführt. Bis auf eine Fraktion haben alle Parteien geantwortet. Grundlage ist folgende Definition: *Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit geboren wurde.*

Insgesamt umfasst die SVV 56 Mitglieder. Davon gaben 3 Mitglieder an, einen Migrationshintergrund zu haben. Dies entspricht einem Anteil von ca. 5,4 %. Zum Vergleich: In der Stadtbevölkerung liegt dieser Anteil bei rund 20 %.

- AfD: 2 von 8 Mitgliedern (25 %)
- DIE aNDERE: 1 von 6 Mitgliedern (16,7 %) ¹⁰²
- Alle übrigen Fraktionen (Grüne/Volt, SPD, CDU, Bündnis für Vernunft Gerechtigkeit, Linke, FDP): 0 von 30 Mitgliedern (0 %)
- BVB / Freie Wähler: keine Angaben (2 Mitglieder)

Nach der Umfrage kam es im September 2025 zu einer Veränderung der Fraktionszusammensetzungen: Franziska Ludwig verließ Die Partei sowie die damalige Fraktion Grüne/Volt/Die Partei und wechselte in die SPD-Fraktion, die damit auf 11 Mitglieder anwuchs. Da jedoch sowohl die SPD als auch die frühere Fraktion Grüne/Volt/Die Partei in der Umfrage jeweils keine Mitglieder mit Migrationshintergrund angegeben hatten, wirkt sich diese Verschiebung nicht auf die Auswertung aus. Eine Veränderung der Anteile ist daher nicht zu erwarten.

Während fast ein Fünftel der Stadtbevölkerung einen Migrationshintergrund hat, spiegelt sich diese gesellschaftliche Realität in der SVV kaum wider. Lediglich ein kleiner Teil der Stadtverordneten (5,4 %) verfügt über eine solche Biografie. Damit sind Menschen mit Migrationsgeschichte deutlich unterrepräsentiert.

¹⁰¹ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt: Umfrage über SVV-Büro.

¹⁰² Durch das Rotationsprinzip der Fraktion kann sich der Anteil jährlich verändern. Stand: August 2025.

Die Ergebnisse der Abfrage zeigen ein deutliches Repräsentationsdefizit: Die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung bildet die Vielfalt der Stadtbevölkerung nicht ab. Während in der Bevölkerung fast ein Fünftel der Menschen einen Migrationshintergrund hat, sind es in der SVV nur rund 5%. Dadurch besteht die Gefahr, dass Perspektiven und Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Entscheidungsprozessen unzureichend berücksichtigt werden. Um diese Lücke zu verringern, bietet es sich an, potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationsgeschichte gezielter anzusprechen und zu unterstützen. Ebenso können Beteiligungs- und Mentoringprogramme helfen, Barrieren für den Zugang zu politischen Ämtern abzubauen. Darüber hinaus ist eine Sensibilisierung der Fraktionen für eine diversitätsbewusste Aufstellung von Wahllisten sinnvoll, um langfristig eine repräsentativere Zusammensetzung der kommunalen Parlamente zu erreichen.

Die Fraktion mit dem höchsten Anteil an Mitgliedern mit Migrationsgeschichte zeigt zugleich: Es reicht nicht aus, Personen mit Migrationshintergrund in den eigenen Reihen zu haben, um wirksame Migrations- oder Integrationspolitik zu gestalten. Eine diversitätssensible und rassismuskritische Politik erfordert eine reflektierte Haltung, fachliche Kompetenz und kontinuierliche Weiterbildung. Dieses Wissen ist erlernbar und nicht an eine eigene Migrationserfahrung gebunden.

8.4 Migrantische Beschäftigte in der Stadtverwaltung

Jahr	Nicht-deutsche Beschäftigte	Gesamtzahl Beschäftigte	Anteil der Nicht-deutschen Beschäftigten	Anteil der Nicht-Deutschen in Gesamtbevölkerung
2014	-	-	0,50%	5,30%
2015	-	-	-	6,5%
2016	-	-	-	7,5%
2017	11	-	-	8,30%
2018	15	-	-	8,70%
2019	21	2625	0,80%	9,10%
2020	28	-	-	9,60%
2021	40	-	-	10,20%
2022	53	-	-	12,10%
2023	60	2761	2,17%	13,00%
2024	61	2939	2,07%	13,5%

Abbildung 42 Beschäftigte der LHP nach Staatsangehörigkeit (2014-2024)^{103, 104}

Die Übersicht zeigt die Entwicklung des Anteils von Beschäftigten mit doppelter und/oder ausländischer Staatsangehörigkeit in der Potsdamer Stadtverwaltung.

Auch wenn die Tabelle aufgrund der unvollständigen Datenlage nicht abschließend ist, lässt sich die Entwicklung klar ablesen: Zwischen 2017 und 2024 stieg die Zahl der Beschäftigten mit doppelter und/oder ausländischer Staatsangehörigkeit in der Stadtverwaltung Potsdam von 11 auf 61 Personen – ein Zuwachs von rund 455%. Trotz dieses Anstiegs bleibt die

¹⁰³ Die Datenlage ist nicht vollständig, da bis 2024 keine systematische Erhebung stattfand. Die Werte stammen aus der Bevölkerungsstatistik (Nichtdeutsche in der Gesamtbevölkerung), dem Integrationsmonitoring 2019, Abfragen der Personalabteilung sowie aus Antworten auf zwei Kleine Anfragen. Ab 2025 erfolgt eine jährliche Erhebung zum Stichtag 31.12.

¹⁰⁴ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, FB 53 und Statistik und Wahlen (für den Bevölkerungsanteil)

absolute Zahl im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft weiterhin niedrig und wächst deutlich langsamer, als es den selbst gesteckten Zielen der Stadtverwaltung entsprechen würde.

Im Jahr 2014 lag der Anteil der ausländischen Beschäftigten der LHP bei 0,5% der Gesamtbelegschaft, während der Anteil in der Stadtgesellschaft bei 5,3% liegt. 2024 liegt der Anteil der nichtdeutschen Beschäftigten bei 2,07%, was einer Stagnation und sogar einem geringen Rückgang in den letzten beiden Jahren entspricht. Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Potsdam wächst stetig, auf zuletzt 13,5% (2024). Die Schere zwischen den beiden Anteilen geht immer weiter auseinander und entwickelt sich nicht annähernd in ähnlichem Maße.

Die Grundlage dieser Erhebung bildet die Personaldatenbank Loga, die Informationen zu Staatsangehörigkeiten erfasst. Sie gibt allerdings nur einen eingeschränkten Überblick über die tatsächliche Vielfalt der Belegschaft, da eingebürgerte Personen und viele Menschen mit familiärem Migrationshintergrund hierin nicht erfasst sind.

Bereich	2022	2024	Anmerkung 2025
GB 1 Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling	2	3	0
GB 2 Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport	12	10	2025: Bereich 23:2, 24:2, 28:2, 29:4
GB 3 Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit	25	25	2025: Bereich 32:12, 36:1, 38:5, 39:7
GB 4 Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt	3	5	0
GB 5 Zentrale Verwaltung	7	11	0
Bereiche der Oberbürgermeisterin	4	2	0
Kommunaler Immobilien Service	3	3	0
Bundesfreiwilligendienst	2	2	0

Abbildung 43 Ausländische Beschäftigte nach Geschäftsbereichen und Bereichen der LHP (2022 und 2024)¹⁰⁵

Diese Abbildung entstammt ebenfalls der Antwort auf die Kleine Anfrage (DS 25/SVV/0392) und differenziert die Anzahl der nichtdeutschen Mitarbeitenden nach Geschäftsbereichen. Hieran ist zu erkennen, dass die meisten Personen im Geschäftsbereich 3 beschäftigt sind, vor allem im Fachbereich 32 Ordnung und Sicherheit sowie im Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration. Das sind die beiden Fachbereiche, die sich auch inhaltlich hauptsächlich mit Migration auseinandersetzen (FB 32 Migrationsamt und Einbürgerungsstelle, FB 39 Unterbringung von Geflüchteten, Wohnraumversorgung, Arbeitsmarktintegration und Soziale Stadtteilarbeit). Im Geschäftsbereich 5 arbeiten laut Personalstatistik 11 nichtdeutsche Personen und im Geschäftsbereich 2 immerhin 2 Personen. Auffällig ist hierbei, dass es 2024 zwei Personen weniger sind, als noch zwei Jahre zuvor.

Mit Blick auf die Zielmarke des Handlungsfeldes *Vielfalt in der Verwaltung* des **Integrationskonzepts 2024–2028** ist festzustellen: Die bisherige Entwicklung reicht nicht aus, um den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund dem Anteil in der Stadtbevölkerung anzugleichen. Die vorliegenden Zahlen können daher nicht als Effekt erfolgreicher Maßnahmen gewertet werden – im Gegenteil: Der derzeitige Stand verdeutlicht, wie dringend die im Integrationskonzept vorgesehenen Maßnahmen zur interkulturellen

¹⁰⁵ Quelle: Kleine Anfrage DS 25/SVV/0392

Öffnung, diskriminierungssensiblen Personalarbeit und gezielter Ansprache migrantisierter Bewerbender umgesetzt werden müssen. Bislang wurden diese Maßnahmen noch nicht umfassend umgesetzt. Das Integrationskonzept unterstreicht daher die Notwendigkeit einer veränderten Personalstrategie, die Vielfalt gezielt fördert und strukturell in der Verwaltung verankert.

Die Landeshauptstadt Potsdam bekennt sich zur Repräsentation ihrer vielfältigen Stadtgesellschaft in den eigenen Verwaltungsstrukturen. Der aktuelle Handlungsbedarf ist offensichtlich: Um strukturelle Diskriminierung abzubauen und Vertrauen in städtische Institutionen zu stärken, ist es zwingend notwendig, den Veränderungsprozess jetzt aktiv voranzutreiben.

Verwaltungsweite Umfrage zum Migrationshintergrund

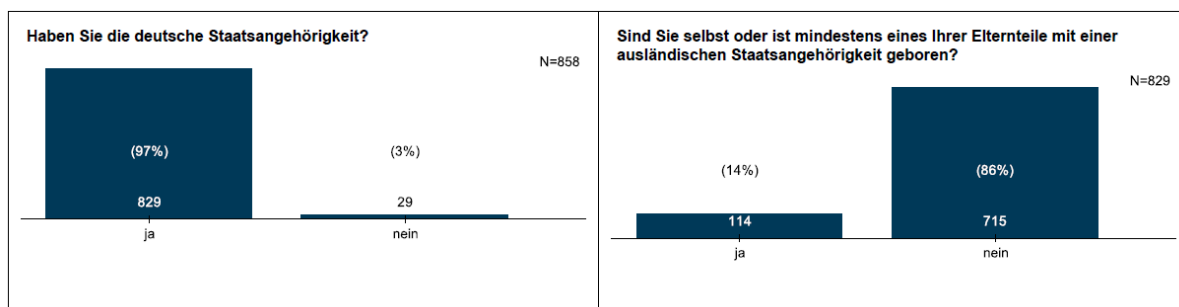


Abbildung 44 Beschäftigte der LHP nach Migrationshintergrund (2025)¹⁰⁶

Ein Vergleich der offiziellen Personalstatistik mit den Ergebnissen der verwaltungsweiten Umfrage¹⁰⁷ aus dem Sommer 2025 zeigt deutliche Unterschiede. Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren in der Stadtverwaltung Potsdam 61 von insgesamt 2.939 Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit tätig, was einem Anteil von rund 2,07% entspricht. In der Umfrage lag der Anteil jedoch deutlich höher: 29 von 858 Teilnehmenden gaben an, keine deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, was einem Anteil von 3,4% entspricht. Damit waren Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der Befragung überrepräsentiert. Da diese 29 Personen fast die Hälfte aller in der Statistik erfassten nichtdeutschen Beschäftigten ausmachen, ist davon auszugehen, dass diese Gruppe überproportional an der Umfrage teilgenommen hat.

Für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit liegen keine offiziellen Verwaltungsdaten zum Migrationshintergrund vor. Aus der Umfrage geht hervor, dass 114 von 829 befragten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit – rund 13,8% – einen Migrationshintergrund angaben. Dieses Ergebnis ist jedoch mit Vorsicht zu interpretieren: Zum einen könnte es sein, dass Mitarbeitende mit Migrationsbezug besonders motiviert waren, an der Befragung teilzunehmen, wodurch der Anteil in der Umfrage überhöht erscheint. Zum anderen ist denkbar, dass es auch eine Untererfassung gibt, da nicht alle Befragten ihren Migrationshintergrund offenlegen wollten.

Aufgrund der Rücklaufquote von 30% und der nachweislichen Überbeteiligung von Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit kann die Umfrage nicht als repräsentativ

¹⁰⁶ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 553 Statistik und Wahlen

¹⁰⁷ Auswertung vom 19. August 2025, Erhebungszeitraum: 17. Juli bis 15. August 2025. Die Erhebung wurde im Auftrag der Beauftragten für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam durchgeführt und ausgewertet.

angesehen werden. Dennoch bietet sie eine wichtige Orientierung. Interessant wird sein, die Umfrage regelmäßig zu wiederholen, um zu beobachten, wie sich die Ergebnisse entwickeln.

Im Vergleich zur Potsdamer Gesamtbevölkerung wird insgesamt eine Unterrepräsentation deutlich. In der Stadtgesellschaft hatten im Jahr 2024 rund 13,5% der Einwohnenden keine deutsche Staatsangehörigkeit, etwa 20% verfügten über einen Migrationshintergrund. Demgegenüber lag der Anteil nichtdeutscher Staatsangehöriger in der Verwaltung bei nur 2,1%. Selbst das Umfrageergebnis zum Migrationshintergrund läge mit 14% unter dem Potsdamer Bevölkerungsdurchschnitt. Selbst wenn mögliche Verzerrungen durch die freiwillige und nicht repräsentative Befragung berücksichtigt werden, zeigt sich, dass die Zusammensetzung der Verwaltung die Vielfalt der Stadtgesellschaft nur in Auszügen widerspiegelt. Hier besteht deutlicher Handlungsbedarf, der im Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam formuliert und mit Maßnahmen untersetzt ist.

Die Umfrage hat nicht erhoben, wie die Repräsentation auf verschiedenen Führungsebenen innerhalb der Verwaltung aussieht. Anzunehmen ist allerdings, dass Menschen mit Migrationshintergrund seltener Führungspositionen bekleiden als nicht migrantische Personen.

8.5 Engagement in Vereinen und Ehrenamt

Integrationsarbeit gehört zu einer der Aufgaben, die eine Stadtverwaltung innehat. Der Großteil der Arbeit wird jedoch von verschiedenen Organisationen und Initiativen im Stadtgebiet geleistet. Das Ehrenamt spielt hierbei eine sehr große Rolle. Im Folgenden wird die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen in Potsdam beleuchtet. Es geht außerdem um die finanzielle Unterstützung Organisationen durch die Stadtverwaltung, konkret durch das Integrationsbudget.

8.5.1 Migrantenselbstorganisationen in Potsdam - Bedeutung und Rolle

Migrantische Selbstorganisationen (MSO) leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Landeshauptstadt Potsdam. Sie fungieren als Informations-, Beratungs- und Anlaufstellen für Zugewanderte, stärken politische Bildung und kulturelle Vielfalt und agieren als Bindeglied zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und migrantischen Communities. Ihre Stärke liegt insbesondere in der vertrauensvollen Ansprache und der niedrigschwelligen Begleitung ihrer Zielgruppen. Dabei vertreten MSO spezifische Interessen von Menschen mit Migrationsgeschichte und ermöglichen deren aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Die bislang umfassendste Übersicht über MSO im Land liefert die Broschüre *„Engagiert für Gleichberechtigung und Teilhabe – Migrantische Organisationen in Brandenburg“*, herausgegeben im August 2023 vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.¹⁰⁸ Sie stellt die erste systematische Erhebung migrantischer Organisationen dar und ist auch für Potsdam derzeit die einzige verfügbare Datengrundlage.

Die Broschüre entstand auf Initiative des Landesintegrationsbeirats. Ziel war es, die Rolle und Situation migrantischer Organisationen im Flächenland Brandenburg zu analysieren. In einem offenen Erhebungsverfahren wurden 85 Organisationen erfasst, von denen 55 die Kriterien einer MSO erfüllten. Diese wurden nach ihrer Struktur, Ausrichtung und Zielsetzung

¹⁰⁸Engagiert für Gleichberechtigung und Teilhabe - Migrantische Organisationen in Brandenburg, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, August 2023

porträtiert und zeigen sowohl die Vielfalt als auch die Herausforderungen migrantischer Selbstorganisation.

Migrantische Organisationen in Potsdam¹⁰⁹

Ein Viertel der in der Broschüre erfassten MSO hat seinen Sitz in Potsdam. Die folgenden Organisationen sind darin aufgeführt:

- African Vision Potsdam

Die seit 2013 bestehende Organisation fördert die Integration afrikanischer Familien in Potsdam durch Sprachförderung, Bildungsangebote und gesellschaftliche Teilhabe. Ziel ist es, das Potenzial der afrikanischen Community aktiv in die Stadtgesellschaft einzubringen.

- Children's Rights Group International e.V.

Der Verein engagiert sich für die Integration und Teilhabe von Kindern und Familien mit Migrationsgeschichte – mit besonderem Fokus auf Gesundheit, Bildung und Behördenbegleitung. Durch Informationsveranstaltungen und individuelle Unterstützung fördert er aktiv gesellschaftliche Teilhabe und interkulturellen Austausch.

- Forum des Empowerment und Teilhabe für Migrant*innen – FEM e.V.

Der 2019 gegründete Verein mit Sitz in Potsdam verfolgt das Ziel, die rechtliche, gesellschaftliche und politische Gleichstellung von Migrant*innen zu stärken. Durch interkulturelle Bildungsarbeit, Familien- und Jugendarbeit sowie entwicklungspolitische Projekte fördert FEM e.V. solidarisches Zusammenleben und politische Selbstvertretung.

- Frauenclub Viet Hong e.V.

Der Frauenclub Viet Hong e.V. vereint vietnamesische Familien aus Potsdam und dem Umland und engagiert sich für kulturellen Austausch, gegenseitige Unterstützung und gesellschaftliche Teilhabe. Mit Sprachcafés, Feiern traditioneller Feste, Alltagsbegleitung und Integrationshilfen stärkt der Verein insbesondere Frauen und Kinder in ihrer Selbstständigkeit und Bildungsorientierung.

- I.C.D.I. e.V.

Der seit 2006 aktive Verein I.C.D.I. e.V. engagiert sich mit vielfältigen Projekten für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Integration und globale Solidarität. Besonders sichtbar wird sein Wirken im jährlich stattfindenden Afrika-Festival in Potsdam – ein kultureller Höhepunkt im städtischen Veranstaltungskalender, das 2024 mit dem Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam ausgezeichnet wurde.

- Manhaj Hayat

Manhaj Hayat ist ein junger, gemeinnütziger Verein aus Potsdam, der sich mit kulturellen, sozialen und präventiven Angeboten gegen Rassismus, Extremismus und gesellschaftliche Ausgrenzung engagiert. Ziel ist die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch

¹⁰⁹ In der Zwischenzeit können neue Vereinsgründungen hinzugekommen sein.

Dialog, Aufklärung und ein respektvolles Miteinander – insbesondere mit Blick auf Jugendliche mit Migrationsgeschichte.

- Menschen aus Eritrea in Potsdam und Brandenburg e.V.

Der 2022 gegründete Verein bietet Menschen mit eritreischer Herkunft eine starke Gemeinschaft, gegenseitige Unterstützung und muttersprachlichen Unterricht für Kinder. Mit kulturellen Angeboten, ehrenamtlichem Engagement und städtischer Präsenz – z. B. durch Kaffeeceremonien bei Festen – setzt sich der Verein für Teilhabe, Austausch und ein respektvolles Miteinander in Potsdam ein.

- Mepa e.V. – Migration Entwicklung Partizipation

Der Verein MEPA e.V. verbindet entwicklungspolitisches Engagement mit Integrationsarbeit und fördert Partizipation durch Vorträge, Workshops und Projekte. Die Außenstelle in Potsdam arbeitet eng mit Geflüchteten-Initiativen zusammen und stärkt migrantisches Ehrenamt, insbesondere im Bereich Flucht, Migration und Antirassismus.

- Mosaikstein e.V.

Der von jungen Syrerinnen gegründete Verein unterstützt seit 2016 Geflüchtete und Migrantinnen bei der Integration, unter anderem durch Übersetzungshilfen, Rechtsberatung und kulturelle Austauschprojekte wie Tanzgruppen oder Kochabende. Mit vielfältigen Kooperationen – etwa mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und anderen MSOs – setzt sich Mosaikstein e.V. für Menschenrechte, Antidiskriminierung und ein friedliches Zusammenleben ein.

- Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany)

PAWLO ist eine panafrikanische Frauenorganisation, die sich seit 1994 für die Rechte von Menschen afrikanischer Herkunft und gegen Mehrfachdiskriminierungen einsetzt. Mit Bildungsprojekten, Empowerment-Formaten und entwicklungspolitischem Engagement stärkt der Verein die Sichtbarkeit von Frauen in der panafrikanischen Bewegung und setzt Impulse für Antirassismus und Teilhabe in Potsdam, bundesweit und international.

- Refugees Emancipation

Die selbstorganisierte Flüchtlingsorganisation setzt sich seit über 20 Jahren für Empowerment und politische Teilhabe von Geflüchteten ein. Mit Internetcafés in Unterkünften, Bildungsangeboten und politischen Aktionen schafft Refugees Emancipation Räume der Selbstbestimmung und bringt die Stimmen von Geflüchteten aktiv in die Zivilgesellschaft ein.

- Semljaki e.V. – Verein der Russisch sprechenden Landsleute des Landes Brandenburg

Semljaki e.V. ist ein russischsprachiger Kulturverein mit Sitz in Potsdam, der aktiv kulturelle Bildung anbietet. Er organisiert regelmäßig lebendige, generationsübergreifende Veranstaltungen wie das traditionelle Jolka-Weihnachtsfest und russische Kulturabende, die die russische Kunst- und Theaterkultur in Potsdam sichtbar machen

- Women in Exile

Women in Exile ist eine 2002 in Brandenburg gegründete Initiative von geflüchteten Frauen, die gegen doppelte Diskriminierung durch Rassismus und Sexismus kämpft und sich insbesondere für die Abschaffung von Lagern starkmacht. Mit Empowerment-Workshops, Bustouren, Publikationen und Aktionen schafft die Initiative Räume, in denen geflüchtete Frauen ihre Rechte einfordern und sichtbar für eine gerechte Gesellschaft eintreten.

Diese Organisationen spiegeln mit ihren unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten – von Empowerment, Antirassismusarbeit, Bildungsangeboten bis hin zu kulturellem Austausch – die gesellschaftliche Vielfalt Potsdams wider.

Politische Einordnung und Bedeutung für die kommunale Integrationsarbeit

Migrantische Selbstorganisationen übernehmen Aufgaben, die staatliche Stellen nicht oder nicht im selben Umfang erfüllen können. Sie sind Ausdruck von Eigeninitiative, gesellschaftlicher Teilhabe und Selbstvertretung migrantischer Communities. Als Mittler zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft fördern sie demokratische Teilhabe, Integration und Chancengleichheit und machen Diversität im städtischen Raum sichtbar.

Zugleich arbeiten viele MSO unter schwierigen Bedingungen – meist ehrenamtlich, ohne eigene Räume, mit eingeschränktem Zugang zu langfristiger Förderung. Daher ist ihre strukturelle Stärkung ein zentrales Anliegen der kommunalen Integrationsarbeit. Eine verlässliche finanzielle Unterstützung, der Zugang zu Infrastruktur und Beratungsleistungen sowie professionelle Begleitung würden ihre Wirkung erheblich verstärken.

Darüber hinaus sind MSO unverzichtbare Akteure im Partizipationsprozess. Sie bringen vielfältige Perspektiven ein, schaffen niedrigschwellige Dialogformate und tragen zur demokratischen Meinungsbildung bei. Ihre Einbindung in städtische Entscheidungsprozesse – etwa durch den Migrantenbeirat oder projektbezogene Kooperationen – erhöht die Wirksamkeit kommunaler Integrationspolitik und trägt zur inklusiven Stadtentwicklung bei.

Die Perspektiven von Migrantenorganisationen waren im Beteiligungsprozess zum **Integrationskonzept 2024 - 2028** von hoher Bedeutung. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Teilnahme von MSO an den Workshops nicht sehr hoch war. PAWLO Masoso e.V. war beispielsweise an der AG Bildung und Empowerment beteiligt und hat sich hier als Multiplikator für diese Themen sehr hervorgetan. Hier wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass MSO Themen aktiv in Verwaltungsprozesse setzen. Refugees Emancipation e.V. hat einen Sitz in der Steuerungsgruppe. Die Vertretung der Gemeinschaftsunterkünfte in der Steuerungsgruppe ist zugleich Gründungsmitglied der MSO FEM e. V. Rückblickend lässt sich jedoch festhalten, dass migrantische Selbstorganisationen nicht in dem Umfang für den Beteiligungsprozess gewonnen werden konnten, wie ursprünglich angestrebt. Vermutlich hängt dies vor allem mit den Strukturen zusammen, die Verwaltungen für solche Prozesse vorgeben. Es ist fraglich, ob tatsächlich ein Gestaltungsspielraum eröffnet wird, der die Beteiligung für migrantische Selbstorganisationen attraktiv macht. Als Interessenvertretungen von Menschen, die häufig Rassismus erfahren und nicht selten von Verwaltungsentscheidungen unmittelbar betroffen sind, benötigen sie nachvollziehbare Einflussmöglichkeiten und sichere Beteiligungsräume.

Zwischen den beiden Beteiligungsrounds fand daher ein zusätzlicher Termin in den Räumen von PAWLO Masoso e. V. statt. Dazu wurden verschiedene migrantische Selbstorganisationen eingeladen, um die Zwischenergebnisse zu besprechen. Dieses Format erwies sich als geeignete Möglichkeit, fehlende Perspektiven einzubringen und unmittelbar zu berücksichtigen. Auf diese Weise konnten weitere Maßnahmen entwickelt und in den Prozess aufgenommen werden.

Mit Blick auf eine zukünftige Fortschreibung sollte die Beteiligung migrantischer Selbstorganisationen deutlich gestärkt werden. Sinnvoll wäre insbesondere eine frühzeitige Einbindung bereits vor Beginn des eigentlichen Prozesses, um Struktur und Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine Beteiligung für diese Organisationen attraktiv und wirksam ist. Dies wäre zugleich ein wichtiger Beitrag zu echter Teilhabe: Planungsprozesse stärker aus der Perspektive der Betroffenen zu denken und nicht ausschließlich aus Verwaltungssicht.

Eine solche Vorgehensweise erfordert jedoch ausreichende zeitliche Ressourcen, Budget sowie Offenheit für unterschiedliche Formate, Räume, Workshops und personelle Unterstützung. Auch in diesem Bereich zeigt sich, dass gelingende Integration mit finanziellen und strukturellen Voraussetzungen verbunden ist und dass Partizipation nicht als Selbstläufer funktioniert.

Im Sinne einer postmigrantischen Stadtgesellschaft ist es aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam erforderlich, die Rahmenbedingungen für migrantische Selbstorganisation weiter zu verbessern und sie als dauerhafte Partnerinnen in der Gestaltung eines vielfältigen Potsdams zu etablieren.

8.5.2 Förderung durch das Integrationsbudget

Jahr	2021		2022		2023		2024		2025	
	Anzahl/ Anteil	Fördermittel	Anzahl/ Anteil	Fördermittel	Anzahl/ Anteil	Fördermittel	Anzahl/ Anteil	Fördermittel	Anzahl/ Anteil	Fördermittel
Anträge	43	438.000,00 €	49	492.000,00 €	44	617.000,00 €	41	579.000,00 €	43	549.000,00 €
davon MSO:	7	59.000,00 €	4	49.000,00 €	7	99.000,00 €	7	100.000,00 €	9	124.000,00 €
Anteil MSO	16%	13%	8%	10%	16%	16%	17%	17%	21%	23%
gefördert:	38	399.000,00 €	46	492.000,00 €	42	587.000,00 €	41	579.000,00 €	22	300.000,00 €
davon MSO:	5	48.000,00 €	4	49.000,00 €	7	99.000,00 €	7	93.000,00 €	5	62.000,00 €
Anteil MSO	13%	12%	9%	10%	17%	17%	17%	16%	23%	21%
abgelehnt	4	39.000,00 €	3	k.A.	2	30.000,00 €	0	0	21	243.000,00 €
davon MSO:	2	11.000,00 €	0	0	0	0	0	0	4	56.000,00 €
Anteil MSO	50%	28%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	19%	23%
abgerufene Mittel:	38	390.000,00 €	46	450.000,00 €	42	577.000,00 €	41	549.000,00 €	22	142.000,00 €
davon MSO:	5	48.000,00 €	4	49.000,00 €	7	99.000,00 €	7	92.000,00 €	5	41.000,00 €
Anteil MSO	13%	12%	9%	11%	17%	17%	17%	17%	23%	29%

Abbildung 45 Förderung von MSO durch das Integrationsbudget (2021-2025)¹¹⁰

Seit 2017 unterstützt die Landeshauptstadt Potsdam mit einem Budget im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten“ die gesellschaftliche Integration. Dazu werden Projekte zur Integration von Geflüchteten mit maximal 15.000 Euro unterstützt. Sie gilt sowohl für Geflüchtete in Wohnungen als auch in Gemeinschaftsunterkünften. Über die Auswahl der Projekte zur Förderung entscheidet eine Jury mit Mitgliedern aus Politik und Verwaltung. Das Gesamtfördervolumen ist seit dem Jahr 2025 zurückgegangen, da das Land Brandenburg sich aus der Förderung von Integrationsmaßnahmen zurückgezogen hat. Die Landeshauptstadt Potsdam hält ihre Fördersumme konstant vor.

¹¹⁰ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 395 Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit

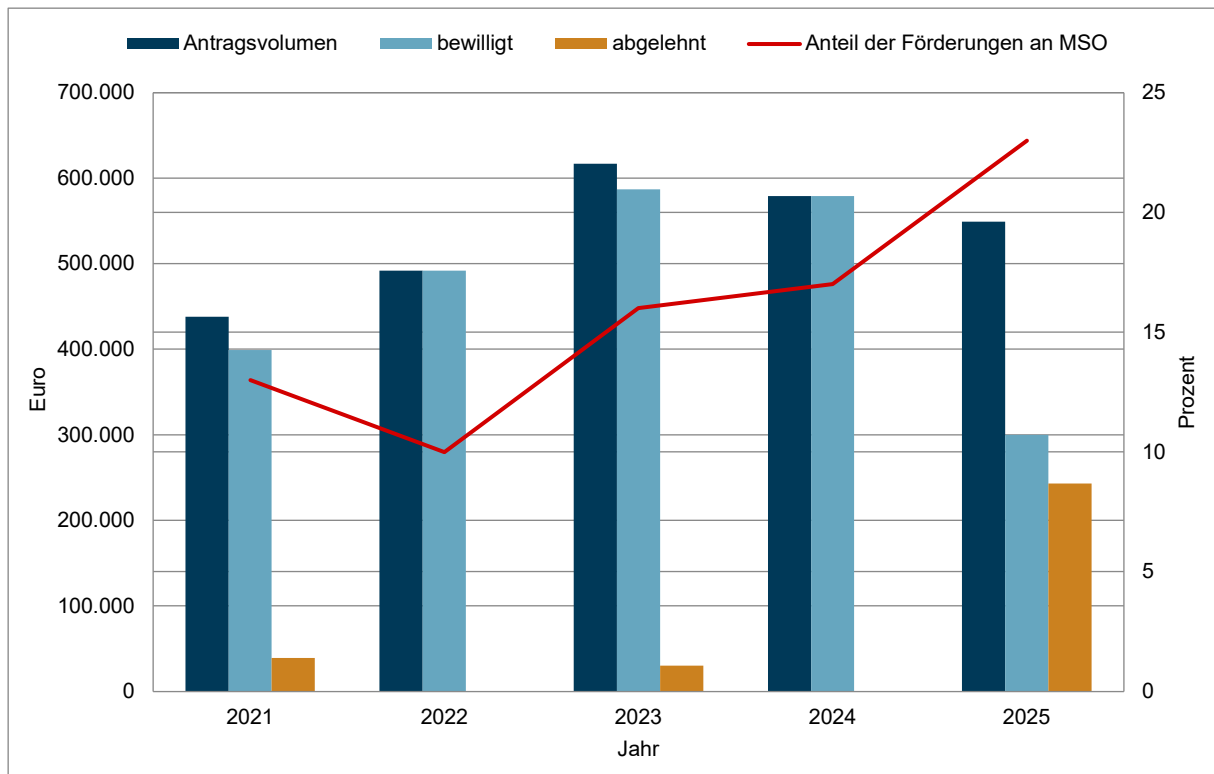


Abbildung 46 Entwicklung der Förderung von MSO durch das Integrationsbudget (2021-2025)^{111 112}

Diese Auswertung zeigt, wie sich die Anzahl der Anträge im Integrationsbudget von Migranten-Selbstorganisationen (MSO) in den Jahren 2021 bis 2025 (Förderjahre) entwickelt hat.

Insgesamt ist der Anteil der von MSO gestellten Anträge deutlich gestiegen: von 16% im Jahr 2021 auf 21% im Jahr 2025. Noch deutlicher fällt die Steigerung bei der bewilligten Fördersumme aus: von 13% im Jahr 2021 auf 23% im Jahr 2025. Auch der Anteil der bewilligten Anträge selbst hat sich entsprechend von 13% auf 23% erhöht. Konkret wurden im Jahr 2021 12% der Gesamtfördersumme von MSO tatsächlich abgerufen, während dieser Anteil 2025 bereits bei 29% lag.

Hinsichtlich der Ablehnungen zeigt sich folgendes Bild: Im Jahr 2021 wurden vier Förderanträge abgelehnt, davon stammte die Hälfte von MSO. In den Jahren 2022 bis 2024 gab es keine Ablehnungen von MSO-Anträgen. Im Jahr 2025 hingegen mussten erstmalig viele Anträge abgelehnt werden, da die Landesförderung für das Integrationsbudget wegfiel. Von allen 2025 eingereichten Anträgen stammten 21% von MSO, und 19% der abgelehnten Anträge waren MSO-Anträge. Dies entspricht in etwa dem Anteil der gestellten Anträge, sodass keine über- oder unterdurchschnittliche Ablehnungsquote erkennbar ist. Gleiches gilt für die Fördersumme: 23% der gesamten beantragten Fördersumme entfielen auf MSO, und 23% der abgelehnten Fördersumme betrafen MSO-Anträge.

Die Zahlen für 2025 sind noch nicht endgültig, da Verwendungsnachweise und Prüfungen teilweise ausstehen und das Förderjahr noch läuft.

Die Stärkung von Migranten-Selbstorganisationen – auch durch höhere finanzielle Förderung – ist ein erklärtes Ziel der Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Wohnen, Arbeit,

¹¹¹ Der Anteil der MSO Förderungen bezieht sich auf das bewilligte Fördervolumen.

¹¹² Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 395 Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit

Integration und der Migrationsbeauftragten. Der Fachbereich bietet gezielte Unterstützung bei der Antragstellung, insbesondere für Organisationen mit wenig Erfahrung in diesem Bereich, wovon auch MSO profitieren.

Die steigenden Fördersummen für MSO in den vergangenen Jahren sind ein Erfolg: Sie stärken die Communities, bereichern die Vielfalt der Trägerlandschaft und tragen zur Professionalisierung der Arbeit bei. Leistungen, die früher überwiegend ehrenamtlich und unentgeltlich erbracht wurden, werden nun vermehrt auch finanziell honoriert. Dies fördert nicht nur die nachhaltige Arbeit der Organisationen, sondern ermöglicht auch, dass mehr Integrationsprojekte direkt aus den Communities heraus initiiert und umgesetzt werden – ein wichtiger Beitrag zu Selbstwirksamkeit und Empowerment.

Zu den Potsdamer Migranten-Selbstorganisationen, die in den letzten Jahren Anträge im Integrationsbudget gestellt haben, gehören:

- FEM – Forum des Empowerments und Teilhabe für Migranten e.V.
- Internationales Center für Deutsche und Immigranten Center (ICDI e.V.)
- Cagintua e.V.
- Refugees Emancipation e.V.
- PAWLO-Masoso e.V. / Pan-African Women's Empowerment & Liberation Organisation – Masoso e.V.
- Ukraine-Hilfe Potsdam e.V.
- Novissi e.V.
- Berlin Brandenburg Digital Migrant Brandenburg e.V.

9. Rassismus und rechte Gewalt in Potsdam

9.1 Definition und Relevanz

Der Expert*innenrat Antirassismus¹¹³ beschreibt Rassismus als historisch gewachsene Einteilung von Menschen anhand tatsächlicher oder zugeschriebener Merkmale wie Herkunft, Religion oder Kultur, die mit einer Hierarchisierung und Abwertung einhergeht. Diese Konstruktionen führen zu Benachteiligung und Ausgrenzung im Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und wirken auf individueller, struktureller und institutioneller Ebene (Broschüre Arbeitsdefinition Rassismus, 2025¹¹⁴). Rassismus kann bewusst oder unbewusst erfolgen und ist tief in gesellschaftliche Routinen und Institutionen eingebettet.

Für eine Kommune wie Potsdam ist diese Definition zentral: Sie verdeutlicht, dass rassistische Gewalt nicht nur als individuelle Straftat verstanden werden darf, sondern auch in sozialen und institutionellen Mustern verankert sein kann. Die Erfassung und Analyse rassistischer Übergriffe ist daher nicht nur ein Beitrag zur Kriminalitätsstatistik, sondern eine Voraussetzung für Integrationspolitik, Sicherheitsstrategien und Präventionsarbeit.

9.2 Aktuelle Zahlen und Entwicklungen

Die Opferperspektive dokumentierte im Jahr 2024 für Brandenburg 273 rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten mit mindestens 416 direkt Betroffenen (Opferperspektive Jahresstatistik 2024¹¹⁵). Rassismus war dabei das häufigste Tatmotiv (130 Angriffe). Auffällig ist der Anstieg der Angriffe auf politische Gegner um 75% auf 66 Fälle. Diese richteten sich gegen Verantwortungstragende, Medienschaffende und zivilgesellschaftlich Engagierte, insbesondere im Umfeld der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2024.

Für Potsdam liegen in der statistischen Auswertung der Opferperspektive keine gesonderten Fallzahlen vor. Dennoch ist die Stadt in mehrfacher Hinsicht relevant: Als Sitz der Organisation sowie als Landeshauptstadt ist Potsdam regelmäßig Schauplatz politischer Auseinandersetzungen, Demonstrationen und zivilgesellschaftlichen Engagements. Auf Nachfrage gab der Verein an, dass sich die Zahl rechter Angriffe mit 21 erfassten Taten in Potsdam im Vergleich zu den Vorjahren fast verdoppelt hat. Im Jahr 2020 waren es 15 Angriffe, 2021 schon 18 und in den Jahren 2022 und 2023 wurden jeweils 11 Angriffe dokumentiert. Die 21 Angriffe in Potsdam (2024) verteilen sich nach Tatmotiven wie folgt: Rassismus (11), gegen LSBTIQ* (3), gegen politische Gegner (3), Antisemitismus (2), gegen Nichtrechte (2). Rassismus ist demnach also das häufigste Tatmotiv.

9.3 Bedeutung für Integration und Sicherheit

Rassistische Gewalt wirkt weit über die unmittelbaren Betroffenen hinaus. Sie erzeugt Angst und kann zu Rückzug aus öffentlichen Räumen, Bildungseinrichtungen oder politischem Engagement führen. Dies behindert Integrationsprozesse und schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für Potsdam, eine wachsende Stadt mit einem steigenden Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte, ist die Bekämpfung solcher Gewalt daher eine Grundvoraussetzung für gelingende Integration.

¹¹³ <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/staatsministerin/expert-innenrat-2194024>

¹¹⁴ <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/arbeitsdefinition-rassismus-2337336>

¹¹⁵ <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/statistik-2024>

9.4 Ergänzende Perspektiven durch Polizeidaten

Neben den zivilgesellschaftlichen Meldungen der Opferperspektive liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) Daten zu „Politisch motivierter Kriminalität – rechts“ (PMK-rechts). Diese weisen in Brandenburg ebenfalls einen hohen Anteil rechter Straftaten aus, liegen aber regelmäßig unter den Zahlen der Opferperspektive, da nicht alle Vorfälle angezeigt oder als Tat von rechts eingestuft werden. Für Potsdam selbst gibt es nur punktuell veröffentlichte Daten; eine vertiefte Analyse ist über das Polizeipräsidium oder das Innenministerium Brandenburg möglich. Diese konnte allerdings für dieses Monitoring nicht zugearbeitet werden. Wünschenswert wäre die Ergänzung bei der künftigen Fortschreibung des Migrationsmonitorings.

9.5 Fazit

Die systematische Erfassung rechter und rassistischer Gewalt ist eine zentrale Grundlage für wirksame kommunale Sicherheits- und Integrationsstrategien. Für Potsdam gilt: Nur wenn die Bedrohungslage klar benannt wird, können Präventions- und Schutzmaßnahmen zielgerichtet ausgebaut, Betroffene unterstützt und eine offene, diskriminierungsfreie Stadtgesellschaft gestärkt werden. Menschen, die von Rassismus betroffen sind, haben spezifische Sicherheitsbedarfe – diesen gerecht zu werden, gehört zu den Aufgaben einer handlungsfähigen und verantwortungsbewussten Kommune.

10. Handlungsempfehlungen & Fazit

Die Daten in den verschiedenen Themenfeldern zeigen deutlich: es gibt ungleiche Zugänge zu bestimmten gesellschaftlichen Sphären, Ungleichheiten in der Ausstattung mit Ressourcen und ungleiche Chancen für migrantische Gruppen. Dies zieht sich durch die Felder Bildung, Arbeit und Einkommen, Wohnen und nicht zuletzt gesellschaftliche und politische Teilhabe. Daraus leiten sich Handlungsbedarfe ab.

Ungleiche Zugänge entstehen teilweise qua rechtlichem Status, also über die Form des Aufenthaltsstatus migrierter Personen. Menschen mit sehr kurzen Duldungen und geringer Bleibeperspektive haben beispielsweise kein Recht auf einen Wohnberechtigungsschein, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit dürfen nicht an (allen) politischen Wahlen teilnehmen, der Migrantenbeirat hat nicht die gleichen Rechte, wie eine politische Partei. Hier sieht das Gesetz Ungleichheiten in Rechten und Pflichten explizit vor.

In vielen Bereichen haben Deutsche und Nichtdeutsche theoretisch gleiche Rechte, anerkannte Geflüchtete dürfen sich auf dem Wohnungsmarkt frei für ihren Wohnort entscheiden, alle Kinder unabhängig von Nationalität und Status müssen die Schule besuchen, ohne Einschränkungen bei bestimmten Schulformen. Anerkannte Geflüchtete und anderweitig migrierte Personen haben gleiche Zugänge zu sozialen Leistungen, dürfen arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

In der Realität gibt es aber strukturelle Faktoren, die sich in ungleichen Zugängen niederschlagen. Migrantisierte Personen, also Menschen, denen aufgrund des Aussehens oder des Namens ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, erfahren Ausschlüsse, Diskriminierung und Abwertungen. Kinder erhalten in der Schule für gleiche Leistungen schlechtere Noten, Bewerbungen von migrantisierten Personen werden bei gleicher Qualifikation häufiger abgelehnt, Wohnungsgesuche bleiben häufiger erfolglos, Rassismuserfahrungen sind Alltag.

Das führt dazu, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in schlecht bezahlten Jobs arbeiten, ein erhöhtes Armutsrisiko haben, häufiger niedrige Bildungsabschlüsse erreichen, lange über die Anerkennung (bei Geflüchteten) hinaus in öffentlich-rechtlicher Unterbringung verbleiben, eine deutlich höhere Mietbelastung haben und politisch nicht voll teilhaben können.

Die Indikatoren im Handlungsfeld Bildung zeigen deutlich: Die Entwicklungen sind negativ. Migrantische Jugendliche erreichen immer seltener die Fachhochschul- bzw. allgemeine Hochschulreife und der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschlüsse steigt gleichzeitig. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, vor allem auf Landesebene. Unterstützend können Angebote in der Kommune wirken, (meist ehrenamtliche) Nachhilfe, Schulsozialarbeit sowie Unterstützung über das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Zugänge zu staatlichen Förderprogrammen sind häufig durch fehlende (Sprach-) Kenntnisse erschwert.

Sprachliche Barrieren führen dazu, dass Menschen zum Teil nicht ausreichend über ihre Rechte und staatliche Angebote informiert sind, dass ihre Qualifikationen nicht (an-)erkannt werden oder dass sie grundsätzlich bei vielen alltäglichen Dingen auf Unterstützung angewiesen sind. Angebote müssen hier zugänglicher werden und an eine internationalisierte Stadtgesellschaft angepasst werden. Mehrsprachigkeit in öffentlichen Dienstleistungen sowie unterstützende Instrumente - verstärkt durch digitale oder KI-gestützte Lösungen für Antragsformulare müssen in Zukunft deutlich ausgebaut werden. Bereits bestehende Übersetzungsangebote, die über das Land gefördert werden, kommen in vielen Bereichen erfolgreich zum Einsatz. Eine Fortführung und Weiterentwicklung dieser Angebote ist wünschenswert, damit mehrsprachige Zugänge überall dort gesichert bleiben,

wo sie benötigt werden - sei es in der Verwaltung, bei medizinischen Praxen oder bei Elterngesprächen.

In Potsdam sind auch Erfolge zu verzeichnen: Die Aufenthaltsperspektiven werden deutlich länger, das Migrationsamt schafft es, mit der Unterstützung der Migrationsberatungsstellen, Menschen in längerfristige Aufenthaltstitel zu beraten. Integrationsbemühungen (Spracherwerb, Arbeitsaufnahme) werden mit Sicherheit honoriert.

Die Indikatoren im Handlungsfeld Arbeit zeigen deutlich, dass die Beschäftigungsquoten unter Nichtdeutschen nach wie vor kontinuierlich steigen. Im Bereich der dualen Berufsausbildung stieg der Anteil der Auszubildenden in Potsdam sogar über den Wert der Nichtdeutschen in der gesamtstädtischen Bevölkerung. Das ist ein positives Zeichen mit Blick auf die Ausbildung künftiger Fachkräfte, die dringend gebraucht werden. Hier ist gleichzeitig noch viel Handlungsbedarf bei der interkulturellen Öffnung vieler Unternehmen und Arbeitgebenden.

Die Potsdamer Migrationsgesellschaft ist sehr vielfältig. Von Geflüchteten über Spätaussiedelnde bis zu internationalen Fachkräften, Wissenschaftstreibenden und Studierenden unterscheiden sich die rechtlichen Grundlagen und die Voraussetzungen für Integrationsprozesse. Diese Vielfalt gilt es in verschiedenen Prozessen mitzudenken, beispielsweise innerhalb der Verwaltung.

Verwaltungsintern ist die Wertschätzung von Vielfalt ein lang andauernder Prozess. Es ist erklärtes Ziel, den Anteil an migrantischen Beschäftigten an den Durchschnitt in der Stadtgesellschaft anzugleichen. Die Kennzahlen zeigen, dass diese Entwicklung bisher noch nicht in ausreichendem Maße angekurbelt wurde. Ähnlich sieht es bei der politischen Repräsentation aus. Die Stadtverordnetenversammlung ist sehr homogen nicht-migrantisch. Alle Parteien sollten über entsprechende Maßnahmen in ihren eigenen Strukturen reflektieren. Bis zur nächsten Kommunalwahl könnte man hier einiges bewegen.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist es, für die Sicherheit migrantisierter Personen Sorge zu tragen. Rassistische Übergriffe, verbale Beleidigungen und sogar körperliche Gewalt finden täglich statt – auch in Potsdam. Diskriminierungen gehören zum Alltag von migrantisierten Personen. Die Sicherung entsprechender Beratungsstellen ist daher unabdingbar, genauso wie eine sensibilisierte Polizei. Auch entsprechende Berichterstattung und Monitorings über Rassismus und rechte Gewalt sind in diesem Zusammenhang wichtig. Genauso wie eine solidarische und wachsame Stadtgesellschaft.

In diesem Sinne wird auch das Migrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam künftig fortgeschrieben werden. Nachfragen und Anregungen nimmt die Beauftragte für Migration und Integration gerne entgegen.

Quellen

Einzelne Quellen und weiterführende Literaturhinweise sind jeweils im Text in den Fußnoten genannt. Darüber hinaus, bezieht sich das Monitoring mehrfach auf die folgenden Veröffentlichungen der Landeshauptstadt Potsdam:

Armutsbbericht der Landeshauptstadt 2022, Abrufbar:
<https://www.potsdam.de/de/armutsbbericht-fuer-die-landeshauptstadt-potsdam>

Kinderschutzbericht der Landeshauptstadt Potsdam – Berichtsjahr 2024, Abrufbar:
<https://www.potsdam.de/de/rahmenkonzept-kinderschutz-und-fruehe-hilfen>

Leben in Potsdam: Ergebnisse der Bürgerumfrage 2023, Abrufbar:
<https://www.potsdam.de/de/buergerumfrage-leben-potsdam-2023>

Leben in Potsdam: Ergebnisse der Bürgerumfrage 2018, Abrufbar:
<https://www.potsdam.de/de/buergerumfrage-leben-potsdam-2023>

Migration prägt Potsdam - Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2024 – 2028, Abrufbar: <https://www.potsdam.de/de/integrationskonzept>

Seniorenplan 2025 (noch nicht veröffentlicht), in Kürze hier Abrufbar:
<https://www.potsdam.de/de/potsdamer-seniorenplan>